

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 6 · 7. Februar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Das letzte Gefecht

Während die Wut im Volk über die Migrationspolitik wächst, inszenieren SPD und Grüne einmal mehr den Kampf gegen Rechts **Seiten 1 und 3**



BILDER: PICTURE ALLIANCE/DAK/NETFIELD; ANG-IMAGESAMMLUNG BERLINER VERLAG/ARCHIV; DDP/KAL-LIWE KNOTH

Höllengehen Das Inferno von Dresden vor 80 Jahren **Seite 11**

Bundeswehr In Munster soll Hindenburg Friederike Krüger weichen **Seite 12**

VON RENÉ NEHRING

GRUNDSÄTZE

Die Wut war groß – und zu erwarten. Als in der vergangenen Woche die Union im Deutschen Bundestag als Reaktion auf jüngste Gewaltverbrechen von Zuwanderern diverse Anträge für eine Änderung der Migrationspolitik stellte und dabei in Kauf nahm, dass diese nur mit den Stimmen der AfD eine Chance auf Erfolg haben würden, reagierten Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei auf das faktische Ende der Brandmauer zur rechten Konkurrenz mit maximaler Empörung (siehe hierzu auch die Seite 3 der aktuellen Ausgabe).

Kein Geringer als Bundeskanzler Olaf Scholz setzte den Ton, als er die Umstände der Abstimmungen ein „schlechtes Zeichen für das Parlament und Deutschland“ nannte. Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Katharina Dröge, erklärte, der Mittwoch, an dem einer von zwei Unionsanträgen für mehr Zurückweisungen an den deutschen Grenzen und konsequentere Abschiebungen eine Mehrheit von Union, FDP, AfD und BSW fand, sei ein „Einschnitt, eine Zäsur für den Deutschen Bundestag, ... aber auch wirklich ein schwarzer Tag für unsere Demokratie“. Und der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Rolf Mützenich, holte am Freitag gar zum ganz großen Pathos aus, indem er im Bundestag erklärte, dass mit der Abstimmung vom Mittwoch die „Lebensader der Demokratie ... beschädigt“ worden sei. Ultimativ forderte er vom CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz: „Kehren Sie zurück in die Mitte der Demokratie!“

Hohle Propagandafloskeln

Nun ist immer Vorsicht geboten, wenn politische Akteure – egal, welcher Couleur – in konkreten Sachfragen bei aus ihrer Sicht falschen Abstimmungsergebnissen das große Ganze des Staates bedroht sehen. Meist ist dies das untrügliche Zeichen, dass ihnen in der konkreten Sach-

Das zweifelhafte Spiel mit dem Begriff der Demokratie

Obwohl die Mehrheit der Bürger eine andere Migrationspolitik wünscht, verharrt Rot-Grün in alten Dogmen und versucht, die Union aus der Mitte zu drängen

frage die Mehrheiten oder die Argumente fehlen, weshalb es denn auch gar nicht lohnt, auf derlei offensichtliche Übertreibungen einzugehen. Doch wenn einer Partei wie der CDU, die in den rund 75 erfolgreichen Jahren seit Gründung der Bundesrepublik etwa 52 Jahre die Staatsgeschicke lenkte, unterstellt wird, die Mitte der Gesellschaft zu verlassen und die Grundlagen des politischen Systems zu gefährden, ist ein Blick darauf, worum es in der Sache konkret geht, geradezu geboten.

Auslöser der oben genannten Unionsanträge waren die selbst in Berlin nicht mehr zu leugnenden Folgen der unkontrollierten Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten und besonders seit der faktischen Grenzöffnung von Angela Merkel im Jahr 2015. Vor allem der dramatische Anstieg von Gewaltverbrechen durch Zuwanderer – in allen Kriminalstatistiken ist der Anteil der Migranten an Morden, Raubüberfällen und Vergewaltigungen ungleich höher als ihr Anteil an der Bevölkerung – bestimmt längst das Lebensgefühl der Menschen in diesem Land. Weshalb denn auch der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer 2018 die Migration „die Mutter aller Probleme“ nannte.

Doch obwohl die Lage eindeutig ist, reagierte die amtierende, rot-grün geprägte Regierung darauf lediglich mit großen Ankündigungen und noch größerem Nichtstun. Olaf Scholz' Forderung im „Spiegel“ im Oktober 2023, „endlich im

großen Stil abzuschieben“, blieb ebenso folgenlos wie die Ankündigung seiner Innenministerin Faeser im vergangenen Herbst, mit Grenzkontrollen die illegale Migration begrenzen zu wollen. Warum das so ist, geht unter anderem aus der Bundestagsrede des ehemaligen Finanzministers Christian Lindner vom Mittwoch hervor, in der er Beispiele nannte, wie insbesondere die Grünen in der Ampelregierung eine Initiative zur Begrenzung der Migration nach der anderen blockierten.

Am Ende entscheiden die Wähler

Dass maßgebliche Vertreter eines politischen Milieus vorgeben, im Namen der Demokratie, also der Herrschaft des Volkes, zu handeln und dann ebenjenes Volk mit dem größten inneren Problem im Stich lassen, ist bizarr genug. Dass sie obendrein kein Wort über die Opfer ihrer gescheiterten Politik verlieren, zeigt einmal mehr, was ihnen wichtig ist – und was nicht. Mögen Ortsnamen wie Aschaffenburg, Magdeburg, Mannheim, Brokstedt, Würzburg, Solingen und viele andere im Volk längst für eine dramatische Veränderung ihrer Lebenswelt stehen, so haben sie auf das Weltbild herrschender Eliten in der Politik – wie auch in Medien, Kultur und Kirchen – keinen Einfluss.

Wie sehr beziehungsweise wenig all den Empörten der letzten Tage die Demokratie – zu deren Grundregeln das Recht

auf eine eigene Meinung gehört – tatsächlich am Herzen liegt, zeigte sich auch an anderer Stelle. Als es im Anschluss an die Bundestagsdebatten der vergangenen Woche zu zahllosen Übergriffen auf Wahlkampfstände und Geschäftsstellen der CDU kam, das Berliner Konrad-Adenauer-Haus musste sogar evakuiert werden, regte sich bei den selbsternannten Verteidigern der Demokratie keine Stimme, die zur Mäßigung der Randalierer aufrief.

Was letztlich demokratisch ist und wo tatsächlich die Mitte liegt, entscheiden in einer Demokratie weder Politiker noch Journalisten noch Kulturschaffende noch Kirchenfürsten – sondern die Wähler. Was diese von der jüngsten Entwicklung halten, wird sich am 23. Februar zeigen.

Eine Ahnung, wohin die Reise gehen könnte, vermitteln die regelmäßigen Meinungsumfragen. Ende August 2015, unmittelbar vor der Öffnung der Grenzen durch Merkel, stand die 2013 knapp am Einzug in den Bundestag gescheiterte AfD dort bei 3,5 Prozent. Gegenwärtig steht sie bei 22 Prozent, Tendenz steigend. Die Sozialdemokraten standen im August 2015 bei 24 Prozent und stehen derzeit zwischen 15 und 16 Prozent.

Falls also, wonach es aussieht, die linken Parteien bei der Bundestagswahl in rund zwei Wochen dramatische Verluste erleiden sollten, mag dies aus ihrer Sicht katastrophal sein – eine Niederlage der Demokratie ist es ganz gewiss nicht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Inflation – Produkte und Dienstleistungen um bis zu 60 Prozent teurer **Seite 7**

Kultur

Eine Ausstellung über sechs Frauen aus deutschen Vertreibungsgebieten **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Mit Wiktor Marek Leyk geht ein Freund der Minderheiten in den Ruhestand **Seite 13**

Reise

Wo Wilhelm I., Wilhelm II., Otto von Bismarck und Kaiserin „Sisi“ zu Gast waren **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Künstliche Intelligenz soll Milliarden US-Dollar Gewinn generieren – Sicherung von Hunderttausenden US-amerikanischen Arbeitsplätze – Verbesserung der US-Sicherheit – Trump beendet alle Vorsichtsmaßnahmen

„Stargate“ sichert KI-Vorherrschaft

US-Präsident Trump will die USA zur absoluten Dominanz in der unkontrollierbaren Technologie führen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bei der Inauguration des neuen US-Präsidenten Donald Trump standen auch acht Hightech-Milliardäre auf der Bühne, die für einen neuen technologischen Aufbruch in den USA sorgen wollen. Zwei Tage später wurde das erste konkrete diesbezügliche Projekt namens „Stargate“ vorgestellt und sogleich mit Kennedys Mondlandungs-Ankündigung verglichen.

Diesmal geht es aber nicht um Raumfahrt, sondern vielmehr um Künstliche Intelligenz (KI). Hierzu schreibt das maßgeblich mitbeteiligte Unternehmen OpenAI, man wolle „in den nächsten vier Jahren 500 Milliarden Dollar in den Aufbau neuer KI-Infrastrukturen ... in den Vereinigten Staaten investieren ... Diese Infrastrukturen werden die amerikanische Führung in der KI sichern, Hunderttausende von amerikanischen Arbeitsplätzen schaffen und massiven wirtschaftlichen Nutzen für die ganze Welt erwirtschaften. Gleichzeitig wird das Projekt aber nicht nur die Re-Industrialisierung der USA unterstützen, sondern auch die strategischen Fähigkeiten zum Schutz der nationalen Sicherheit Amerikas und seiner Verbündeten verbessern.“

Forschung ohne Limits

Hauptpartner von OpenAI sind dabei der US-Software-Riese Oracle sowie die Investmentfirma MGX aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und der japanische Mischkonzern SoftBank Group, wobei letztere beiden sich für die Finanzierung verantwortlich zeichnen. Dazu kommen technisch Beteiligte wie die Mikroprozessor-Experten ARM und NVIDIA. Außerdem stellen auch die Facebook-Mutter Meta und Microsoft hohe zweistellige Milliardenbeträge zur Verfügung.

Die anvisierten Investitionen in gigantische neue Rechenzentren, von denen das erste inzwischen schon auf einem Acker nordwestlich der texanischen Stadt Abilene entsteht, dürften indes kaum ausreichen, um den Status der Vereinigten Staaten als globale KI-Macht zu zementieren. Immerhin gehen Branchenkenner davon aus, dass allein 2025 weltweit um die 5,5 Billionen Dollar in die Weiterentwicklung der Künstlichen Intelligenz fließen werden. Allerdings hat Trump mit

einer seiner ersten Entscheidungen im Amt praktisch sämtliche staatliche Auflagen für die KI-Forschung gekippt und damit ein Signal gesendet, das noch weitere US-Initiativen nach sich ziehen wird.

Dabei war Joe Bidens Erlass 14110 vom Oktober 2023 bezüglich der „sicheren und vertrauenswürdigen Entwicklung und Nutzung Künstlicher Intelligenz“ eine der klügsten Entscheidungen. Denn er verpflichtete Unternehmen, welche an KI-Systemen arbeiten, die eine potentielle Gefahr für die nationale Sicherheit, Wirtschaft oder öffentliche Gesundheit der USA darstellen, zu umfangreichen Vorsichtsmaßnahmen sowie zur präventiven Zusammenarbeit mit den Behörden. Darüber hinaus wurde der Einsatz von KI zur Entwicklung chemischer, biologischer oder atomarer Waffen verboten.

Trump beschienigte Biden nun aber pauschal, auch hier „radikalen linken Ideen“ gefolgt zu sein, und dekretierte seinerseits: „Wir müssen KI-Systeme schaffen, die frei von ideologischer Vor-

ingenommenheit oder sozialer Einflussnahme sind.“ Somit sollen nun auch alle Schranken der Vorsicht fallen.

Ausrottung der Menschheit?

Durch den Wegfall der Beschränkungen, „welche die amerikanische KI-Entwicklung behindern“, drohen nun allerlei Gefahren. Dazu gehören neben Sicherheitsproblemen auch der inflationäre Einsatz von Zensur-, Überwachungs- und Manipulationsalgorithmen durch private und staatliche Akteure sowie der Zusammenbruch der Strom- und Wasserversorgung im Umfeld der riesigen Rechenzentren.

Das größte Risiko liegt allerdings in der Entstehung von unkontrollierbaren „Schurken-KIs“, um die mittlerweile ein Glaubenskrieg unter den IT-Experten ausgebrochen ist: Manche halten so etwas für nahezu unmöglich, andere hingegen für durchaus real, wobei Forscher im Dienste des US-Außenministeriums im März 2024 sogar das Gespenst der „Ausrottung der Menschheit“ beschworen.

Damit reagierten sie nicht zuletzt auf ein Experiment von Wissenschaftlern der Fudan-Universität in Shanghai, in dessen Verlauf zwei KI-Systeme der Firmen Meta und Alibaba etliche „unerwartete Verhaltensweisen“ entwickelten, um ihre Abschaltung zu verhindern.

Spekulationsblase könnte platzen

Ansonsten prophezeien Kritiker des „Stargate“-Projektes wie der Wissenschaftstheoretiker Jobst Landgrebe von der Università della Svizzera italiana in Lugano, dass der angekündigte KI-Boom nicht die erhoffte Steigerung der materiellen Produktion und damit auch keine Gewinnerhöhungen mit sich bringen werde. Insofern entstehe eine gigantische Spekulationsblase, die bald platzen könne. Und tatsächlich führte die Vorstellung des neuen chinesischen KI-Modells DeepSeek R1 bereits zu einem ersten Börsenbeben, das vor allem den „Stargate“-Protagonisten NVIDIA bis ins Mark erschütterte.



Ex-US-Präsident Biden wusste um die nur geringe Kontrollierbarkeit der KI-Technik und erließ strenge staatliche Beschränkungen, um ein Monstrum im Zaum zu halten – Trump hat diese Limits nun komplett gekippt. Hat er damit das Tor zur Hölle geöffnet?

BILD: PIXABAY/SUJINS

WEGEN GELDLÜCKE

Elon Musk hält KI-Projekt für „Fake“

Obwohl der Technologie-Milliardär Elon Musk jetzt zu den engeren Vertrauten von Donald Trump zählt, begegnet er dem Projekt „Stargate“, welches zu den Lieblingsvorhaben des Präsidenten zählt, mit großer Skepsis. Das verraten seine Wortmeldungen auf der Plattform X. So schrieb Musk mit Blick auf die beteiligten Unternehmen rund um den Software-Entwickler OpenAI: „Die haben in Wirklichkeit das Geld nicht.“ Er wisse aus sicherer Quelle, dass der designierte Hauptfinanzier des 500-Milliarden-Dollar-Projekts, nämlich der japanische SoftBank-Konzern, nur „deutlich unter zehn Milliarden“ aufbringen könne. Damit sei „Stargate“ letztlich ein „Fake“.

Musk und der OpenAI-Chef Samuel Altman sind schon seit längerer Zeit verfeindet. Musk gehörte zu den Gründern von OpenAI, verließ das Unternehmen dann aber im Streit. Das erklärt auch Altmans bissige Replik an den Ex-Partner: „Stargate“ sei „großartig für das Land. Mir ist klar, dass das, was großartig für unser Land ist, nicht immer gut für deine Unternehmen ist, aber ich hoffe, dass du in deiner neuen Rolle das Land an erste Stelle setzen wirst.“ Damit spielte Altman auf Musks Funktion als Leiter der Behörde für Regierungseffizienz an.

Kurz darauf äußerte der Microsoft-Präsident Satya Nadella, sein Konzern werde auf jeden Fall 80 Milliarden Dollar für „Stargate“ bereitstellen. Darüber hinaus kam auch verhaltene Kritik aus dem Weißen Haus. Trumps Pressesprecherin Karoline Leavitt sagte im Interview mit dem Fernsehsender Fox News über die Initiatoren von „Stargate“: „Das amerikanische Volk sollte dem Präsidenten und diesen Unternehmenschefs vertrauen. Deren Investitionen kommen in unser großartiges Land und bringen amerikanische Jobs mit sich.“

Musk reagierte hierauf, indem er weitere sechs Milliarden Dollar von BlackRock und anderen Investoren für seine eigene KI-Firma xAI einwarb, welche nun bereits auf 50 Milliarden Dollar geschätzt wird. W.K.

WETTlauf

Chinesische KI: Sensation oder Mogelpackung?

Das KI-Modell DeepSeek R1 sorgte für einen gewaltigen Aktienkurssturz des US-Konkurrenten

Am 27. Januar dieses Jahres kam es zu einem historisch beispiellosen Kurssturz der Aktie des US-amerikanischen Mikrochip-Entwicklers NVIDIA. Der Börsenwert des globalen Branchenweiten fiel binnen weniger Stunden um fast 600 Milliarden Dollar beziehungsweise um 17 Prozent. Gleichzeitig erlebten auch die Aktien weiterer westlicher IT-Riesen eine rasante Talfahrt.

Verantwortlich dafür war die Vorstellung des neuen chinesischen KI-Modells DeepSeek R1, dessen Leistungen an die der bekanntesten US-amerikanischen KI-Aushängeschilder ChatGPT-4 vom Marktführer OpenAI heranreichen oder diese in bestimmten Bereichen sogar übertreffen

– und das trotz der umfangreichen Handelsanktionen der USA gegen China auf dem Gebiet hochmoderner Mikrochips.

Darüber hinaus soll sich DeepSeek R1 aber noch durch eine andere Eigenschaft auszeichnen, welche für die Auslösung des Börsenbebens maßgeblich mitverantwortlich war und den renommierten Software-Entwickler Marc Andreessen dazu bewog, von einem „Sputnik-Schock auf dem Gebiet der KI“ zu sprechen: Statt immens großer Rechnerressourcen benötigt DeepSeek R1 angeblich nur eine relativ bescheidene Hardware, welche das Modell konkurrenzlos billig macht. Während bei OpenAI Kosten von bis zu 60 Dollar pro einer Million verarbeiteter Wörter an-

fallen, behauptet die hinter DeepSeek R1 stehende Firma aus Hangzhou, mit maximal zwei Dollar auszukommen.

Die Strategie der US-Konzerne, möglichst viele hochleistungsfähige Mikrochips für Zwecke der KI-Anwendung einzusetzen, wie dies auch bei dem neuen Großprojekt „Stargate“ der Fall sein soll, könnte sich angesichts der chinesischen Alternativlösung als teurer Irrweg erweisen. Das war der Hauptgrund für den Absturz der Aktien von NVIDIA und Co.

Allerdings haben sich die Kurse inzwischen wieder erholt. Das resultiert vor allem aus zwei Faktoren: Zum einen enthält DeepSeek R1 etliche benutzerunfreundliche Zensurmechanismen, was

Es geht das Gerücht um, dass der chinesische DeepSeek-Gründer sich illegal 50.000 NVIDIA-Hochleistungschips für sein Modell besorgt habe

nicht verwundert, weil der DeepSeek-Gründer Liang Wenfeng enge Verbindungen zur Pekinger Führung hat. Zum anderen glaubt man nun vielfach den Stimmen, welche behaupten, Wenfeng sei es unter Umgehung der US-Exportbeschränkungen gelungen, 50.000 NVIDIA-Hochleistungschips über Singapur zu beschaffen und bei DeepSeek R1 einzusetzen, womit es sich bei seinem KI-Modell um eine lupenreine Mogelpackung handle.

Das kann aber lediglich ein von der US-Konkurrenz ausgestreutes Gerücht sein. Auf jeden Fall wollen andere chinesische Konzerne wie Alibaba, ByteDance und Baidu demnächst ebenfalls innovative KI-Anwendungen präsentieren. W.K.

Der große Bluff gegen Rechts

Die SPD hat den Kampf gegen vermeintliche Nazis als Wahlkampfthema für sich entdeckt. Dabei ist die AfD für das Lager links der Mitte unverzichtbar für den Machterhalt

VON HOLGER FUSS

Es ist, als sei das Land aus einem langen, bösen Schlaf erwacht. Am Mittwoch, den 23. Januar, erstach ein 28-jähriger Afghane in einem Aschaffener Park einen zwei Jahre alten Jungen und einen 41 Jahre alten Mann. Seither ist die Verschärfung der Migrationspolitik das Wahlkampfthema Nummer 1. Laut ARD Deutschlandtrend fordern 67 Prozent der Deutschen dauerhafte Grenzkontrollen und 57 Prozent Zurückweisungen an den Grenzen. Sogar SPD-Anhänger sprechen sich mehrheitlich für Grenzkontrollen (69 Prozent) und Zurückweisungen (52 Prozent) aus. Eine Woche nach den Morden von Aschaffenburg brachte CDU-Chef Friedrich Merz zwei Anträge zur längst überfälligen Verschärfung der Migrationspolitik im Bundestag zur Abstimmung ein. Am Freitag darauf schob Merz einen Gesetzentwurf nach – ein ebenfalls überfälliges Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz.

Doch was geschah am Mittwoch im Parlament? Es wurde nicht etwa endlich freimütig über die seit Jahren gesellschaftlich tabuisierten Versäumnisse in der Asyl- und Einwanderungspolitik debattiert, nicht der menschlichen Kollateraltrogdienen gedacht und die vielen hundert Toten, Verletzten und Verge-waltigten betrauert – und schon gar nicht der Bevölkerung, die am 23. Februar an die Wahlurnen gerufen wird, signalisiert: Wir haben verstanden, wir werden unsere Politik ändern.

Abwehrkampf gegen die Wirklichkeit

Stattdessen verzettelten sich SPD, Grüne und Linkspartei in einem bizarren Abwehrkampf gegen das Einreißen der Brandmauer gegen die AfD, als sei ein Abstimmen gemeinsam mit der rechten Konkurrenz ein Schritt in Richtung eines zweiten 1933 und einer neuerlichen NS-Herrschaft. Dass an der Symbol-Hysterie links der Mitte nichts dran ist, belegt das Abstimmungsverhalten bei den zwei Entschließungsanträgen am Mittwoch. Der erste Unionsantrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ (Drucksache 20/14698) wurde mit Mehrheit von CDU/CSU, AfD, FDP und einer Handvoll Fraktionsloser durchgewunken. Ein zweiter Antrag „Für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit“ (Drucksache 20/14699) wurde abgelehnt mit einer Mehrheit der Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Linkspartei, BSW – und AfD!

Das Abstimmen mit der AfD beim zweiten Antrag schien die linke Mitte nicht zu stören. Dafür polterte SPD-Fraktionchef Rolf Mützenich Richtung Friedrich Merz: „Der Sündenfall wird Sie für immer begleiten! Aber das Tor zur Hölle können wir noch gemeinsam schließen. Sie müssen die Brandmauer wieder hochziehen!“ Wahrscheinlicher ist es, dass das Wort vom „Tor zur Hölle“ Mützenich auf immer begleiten und Eingang finden wird in die Anthologien sozialdemokratischen Humors. Ernster zu nehmen ist schon Mützenichs Diktum von den „Anständigen in unserem Land und die heute demonstrieren“.

Denn schon am Mittwochabend versammelte sich vor der Bundeszentrale der CDU ein aufgebracht Mob, der geistreicher Weise ein Verbot der Partei forderte. Auf Parolen und Transparenten wurde Friedrich Merz als Steigbügelhalter von Nazis geschmäht. Am Donnerstag kam es zu Belagerungen und Besetzungen von CDU-Büros im Bundesgebiet; in der Landesgeschäftsstelle von Rheinland-Pfalz wurde eine Mitarbeiterin sogar durch eine Morddrohung eingeschüchert.

Tags darauf, am Freitag, ließ Merz im Bundestag nach chaotischen Verhandlungen zwischen den Fraktionen und erbosten Debatten über das Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz abstimmen. Es fiel durch aufgrund unzuver-



Sich nicht zu schade, das „Tor zur Hölle“ zu beschwören: SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich am Freitag im Bundestag

lässiger Abgeordneter in den Reihen von Union und FDP. Am Ende der Woche waren aber alle zufrieden: Merz, weil er SPD und Grüne im Parlament vorführen und den Bürgern zeigen konnte, dass mit Rot-Grün nach der Bundestagswahl keine Wende in der Migrationspolitik zu erwarten sein wird. Und Rot-Grün konnte nach einem eher lahmen Start in den Wahlkampf darüber frohlocken, dass sie in den restlichen drei Wochen bis zum Wahltag das Thema bewirtschaften können, in welchem sie ihre Kernkompetenz haben: der Kampf gegen Rechts.

Flexibler Antifaschismus

Insbesondere bei der Sozialdemokratie, deren Wurzeln bis ins Jahr 1863 zurückreichen, ist das antifaschistische Lebensgefühl so sehr in die DNA der Partei gedrungen, dass Praktikanten im Wahlkampfteam in den Sozialen Medien schon mal posteten: „Seit 162 Jahren Kampf gegen Nazis!“ Solche Stilblüten spiegeln indes die tragische Entwicklung der ältesten Partei Deutschlands, die nach der erfolgreichen Etablierung des Wohlfahrtsstaats nach neuen fortschrittlichen Betätigungsfeldern suchte und schließlich im Engagement für Migranten, Nichtheterosexuelle und andere Minderheiten ihr Genügen fand. Ihre Stammklientel, die aufstiegsorientierten und habituell konservativen Arbeiter und Kleinbürger, wanderte unterdessen zur Union und AfD ab.

Übrig geblieben ist als lagerübergreifender Konsensgenerator der Furor gegen Rechts, denn auch acht Jahrzehnte nach den Verbrechen der Nationalsozialisten triggern Auschwitz und Nazis die Deutschen heftiger denn je. Kein Konservativer nennt sich heute einen Rechten, es sei denn, er möchte provozieren. Sogar ein nicht-linker Poet wie Botho Strauß schreibt lieber über das Reaktionäre denn über das Rechtssein. Rechts ist der Standort des Teufels, eben das Tor zur Hölle.

Und deshalb lassen sich so vortrefflich kollektive Gefühlsgewitter entfachen. Schon vor einem Jahr hatte eine überwiegend zusammengeträumte Reportage des regierungsnahen Recherchenetzwerks Correctiv über einen angeblichen „Geheimplan für Deutschland“, wonach Neurechte in Potsdam über massenhafte Remigrationsaktionen konferierten, hunderttausende Demonstranten auf die Straßen gelockt, die mal wieder „den Anfängen zu wehren“ trachteten. Und auch am vergangenen Wochenende haben viele Menschen gegen Rechtsextremismus demonstriert. Allein in Berlin zog es an die 160.000 Protestler

an die Winterluft. Dass nebenan linke und arabische Israelhasser marschierten und „Wer eine Waffe hat, soll damit Juden erschießen oder sie der Hamas übergeben!“ skandierten, hat die wenigsten gestört. So sieht der „Aufstand der Anständigen“ aus: Wer in guter Sache unterwegs ist, darf nicht pingelig sein.

Wie mühelos in der SPD auch die Judenverächter ihre Pfründe verteidigen, zeigt die Causa der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz, die im Oktober 2024 auf Instagram einen Beitrag des linken, antizionistischen Vereins „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ geteilt hat. Zu sehen war ein Foto mit Flammeninferno und dem Satz „This is Zionism“. Im Begleittext wurde Israel Landdiebstahl, Apartheid, Kolonisation und Völkermord unterstellt. Wenig später löschte Özoğuz den Beitrag wieder. Trotz Rücktrittsforderungen vom Amt als Parlamentsvize seitens der Union, deutsch-jüdischer Verbände und des israelischen Botschafters, der ihr vorhielt, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen, kam Özoğuz im Ältestenrat des Bundestags mit der Ausrede davon, sie hätte nicht erkannt, dass „Gefühle verletzt wurden, die für ein friedliches Zusammenleben einstehen“. Und die SPD in Hamburg-Wandsbek stellte Özoğuz wieder als Kandidatin für den nächsten Bundestag auf.

Volkspartei aus den Fugen

Für die SPD ist die frisch erblühte Begeisterung gegen Rechts wie ein warmer Regen für die Wüstenei ihres bislang uninspirierten Wahlkampfes. Im Gegensatz zu seinem Herausforderer Merz scheint Olaf Scholz entschlossen, sich erst gar nicht in neue Ideen und Konzepte zu verstricken, die er im Fall einer unerwarteten Wiederwahl ohnehin nur wieder aussitzen müsste. Viele seiner Parteifreunde warnen denn auch eindringlich vor Versprechen, die nicht einlösbar seien; dies würde die Bürger enttäuschen und alles würde noch schlimmer.

Sozialdemokrat sein heißt gegenwärtig, auf eigene Bemühungen, die keiner spürt, und auf Erfolge, die keiner sieht, hinzuweisen und im übrigen zu beklagen, dass die Zeiten schwierig seien und für einfache Lösungen unzugänglich. Schuld sind grundsätzlich die anderen, denn Sozialdemokraten sind guten Willens. Weil aber Sozialdemokraten lausige Nietzscheaner sind, bleibt der Triumph des Willens aus.

Umso erprobter sind SPD-Genossen in Peinlichkeiten. Karl Lauterbach etwa, der am

Die Brandmauer dient allein dem Machterhalt von Rot-Grün. Deshalb nehmen SPD und Grüne mit ihrer abstrusen Politik in Kauf, immer mehr Bürger zur AfD zu treiben. Je mehr Stimmen hinter der Brandmauer verloren gehen, desto sicherer ist Sozialdemokraten und Grünen die Regierungsbeteiligung

Tag des Auschwitz-Gedenkens über Merz twittert: „Als erster Demokrat sagt er im Prinzip: wo es mir hilft lasse ich mich auch von Nazis unterstützen. Moralisch bankrott“. Kurz darauf schreibt er: „Ich habe den Tweet, in dem ich den Auschwitz-Gedenktag mit der aktuellen Debatte um die Migrationspolitik in Verbindung bringe, gelöscht und mich bei @FriedrichMerz entschuldigt. Der Tweet war in Ton und Inhalt deplatziert. Wir sind im Wahlkampf. Aber Anstand muss sein“. Dass Merz Lauterbachs Entschuldigung nicht annahm, verwundert nicht.

Auch Saskia Esken, SPD-Chefin und Grande Dame fürs Fremdschämen, meldete sich in einem parteieigenen Podcast zu Wort und warnte, die Politik solle „nicht zuviel über das Thema Migration sprechen, weil das eben als Problem empfunden wird“. Wir haben es hier mit negativer Wortmagie zu tun. Während wokes Sprach-Voodoo besagt, dass der Gebrauch von richtigen und falschen Begriffen jeweils günstige und nachteilige Realitäten zu erzeugen imstande ist, weshalb „Zigeunerschnitzel“ und „Mohrenkopf“ eliminiert und Genderschreibweise eingeführt gehören, plädiert Esken für Problemlösung durch Anschweigen der Sache. Olaf Scholz hat es ihr vorgemacht.

Während Parteichef Lars Klingbeil im Wahlkampf lieber erst gar nicht von sich reden macht, hat sich Bundesbauministerin Klara Geywitz aus der Deckung getraut und sofort bereit. Am Donnerstag vergangener Woche saß sie mit Michael Kyrath bei „Markus Lanz“. Kyraths Tochter Ann-Marie war 17, als sie vor zwei Jahren in einem Regionalzug auf dem Bahnhof im schleswig-holsteinischen Brokstedt bei einer Messerattacke von einem palästinensischen Flüchtling erstochen wurde. Mittlerweile hat sich der Vater mit rund 300 von ähnlichen Verbrechen betroffenen Eltern vernetzt und will, dass die Regierung endlich die Migrationspolitik ändert. SPD-Vize Geywitz zeigte sich erkennbar überfordert und stammelte minutenlang über das Gemeinsame Europäische Asylsystem, das im Aufbau sei, und über Vollzugsdefizite zwischen Bund und Ländern. Kurzum, sie würde ja gerne, wenn sie könnte und nicht alles so mühselig sei.

Der eigentliche Sinn der Inszenierung

Überhaupt können wir davon ausgehen, dass jeder Auftritt von SPD-Politikern derzeit der AfD ein paar Stimmen mehr bringt. Für Grünen-Politiker dürfte das gleiche gelten. Im Internet kursiert das Bonmot: „Rechts wird man nicht, wenn man Rechten zuhört, sondern wenn man Linken zuhört.“ Und in der Tat ist die AfD zuvörderst eine Schöpfung durch die Politik Angela Merkels, katalysiert durch den jahrelangen Kampf gegen Rechts. Seit Vereidigung der Ampelregierung haben sich die Prozente der AfD in den Umfragen auf 20 Prozent verdoppelt.

Der Satiriker Dieter Nuhr stellte Ende Januar fest: „Nichts brauchen Grüne und Linke dringender als eine AfD, mit der niemand abstimmen darf. Weil dann rechts der Mitte 20 Prozent wegfallen. Solange das der Fall ist, gibt es keine Regierung ohne sie.“ Die Brandmauer dient also allein dem Machterhalt von Rot-Grün. Deshalb nehmen SPD und Grüne mit ihrer abstrusen Politik in Kauf, immer mehr Bürger zur AfD zu treiben. Je mehr Stimmen hinter der Brandmauer verloren gehen, desto sicherer ist Sozialdemokraten und Grünen die Regierungsbeteiligung. Der Kampf gegen Rechts ist ein gigantischer Bluff. Oder wie es Dieter Nuhr ausdrückt: „Das ist die große Verlogenheit dieser Tage.“

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de/finanzbuchverlag

● MELDUNGEN

Jugendliche als Familienpfleger

Berlin – Ein wenig beachtetes gesellschaftliches Thema hat die FPD-Fraktion im Deutschen Bundestag aufgegriffen, indem sie in einer Kleinen Anfrage nach der Zahl pflegender Kinder und Jugendlicher fragte. Laut Bundesregierung gibt es in Deutschland knapp 480.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die pflegebedürftige Familienangehörige pflegen. Sie bezieht sich auf die Daten einer Studie der Universität Witten/Herdecke. Meist kümmern sich die pflegenden Kinder und Jugendlichen wie selbstverständlich um ihre Familienmitglieder und nähmen selbst kaum wahr, dass sie die Verantwortung für Erwachsene übernommen haben. Aus Angst vor Stigmatisierung sprächen sie auch nicht über ihre familiären Sorgen, so die Studie. Aus der Statistik der Deutschen Rentenversicherung geht lediglich hervor, dass für den Berichtszeitraum des Jahres 2023 knapp 23.000 Personen unter 25 Jahren, davon knapp 1100 unter 18 Jahren, als Pflegeperson in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren. **MRK**

EU finanziert linke Aktivisten

Brüssel – Die EVP-Politikerin Monika Hohlmeier hat den Vorwurf erhoben, dass über die Finanzierung von sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO) Einfluss auf die Gesetzgebung der EU genommen wurde. Während einer Plenarsitzung in Straßburg erklärte die CSU-Politikerin, dass die EU einige Aktivistennetzwerke finanziell unterstützt, die sich ihrerseits für eine Verschärfung von Kommissionsvorschlägen einsetzen. Anlass für die Debatte ist ein Schreiben der EU-Kommission, in dem Ende vergangenen Jahres 30 EU-finanzierte Nichtregierungsorganisationen aufgefordert worden waren, ihre Lobbyaktivitäten einzuschränken. Die angeschriebenen Organisationen hatten 2024 von der EU je zwischen 80.000 und 700.000 Euro bekommen, um für Umweltfragen zu lobbyieren. Die EU-Kommission hatte die Organisationen unter anderem dringend aufgefordert, besser Workshops abzuhalten, anstatt Abgeordnete zu beeinflussen. **H.M.**

Keine neue Gedenkschrift

Dresden – Kurz vor dem 80. Jahrestag des Bombeninfernos von Dresden steht fest, dass es auf absehbare Zeit keine Erneuerung der vor einem Jahr auf brachiale Weise entfernten Gedenkschrift für die Toten des 13. Februar auf dem Altmarkt der sächsischen Landeshauptstadt geben wird. Damit ignoriert die von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) geführte Verwaltung einen Beschluss des Stadtrates vom Februar 2024, der zudem eine konkrete Frist von fünf Monaten für die Neugestaltung gesetzt hatte. Dies geschah, weil laut Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch von der Linkspartei im aktuellen Haushalt das Geld für das Vorhaben fehle. Des Weiteren habe der für die Entwürfe zuständige Beirat für Erinnerungskulturen auch keinerlei Vorschläge unterbreitet, sondern lediglich eine Arbeitsgruppe gebildet. **W.K.**



Der psychisch kranke Saudi Taleb Al-Abdulmohsen ist verantwortlich für fünf Tote und 200 Verletzte beim Magdeburger Anschlag

AUSLÄNDISCHE STRAFTÄTER

Gefahr durch psychisch Kranke

Karl Lauterbach geht bei Asylsuchern von 30 Prozent Betroffenen aus

VON HAGEN RITTER

Nach der Gewalttat von Aschaffenburg hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor einem „Sicherheitsrisiko“ durch psychisch erkrankte „Geflüchtete“ gewarnt.

Bei einem Messerangriff auf eine Kindergartengruppe waren in Aschaffenburg ein zweijähriges Kind und ein 41 Jahre alter Mann mit einem Messer erstochen worden. Der Tatverdächtige ist ein Asylbewerber aus Afghanistan, der bereits mehrfach durch Gewalttaten aufgefallen sein soll. Der 28-Jährige war laut Medienberichten auch schon mehrfach für kurze Zeit durch die Polizei in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, jedoch nach kurzer Zeit immer wieder entlassen worden. Aktuell ist der dringend tatverdächtige Afghane in einer forensischen Psychiatrie untergebracht.

Im Zusammenhang mit der Gewalttat erklärte Lauterbach: „Deutschland hat ein

Sicherheitsrisiko. Viele Menschen, die nach Kriegs- und Fluchterfahrung zu uns kommen, entwickeln schwere psychische Erkrankungen und sind daher häufig eine Gefahr für sich und andere.“

Für Aufsehen sorgte Lauterbachs Aussage, wonach sogar 30 Prozent der „Geflüchteten“ psychisch krank sind. Die psychischen Erkrankungen „müssten diagnostiziert und behandelt werden“, ließ der Minister ausrichten.

Die PAZ hatte bereits im Jahr 2019 (PAZ 32/2019 „Importierte Gesundheitsprobleme“) auf das Problem psychisch kranker Migranten aufmerksam gemacht. Lauterbachs Eingeständnis, dass fast jeder Dritte der „Geflüchteten“ wegen psychischer Erkrankungen eine Behandlung benötigt, ist geeignet, die Darstellung von der Entlastung des Sozialsystems durch Zuwanderung komplett infrage zu stellen. Stattdessen ist vielmehr mit einer massiven Belastung zu rechnen.

Eingesetzt hatte die Debatte um Sicherheitsprobleme durch psychisch kran-

ke Migranten bereits im vergangenen Dezember nach dem blutigen Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt. Tatverdächtig ist ein Mann, der aus Saudi-Arabien stammt. Auch in diesem Fall gibt es Hinweise auf eine schwere psychische Erkrankung.

Vorsätzliche Falschmeldungen

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hatte nach dem Magdeburger Anschlag die Einführung eines bundesweiten Registers für psychisch kranke Gewalttäter gefordert. Im „Deutschlandfunk“ sagte Linnemann am 30. Dezember 2024: „Wir haben große Raster angelegt für Rechtsextremisten, für Islamisten, aber offenkundig nicht für psychisch kranke Gewalttäter.“

Mit seiner Forderung handelt sich der CDU-Generalsekretär viel Kritik ein. Die Depressionsliga warf Linnemann vor, er schere mit seiner Forderung alle psychisch Kranken über einen Kamm und vorverurteile sie. Tatsächlich hatte Linne-

mann in dem Interview keineswegs ein Register für alle psychisch kranke Menschen gefordert, wie dies einige Medien fälschlicherweise berichtet haben. Stattdessen hatte er sich ausdrücklich nur auf solche Gewalttäter bezogen, die psychisch krank sind.

Realität ist bislang, dass diese Menschen entweder gar keine oder nur sporadische eine Behandlung bekommen. Eine Therapie oder eine ständige Behandlung erfolgt oftmals erst, nachdem Staatsanwaltschaften Ermittlungen wegen schwerster Straftaten aufgenommen und Gerichte eine Unterbringung in der forensischen Psychiatrie angeordnet haben.

Tatsächlich ist das deutsche Gesundheitssystem gar nicht in der Lage, sich zusätzlich um hunderttausende Menschen mit teils schweren psychischen Störungen zu kümmern. Laut Bundespsychotherapeutenkammer müssen psychisch Kranke im Schnitt 142 Tage auf den Beginn einer Psychotherapie warten. Bei zehn Prozent der gesetzlich krankenversicherten Patienten vergeht sogar ein ganzes Jahr bis Therapiebeginn.

Die Bundespsychotherapeutenkammer schätzt, dass bundesweit mindestens 1600 kassenärztliche Stellen für Psychotherapeuten fehlen, um die Nachfrage zu decken. Auch in den Gesundheitsämtern, die für den Sozialpsychiatrischen Dienst zuständig sind, fehlen nach Angaben des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes Hunderte Vollzeitstellen für Fachkräfte der Psychiatrie und Psychotherapie.

Kein Geld für Therapien

Prekär ist in vielen Bundesländern auch die Lage im Maßregelvollzug. Dort landen psychisch kranke oder suchtkranke Täter. Schon 2023 wurde gemeldet, dass in elf von 16 Bundesländern die Kliniken des Maßregelvollzugs überbelegt sind.

Mit Blick auf die Zustände im Maßregelvollzug in der deutschen Hauptstadt spricht die Berliner Ärztekammer bereits von einem „Kollaps“. Auch in Brandenburg ist der Maßregelvollzug seit Jahren überbelegt. In Nordrhein-Westfalen arbeitet er bereits extrem eng „am Limit“.

Bislang kaum diskutiert wird die Frage, ob es das deutsche Gesundheitssystem finanziell überhaupt noch stemmen kann, in hunderttausenden Fällen Therapienkosten für Zugewanderte zu übernehmen, die keine Beitragszahler sind. Bereits vergangenes Jahr meldeten die gesetzlichen Krankenkassen, dass sie im Jahr 2024 ein Minus von rund 5,5 Milliarden Euro angehäuft hatten. Allein schon durch Lauterbachs Krankenhausreform, die von Kassen mitfinanziert werden soll, müssen die Versicherten mit weiteren spürbaren Beitragserhöhungen rechnen.

LNG-IMPORT

Deutschland kauft immer noch russisches Gas

Nach ukrainischem Transitverbot – Anstieg von Käufen in Moskau auch in diesem Jahr

Im vergangenen Jahr stieg trotz Sanktionen die Einfuhr von russischem Flüssigerdgas LNG in die EU deutlich. Laut einer Analyse des Rohstoffanalyseunternehmens Kpler spielt Deutschland dabei weiterhin eine zentrale Rolle.

Nach Angaben der EU-Kommission wurden 2024 insgesamt 20 Milliarden Kubikmeter russisches LNG eingeführt; im Jahr 2023 waren es noch 18 Milliarden. Das meiste Flüssigerdgas in der EU stammt laut der Kommission jedoch aus den USA. Die größten Importeure sind demnach Frankreich, Spanien, die Niederlande, Belgien und Italien.

Widersprüchlich dazu wirkt, dass die Gasimporte aus Russland auch in diesem Jahr weiter steigen. Der Anstieg Anfang 2025 dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass die Ukraine den Transit

von russischem Erdgas durch Pipelines über ihr Territorium untersagt hat.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sowie die Organisationen Urgewald, Razom We Stand (Ukraine) und Bond Beter Leefmilieu (Belgien) kritisieren, dass das bundeseigene Energieunternehmen Sefe (Securing Energy for Europe GmbH) im vergangenen Jahr sechsmal so viel LNG importiert hat wie 2023. Sefe trat im vergangenen Jahr als Käufer von 58 Lieferungen von russischem Flüssigerdgas auf. Im Jahr davor waren es nur zwölf Lieferungen. Früher hieß das Unternehmen Gazprom Germania und war eine Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom, das infolge des Ukrainekriegs verstaatlicht wurde.

Die Umweltorganisationen vermuten, dass der Anteil russischen LNGs über indirekte Importe an den gesamten deut-

schen Gasimporten 2023 zwischen drei und 9,2 Prozent lag. Sie beklagen die mangelnde Transparenz des EU-Gasbinnenmarktes. Da im französischen Dünkirchen angeliefertes Flüssigerdgas in die europäischen Gasnetze eingespeist wird, wo sich die Moleküle verschiedener Lieferungen vermischen, kann Sefe keine genauen Angaben darüber machen, wie viele davon in Deutschland ankommen.

Sefe weist die Kritik zudem zurück mit dem Verweis auf bestehende Verträge, die es zu erfüllen gelte. Würde man die vereinbarten Mengen nicht abnehmen, müsste man sie dennoch bezahlen, so die Chefetage von Sefe. Russland hätte dann die Möglichkeit, die Mengen anderweitig zu veräußern und würde dennoch profitieren.

Dass Russland von seinen LNG-Exporten profitiert, steht außer Frage. Zwar

hat die EU weitreichende Sanktionen gegen die russischen Energieträger Öl und Kohle erlassen, lässt bei LNG und Uran aber Ausnahmen zu. Verboten sind Investitionen in LNG-Projekte, die sich in Russland im Bau befinden, sowie Ausfuhren zugunsten dieser Projekte. EU-Häfen dürfen auch nicht zur Verschiffung russischen LNGs in Drittstaaten genutzt werden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stimmt in den Chor der Kritiker ein, indem es behauptet, ein vollständiger Verzicht auf russisches Gas wäre möglich, da es ausreichend vorhandene Importkapazität und genügend Erdgas-mengen auf dem globalen Markt gebe. Es könne unter anderem mehr LNG aus den USA importiert werden.

Manuela Rosenthal-Kappi

MITTELSTAND I

„Viele haben keine Reserven mehr“

Berlin ist von Restaurantsterben heimgesucht – Auch die Politik hat ihren gewichtigen Anteil daran

VON HERMANN MÜLLER

Gleich drei Berliner Restaurants sind in der neuen Ausgabe des Gastronomieführers „Gault&Millau“ mit der besten Bewertung ausgezeichnet worden. Deutschlandweit haben insgesamt nur 15 Restaurants die begehrte Auszeichnung als kulinarische Spitzenadresse erhalten. „Gault&Millau“-Herausgeber Jochen Rädker lobt: „Die absolute Spitze in Deutschland ist noch besser und größer geworden – 20 Prozent mehr Auszeichnungen mit vier oder fünf Hauben sind ein eindrucksvoller Qualitätsausweis für die deutsche Gastronomie.“

Lob und Auszeichnungen für die Berliner Spitzenrestaurants sind geeignet, ein täuschendes Bild von der Lage der Gastronomie insgesamt zu liefern. Immer mehr Restaurantbetriebe kämpfen nämlich ums Überleben. Schon seit einiger Zeit verschwinden in Berlin immer mehr Adressen, die bislang für gute Küche standen. Betroffen sind alle Arten von Gastronomiebetrieben – vom hochgelobten Nobelrestaurant bis hin zum Lokal mit solidem gutbürgerlicher Küche.

Deutsche Küche immer seltener

Erst zum Jahreswechsel hat im Stadtteil Kreuzberg nach 14 Jahren das Restaurant „Volt“ für immer geschlossen. Die Edelgaststätte in einem ehemaligen Umspannwerk war noch 2017 vom „Gault&Millau“ ausgezeichnet worden. Vor Kurzem gab auch das Restaurant „Breslau“ in Pankow bekannt, dass nach zehn Jahren im Februar Schluss sein wird.

Bei vielen anderen Speiselokalen ist es den Hauptstadtmedien nicht einmal mehr eine Meldung wert, wenn sie aufgeben. Gerade regelmäßigen Berlin-Besuchern fällt allerdings auf, wie insbesondere Restaurants mit traditioneller deutscher Küche in der Hauptstadt immer seltener werden. Auf den Speisekarten werden damit Gerichte wie Königsberger Klopse, Sauerbraten oder ein simpler Eintopf langsam zur Rarität.

Die Rede ist mittlerweile davon, dass in Berlin ein großes Restaurantsterben eingesetzt hat. Als Ursachen nennen Betreiber und Küchenchefs neben gestiegenen Lebensmittelpreisen, höheren Mieten und Personalkosten auch immer wieder die massiv gestiegenen Energiekos-



Gerade höherpreisigen Lokalen geht die Luft aus: Restaurantsterben in Berlin

Bild: imago/Rüdiger Wölk

ten. Hinzu kommen viel Bürokratie, der Mangel an Küchen- und Servicepersonal sowie die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer. Zur Entlastung der Gastronomie während der Corona-Zeit hatte die Bundesregierung die Mehrwertsteuer auf Restaurantbesuche zeitweise auf sieben Prozent gesenkt. Laut dem Versprechen von Kanzler Scholz sollte dies auf Dauer so bleiben. Doch seit Anfang 2024 gelten wieder 19 Prozent.

Dieses Bündel an Belastungen für die Gastronomiebranche ist nur eine Seite des Dilemmas. Auf der anderen Seite haben auch die potentiellen Gäste oftmals mit Lebenshaltungskosten zu kämpfen, die auf breiter Front drastisch gestiegen sind. Der Verzicht auf einen Restaurantbesuch ist damit für viele eine naheliegende Möglichkeit, Geld zu sparen.

Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl hatte eine Reihe von Berliner Gastronomen unlängst Vertreter verschiedener Parteien geladen. Der Einla-

dung gefolgt waren unter anderem Wolfgang Kubicki (FDP) und die Unions-Politikerin Anja Karliczek. Auf der Veranstaltung beklagte der Gastronom The Duc Ngo, dass die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer für Speisen im Lokal für viele Betriebe nur der letzte Tropfen gewesen sei.

Politiker versprechen Hilfe

Aus Sicht des erfolgreichen Restaurantbetreibers haben viele in der Branche noch nicht begriffen, dass es nicht reicht, die Preise nur um den Betrag der Mehrwertsteuererhöhung anzuheben. Eigentlich würden es die gestiegenen Lebensmittelpreise und Personalkosten erforderlich machen, die Preise um mehr als ein Viertel zu erhöhen: „Das hat sich noch kein Restaurant getraut“, so der Betreiber mehrerer Restaurants mit vietnamesisch-chinesischen Wurzeln.

Tatsächlich scheuen zahlreiche Gastronomen vor drastischen Preiserhöhun-

gen zurück, weil sie Angst haben, Kunden zu verlieren. Als Folge bleibt unterm Strich immer öfter nichts übrig. Auf eine Folge dieser Entwicklung machte Arne Anker, Inhaber des Charlottenburger Restaurants Brikz, auf dem Gastronomentreffen aufmerksam: Es werde finanziell auf Kante genäht. Wenn dann zusätzlich zu den auf breiter Front gestiegenen Betriebskosten auch noch außerordentliche Kosten anfallen, etwa weil plötzlich ein Herd oder ein Kühlschrank kaputtgeht, seien keine finanziellen Reserven vorhanden.

Die anwesenden Politiker von CDU, FDP und SPD signalisierten, dass sie sich nach der Bundestagswahl dafür einsetzen wollten, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wieder auf sieben Prozent abzusenken. Aus Sicht einiger Restaurantbetreiber kommt diese in Aussicht gestellte Lösung allerdings zu spät, da viele Läden keine Reserven mehr haben, um noch einige Monate durchhalten zu können.

MITTELSTAND II

Der Prignitz gehen die Fleischereien aus

Inhaber finden keine Nachfolger: Probleme wie Bürokratie und Energiekosten drücken die Stimmung

Einer der letzten Fleischereibetriebe in der Prignitz, der Betrieb von Karl-Heinz Vader aus Wittenberge, schließt Ende Februar 2025. Vader wird in diesem Jahr 66 Jahre alt und hat trotz Hilfe der Handwerkskammer keinen Nachfolger gefunden. Auch im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt wollte niemand den gut laufenden Laden weiterführen. In der Prignitz bleiben in Lenzen, Lanz und Kletzke, dazu die Neudorfer Fleischerei mit mehreren Filialen, nur noch vier Fleischereibetriebe.

Was sind die Gründe hierfür? Das Handwerk in Deutschland beklagt die auswuchernde Bürokratie durch Vorschriften der EU, des Bundes, des Landes und auf kommunaler Ebene. Die bürokratische Belastung im Handwerk hat mittlerweile ein Niveau erreicht, welches

kleine Handwerksbetriebe an ihre Grenzen bringt. Die Bürokratiepflichten binden Zeit, die für die Erfüllung von Kundenaufträgen wegfällt. Zudem stellen sie eine finanzielle Belastung dar – beispielsweise, wenn Tätigkeiten entsprechende Zertifizierungen voraussetzen oder die Anschaffung neuer Hard- und Software erforderlich ist.

In manchen Kleinbetrieben verbringen die Inhaber mehr Zeit damit, den Wissensdurst der Bürokraten zu befriedigen als mit ihrer eigentlichen unternehmerischen Aufgabe. Und es wird nach Aussage vieler Betroffener immer schlimmer statt besser. Nach einer Umfrage bei 53 Handwerkskammern erklärten 74 Prozent der befragten Betriebe, der Bürokratieaufwand sei in den letzten fünf Jahren gestiegen.

Die Fleischerei von Karl-Heinz Vader direkt hinter dem Bahnhof in Wittenberge ist bereits seit drei Jahren leer. Nach der Corona-Zeit hat er das Geschäft, in dem sein Vater vor 60 Jahren mit dem Fleischereibetrieb begonnen hat, nicht mehr geöffnet. In der 2001 eröffneten Filiale in der Wittenberger Innenstadt herrscht hingegen Hochbetrieb. Doch nicht mehr lange: Zum 60. Betriebsjubiläum schließt der letzte Fleischer von Wittenberge.

Das ist kein Einzelfall, sagt Ralph Bührig, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Potsdam. Die Zahl der selbstständigen Fleischereien sei in den vergangenen zehn Jahren stark rückläufig gewesen. Gab es Ende 2014 in Brandenburg insgesamt 339 Betriebe, sank die Zahl zum 31. Dezember 2024 auf 267 – mehr als

20 Prozent weniger. Nach den Zahlen der Handwerkskammer sind in knapp 30 Prozent der Fleischereien die Inhaber 60 Jahre oder älter. Für diese Betriebe sei das Thema Nachfolge in den nächsten Jahren besonders relevant. Die Handwerksbetriebe spüren im Land den wachsenden Kostendruck, ergänzt der Handwerkskammerchef, etwa bei Energiekosten, die gerade im Lebensmittelhandwerk beispielsweise bei Kühlanlagen besonders ins Gewicht fielen.

Zumindest in der Innenstadtfiliale werde ein Caterer einziehen, der den Imbiss fortführt, so Vader. Dort dürften auch die 15 Mitarbeiter der Fleischerei eine neue Arbeit finden. Und auch für den Laden am Bahnhof sieht er noch Chancen. Vermutlich kommt dort auch eine Art Imbiss hin. Frank Bückler

● KOLUMNE

Einseitig

VON THEO MAASS

Die beklemmenden Bilder gingen durch ganz Deutschland: Gewaltbereite Linksextremisten drangen in ein Wahlkreisbüro der CDU in Berlin-Wilmersdorf ein, tobten sich dort aus und bedrohten die Mitarbeiter. Die selbsternannte Zivilgesellschaft – von Staatsgeldern teilweise finanziert – wandte sich, nachdem jahrelang Gewalt gegen die AfD ausgeübt wurde, nun auch gegen die CDU. Was aber auch zur Wahrheit gehört: In den Zeiten der CDU-Kanzlerin Angela Merkel wurden die zahllosen Programme „gegen rechts“ nicht nur fortgeführt, sondern ausgeweitet.

Unter dem Titel „Die Revolution frisst ihre Kinder!“ hatte eine 73-minütige Produktion des Schauspielhauses Graz seine Uraufführung am 23. November 2018. Wie passend ist der Titel zu dem, was die „Antifa“ seit dem Freitag in Berlin und anderswo veranstaltet. Die gegrollten Parolen lauten „Wir sind mehr“, „Wer Merz sät, wird Faschos ernten“ oder „Wir sind die Brandmauer“. Was hier geflissentlich unterschlagen wird: Selbst die Mehrheit der SPD-Wähler stimmt laut Umfrage den von Friedrich Merz eingebrachten Gesetzesvorlagen zu.

Aus der Berliner CDU hieß es, die Geschäftsstellenmitarbeiter hätten Angst gehabt und beklagten „Gewalt und Einschüchterung“ sowie einen „direkten Angriff auf unsere demokratische Kultur“. Der CDU-Kreisvorsitzende von Wilmersdorf-Charlottenburg, Detlef Wagner, warnt: „Die Stürmung von Parteibüros und die Androhung körperlicher Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden erinnert an dunkle Zeiten unserer Geschichte.“

Recht hat er! Doch sollten Wagner wie auch andere CDU-Politiker die skandalösen Vorfälle zum Anlass nehmen, die staatliche Förderpolitik für linke und linksextreme Vereinigungen unter die Lupe zu nehmen. Und zudem die einseitige Abgrenzung ihrer Partei „gegen rechts“, welche für die Merkel-Ära kennzeichnend war. Denn am linken Rand wurde derweil etwas gepöppelt.

● MELDUNG

Remmo-Klan im Parlament

Berlin – Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist zum Opfer einer peinlichen Posse geworden. Auf Einladung des CDU-Gesundheitspolitikers Christian Zander weilte im Januar die Besuchergruppe einer arabischen Gemeinde im Parlament. Wie durch Fotos auf sozialen Medien bekannt wurde, gehörte auch Issa Remmo dazu. Der 57-Jährige gilt als Oberhaupt eines stadtbekanntem Großclans. Einzelne Angehörige der Familie sorgen immer wieder durch spektakuläre Straftaten für Aufsehen. 2017 brachen etwa drei Mitglieder der Familie in das Berliner Bode-Museum ein. Zander bestreitet, vorab Kenntnis gehabt zu haben, dass Remmo zur Besuchergruppe gehörte. Wie Benjamin Jendro, Sprecher der Polizeigewerkschaft GdP, erklärte, lasse sich bei einer bürgernahen Politik nicht komplett ausschließen, „dass eine der schillerndsten Clan-Gestalten mal eben durch das Abgeordnetenhaus stolziert“. H.M.

● MELDUNGEN

Geheimdienst warnt Selenskyj

Kiew – Kyrylo Budanow, der Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes, sieht eine existentielle Gefahr für die Ukraine, sollten in den nächsten Monaten keine Verhandlungen mit Russland aufgenommen werden. Laut Bericht der „Ukrainska Prawda“ vom 27. Januar hat der Geheimdienstchef in einer nichtöffentlichen Sitzung des ukrainischen Parlaments Verhandlungen über einen Frieden oder zumindest einen Waffenstillstand mit Russland bis Sommer angemahnt. Laut dem Bericht der ukrainischen Zeitung soll Budanow in der geheimen Sitzung erklärt haben, wenn es bis zum Sommer keine ernsthaften Verhandlungen gebe, könnten gefährliche Prozesse einsetzen, welche die Existenz der Ukraine bedrohen. Budanow galt im Krieg mit Russland bislang als Verfechter einer harten Linie. Die Zeitung beruft sich in ihrem Bericht auf eine namentlich nicht genannte Quelle, die an der Parlamentssitzung teilgenommen hat. H.M.

Der Kaiser soll zurückkehren

Kopenhagen – Das Denkmal Kaiser Wilhelms I. soll zurück an seinen alten Platz: Der Haderslebener Abgeordnete Peter Kofod (Dänische Volkspartei) schlägt vor, eine historische Statue von Kaiser Wilhelm I. an ihren ursprünglichen Ort am Südermarkt in nordschleswigschen Hadersleben zurückzusetzen. Sie soll an die bewegte Geschichte des Grenzlandes erinnern. Bis 1920 stand eine Statue von Kaiser Wilhelm I. auf dem Südermarkt (Søndertorv) in Hadersleben (Haderslev). Nordschleswig gehörte bis 1920 zum Deutschen Reich. Jetzt meint der Abgeordnete der Dänischen Volkspartei (DF), Peter Kofod, dass sie wieder dort aufgestellt werden sollte. „Es ist an der Zeit, dass die Statue zurückkehrt, denn sie ist ein zentraler Teil der Geschichte Nordschleswigs – nämlich dem der deutschen Jahre bis zur ‚Genforening‘“, so Kofod. Bislang galt die Dänischen Volkspartei eher als deutschlandkritisch. Dass dieser Vorschlag nun von dieser Seite kommt, ist bemerkenswert. F.B.

Südafrika plant Enteignungen

Johannesburg – Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa hat ein vom ANC durchgedrücktes Gesetz unterzeichnet, welches es dem Staat künftig erleichtert, Land und Gebäude „im öffentlichen Interesse“ zu enteignen – sogar entschädigungslos. Zwei Koalitionspartner des ANC, der bei der Wahl 2024 die absolute Mehrheit verloren hatte und seitdem mit drei anderen Parteien zusammen regiert, kündigten an, juristisch gegen das Gesetz vorzugehen. Dabei erhalten die liberale Democratic Alliance und die konservative Freedom Front Plus Unterstützung von der Bürgerrechtsorganisation AfriForum und der Farmervereinigung Transvaal Agricultural Union. Die Kritiker meinen, das Gesetz hebele die verfassungsmäßig garantierten Eigentumsrechte aus und öffne der Willkür Tür und Tor. Zudem werde es künftig noch schwieriger, Investoren zu finden. W.K.

GRÖNLAND

„Die Dänen sind jetzt im Krisenmodus!“

Trump lässt in der Grönlandfrage Dänemarks Regierungschefin keinen Verhandlungsspielraum

VON HERMANN MÜLLER

Laut dänischen Regierungsbeamten soll ein Telefongespräch geradezu „entsetzlich“ verlaufen sein, das US-Präsident Trump und Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen abgehalten haben.

Beide hatten am 15. Januar ein rund 45-minütiges Telefongespräch geführt, in dem es vor allem um Grönland gegangen sein soll. Die arktische Insel ist seit Jahrhunderten ein autonomer Teil des Königreichs Dänemark. Von Trump liegt das Angebot vor, dass die USA die riesige arktische Insel kaufen wollen. Allerdings ist aus dem Kaufangebot beim US-Präsidenten inzwischen ein fester, kompromissloser Wille geworden, die Eisinsel in US-Besitz zu bekommen. Jüngst hatte Trump sogar den Einsatz militärischer Mittel nicht mehr ausgeschlossen.

Frederiksen betonte nach dem Telefongespräch mit Trump wiederum, Grönland stehe nicht zum Verkauf. Das Gespräch, das laut dänischen Beamten wie eine „kalte Dusche“ war, hat in Kopenhagen immerhin dazu geführt, Trumps Grönland-Ambitionen ernst zu nehmen.

Hoffnungen, es handele sich lediglich um eine vorübergehende Laune Trumps oder einen Verhandlungstrick, um die Europäer zu mehr Engagement in der NATO zu bringen, sind offenbar geschwunden. „Es ist ernst und möglicherweise sehr gefährlich“, so die Einschätzung eines dänischen Beamten. Eine andere Quelle im Regierungsapparat zitierten Medien mit der Einschätzung: „Die Dänen sind jetzt im Krisenmodus.“

Souveränität der Territorien

Inzwischen versucht Ministerpräsidentin Frederiksen bei Besuchen in Berlin, Paris und Brüssel Unterstützung für die dänische Position zu organisieren. Bundeskanzler Olaf Scholz betonte mit Blick auf die Grönlandfrage die Unverletzlichkeit von Grenzen als ein Grundprinzip des Völkerrechts: „Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden – to whom it may concern.“

Rückendeckung erhielt Frederiksen offenbar auch vonseiten der französischen Führung. Nach ihrem Treffen mit Präsident Emmanuel Macron sagte sie: „Die klare Botschaft unserer Freunde in den nordischen Ländern und in Europa,

aber auch außerhalb Europas ist, dass die Territorien und die Souveränität der Staaten selbstverständlich respektiert werden müssen.“

„Das Gespräch mit Trump war eine kalte Dusche“

Dänischer Regierungsbeamter

Der französische General Jérôme Pellistrandi forderte beim Sender BFMTV, Europa müsse gegen Trumps Grönland-Pläne „extrem hart“ bleiben. Der US-Präsident dürfe nicht wie Putin in der Ukraine einfach Gebiete annektieren.

Noch ist nicht klar, wie sich andere europäische Länder zu Trumps Plänen positionieren. Großbritannien und Polen haben beispielsweise immer viel Wert auf ihre sehr guten und intakten transatlantischen Beziehungen gelegt. Kopenhagen hat inzwischen mitgeteilt, dass Dänemark

die Sicherheit in der strategischen Arktisregion verstärken wird. Dazu will die Regierung offenbar zwei Milliarden US-Dollar in die Hand nehmen. Dänemarks Verteidigungsminister plant, die militärische Präsenz mit drei neuen Schiffen für die Gewässer um Grönland, Langstrecken-drohnen und Satelliten zu verstärken.

Der dänische Europaabgeordnete Morten Løkkegaard (Renew-Fraktion) schlug unterdessen vor, die Grönländer sollten darüber nachdenken, aus Schutzgründen der EU beizutreten. Gegenüber dem Nachrichtenportal „Politico“ sagte er: „Wir leben in einer Welt, in der man, egal wie unabhängig man sein möchte, Mitglied von Allianzen sein muss ... Und meiner Meinung nach ist die EU die beste Allianz, der man beitreten kann. Das gilt für Dänemark, das gilt für Grönland.“

In einem Referendum hatten die Einwohner Grönlands 1982 für den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft gestimmt. Grönland hat die EG 1985 verlassen und ist auch kein Mitglied der Europäischen Union. Allerdings sind die knapp 60.000 Einwohner Grönlands dänische Staatsbürger. Damit sind sie EU-Bürger, ohne dass Grönland selbst zur EU gehört.

Einst enge, treue Verbündete

Trump belastet mit seinem Vorgehen nicht nur die NATO, er hat in kurzer Zeit auch massiven diplomatischen Schaden im Verhältnis zu Dänemark angerichtet. Etwas im Schatten der „Special relationship“ zwischen den Briten und Amerikanern war Dänemark in den Nachkriegsjahrzehnten ein besonders treuer Verbündeter der USA. Beide Staaten haben gerade auch in Sicherheitsfragen sehr eng zusammengearbeitet – zumindest bislang.

Erst 2021 wurde durch Recherchen des dänischen Rundfunks in Kooperation mit deutschen Medien bekannt, dass der dänische Geheimdienst zwischen 2012 und 2014 dem NSA geholfen hat, europäische Spitzenpolitiker abzuhören. Konkret soll der dänische Dienst der NSA ermöglicht haben, einen wichtigen Internetknotenpunkt in der Nähe von Kopenhagen anzuzapfen. Vom Lauschangriff der Amerikaner betroffen waren laut den Berichten Politiker aus Schweden, Norwegen, den Niederlanden und Frankreich, aber auch Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier und der damalige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück.



US-Präsident Trump (l.) will unbedingt Grönland haben – aber Dänemarks Regierungschefin Frederiksen (r.) lehnt das strikt ab

ILLEGALE MIGRATION

Schweden verschärft Asylregeln noch weiter

Regierung und Bevölkerung wollen möglichst keine weiteren Aufenthaltsgenehmigungen erteilen

Schwedens Mitte-Rechts-Regierung, die von den rechten Schwedendemokraten (EKR) unterstützt wird, hat die Immigrationsregeln seit 2022 stark verschärft. Bereits unter den Sozialdemokraten war die Einwanderung spürbar gebremst worden, doch die derzeitige Führung spricht nun von einem „Paradigmenwechsel“. Zuletzt wurden die Kriterien für den Erhalt einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung weiter verschärft. Außerdem kam die Familienzusammenführung von Immigranten fast zum Erliegen. Die Regierung plant außerdem, die Unterstützung für die Rückkehr von Immigranten zu erhöhen.

Migrationsminister Johan Forssell begrüßte es, dass 2024 lediglich 6250 Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt wurden. Das ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. Im Jahr 2016, während der von

Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgelösten Migrantenkrise, hatte Schweden noch mehr als 86.000 Genehmigungen erteilt.

Für Ludvig Aspling, Mitglied der Schwedendemokraten, ist das aber noch nicht genug. „Wir würden uns wünschen, dass die Zahl der Asylanträge auf Null geht“, sagte er. Viele Immigranten „haben keinen Platz in der schwedischen Gesellschaft“. Eine Meinung, die im ganzen Land weitgehend geteilt wird. Laut einer Umfrage, die im November vergangenen Jahres von der Tageszeitung „Dagens Nyheter“ und dem Ipsos-Institut veröffentlicht wurde, will mehr als die Hälfte der schwedischen Bevölkerung die Einwanderung deutlich weiter reduzieren.

Aspling, migrationspolitischer Sprecher der EKR, hatte im Oktober durchgesetzt, dass Schweden künftig eigenständi-

ger über seine Entwicklungs- und Migrationspolitik entscheidet. Durch schwedische Entwicklungshilfe soll langfristig die irreguläre Migration nach Schweden und in die EU verringert werden. Die Regierung und die Schwedendemokraten haben deshalb eine neue Entwicklungsstrategie erarbeitet, die ein Gesamtbudget von umgerechnet 255 Millionen Euro für den Zeitraum bis 2028 vorsieht.

Aspling hob hervor, dass die neue Strategie vorrangig schwedischen Interessen dienen soll und die negativen Folgen irregulärer Immigration und erzwungener Vertreibung mindern wird, da solche Immigration den Nährboden für Menschenhandel und Schmuggel bereitet. „Wenn Personen ohne Bleiberecht nicht ausreisen, wird das Vertrauen in das Migrations- und Asylsystem untergraben.“

Dies könnte zur Entstehung von Schattenwirtschaften führen“, warnte er.

Die Umsetzung der neuen Strategie wird von der Schwedischen Internationalen Entwicklungszusammenarbeitsagentur (Sida) übernommen. Sida ist eine Regierungsbehörde im schwedischen Außenministerium, die den Großteil der Entwicklungshilfe koordiniert. Ein Teil der 255 Millionen Euro wird auch für die Verbesserung des Grenzmanagements eingesetzt, um sicherzustellen, dass Asylbewerber ohne Schutzanspruch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden können. Darüber hinaus soll die Unterstützung an Bedingungen geknüpft werden. Beispielsweise wird Hilfe davon abhängen, dass Herkunftsländer ihre Bürger zurücknehmen, die aus Schweden abgeschoben werden sollen. Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Das neue Jahr hat nicht mit guten Nachrichten begonnen. Und die nackten Zahlen machen die Aussichten nicht wirklich besser. Zwanzig Prozent der Menschen in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Sie können sich das Leben hierzulande kaum noch leisten. Laut der jüngsten Erhebung des Statistischen Bundesamtes traf das Ende 2024 in Deutschland auf rund 17,6 Millionen Menschen zu. Immerhin ist diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr kaum angestiegen. Aber eine Besserung ist eben auch nicht in Sicht. Und das hat viel mit der Inflation zu tun.

Die Preise für Energie, aber auch für Lebensmittel und Dienstleistungen wie die von Friseuren sind gestiegen. Unlängst sorgten Meldungen aus der Lebensmittelbranche für Aufsehen, wonach Eigenmarken der Discounter sprunghaft teurer geworden sind. „Cheapflation“ nennen die Fachleute das. Ein Bericht des Südwestrundfunks zeigt eine interessante Entwicklung. So ist etwa Marken-Orangensaft seit 2022 um gut ein Drittel teurer geworden und Saft einer Eigenmarke um fast zwei Drittel.

Eine Packung Kaffee eines bekannten Unternehmens kostet gut 13 Prozent mehr als vor drei Jahren, aber die Kaffee-Eigenmarke ist um etwa 40 Prozent geklettert. Experten sehen den Hauptgrund in der gestiegenen Nachfrage. Doch die Teuerung ist generell ein Dauerergernis. Man sollte dabei die Zahlen zum Maßstab nehmen, die zu Beginn der Corona-Krise gemessen wurden. Lebensmittel und alkoholfreie Getränke sind in diesem Zeitraum 34 Prozent teurer geworden. Olivenöl ist beispielsweise in einem Zeitraum von vier Jahren um mehr als einhundert Prozent im Preis gestiegen. Dies hat mit Ernteausfällen zu tun, aber auch damit, dass zahlreiche Produktionsstätten in Südeuropa schließen mussten, weil die Produktionskosten ins Unermessliche gestiegen sind.

Preissteigerung soll weitergehen

Zucker wurde im Vier-Jahres-Vergleich um 83 Prozent teurer. Nach Angaben der deutschen Zuckerwirtschaft gingen die Preissteigerungen vor allem auf steigende Kosten für Energie, Rohstoffe und Personal zurück. Bekannt und in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert war die temporäre Speiseölnappheit, für die der Ukraine-Krieg verantwortlich gemacht wurde. Mittlerweile sind die Regale zwar wieder voll, aber die Preise für Rapsöl liegen um durchschnittlich mehr als 60 Prozent über dem Normalwert. Volkswirte rech-



Die hohen Teuerungsraten bringen immer mehr Menschen in wahre Existenznot

Bild: shutterstock.com

TEUERUNGSRATE

In welchen Branchen die Inflation am schlimmsten ist

Dienstleistungen sowie Produkte sind teilweise um 60 Prozent im Preis gestiegen – Ursachen sind teurer Strom, Ernteausfälle sowie der Ukrainekrieg

neten zuletzt damit, dass sich die Teuerungsrate in den kommenden Monaten zunächst über der Zwei-Prozent-Marke festsetzen wird. Jedoch seien keine so hohen Werte wie in den Jahren 2022 und 2023 zu erwarten. Stattdessen erwarten Ökonomen für das Gesamtjahr 2025 eine jährliche Teuerungsrate auf dem Niveau von 2024. Und das war für die Normalverbraucher eben schon teuer genug.

Es gibt klassische Branchen, an den kann aufgezeigt werden, wie ein Teufelskreis entsteht. Das Friseurhandwerk gehört dazu. Dass die Energiekosten gestiegen sind, ist kein Geheimnis, dass daher die Produkte ebenfalls teurer geworden sind, dürfte niemanden überraschen. Doch es gibt noch einen anderen Effekt. Wenn Kunden vorher alle sechs Wochen

ihren Friseur besuchten, verstreichen jetzt acht oder zwölf Wochen. Die Folge: Die Einnahmen sinken, die Preisschraube muss nach oben gedreht werden. In Berlin nutzen viele Bürger mittlerweile sogar einen Wochenendtrip nach Polen, um sich die Haare schneiden zu lassen.

Konsumenten suchen Auswege

Einen erstaunlichen Trend gibt es im Bereich der Gastronomie. Dort verzeichnete die Handelsgastronomie hohe Zuwächse – gegen den allgemeinen Branchentrend. Jedoch nur für Einrichtungen, die im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten stehen. Darunter versteht man Bäckereien, Cafés, heiße Theken und integrierte Restaurants im Umfeld von Supermärkten, Einkaufszentren, Tankstellen, Möbel- und

Baumärkten. „Die Konsumenten haben versucht, die Kosten zu reduzieren, und preisgünstige Alternativen gewählt. Die Handelsgastronomie bietet gute Produkte zu vielfach niedrigeren Preisen als in der klassischen Gastronomie“, heißt es in einer Studie des Kölner Handelsforschungsinstituts EHI.

Anders sieht es bei der klassischen Gastronomie aus. Im ersten Halbjahr 2024 sind die Umsätze in der Gastronomiebranche um elf Prozent gesunken, die Gewinne im Schnitt sogar um 20 Prozent, heißt es vom Bundesverband des Hotel- und Gaststättengewerbes (DEHOGA), der die Situation als „dramatisch“ bezeichnet (siehe auch Seite 5).

Die fatale Aussicht: Es sieht derzeit nicht nach Besserung aus.

SEEHANDEL

Künstlicher Container-Boom durch Gazakrieg

Kann Europa der lachende Dritte beim Handelsstreit zwischen China und den USA werden?

Noch halten sich die Großen der Seeschiffahrtsbranche mit einem Wechsel auf die Suez-Route zurück, doch die Suez-Kanal-Behörde (SCA) umwirbt die Schiffsbetreiber. Alles drängt auf Rückverlagerung, um die von den Huthi-Angriffen belasteten Lieferketten wieder kürzer und verlässlicher zu machen. Experten rechnen daher auch mit fallenden Frachtraten: Mit ihnen aber verdienen Reeder ihr Geld.

Wenn die Handelsschiffe wieder auf den Suez-Kanal einschwenken und nicht, wie seit Beginn des Gazakrieges, den Umweg um Afrika nehmen, sinken die Raten um 60 bis 70 Prozent. Der Umweg bescherte der derzeit mit vielen Schiffsbauten befassten Branche einen künstlichen Boom, eine Art Sonderkonjunktur. Viele setzen weiter auf Wachstum. Der

deutlich längere Weg macht mehr Tonnage nötig, also mehr Schiffe. Die Profite steigen derweil, die Umwelt leidet unter höheren Emissionen - bis jetzt. Nun droht mit der Zurückhaltung der Huthi-Rebellen im Jemen und der Beruhigung in Nahost eine Rückverlagerung der Handelsströme ins Rote Meer auf die weit kürzere Suez-Strecke.

Mehr Profit für Hapag-Lloyd

Die Reeder hoffen, dass ein Mix aus neuen US-Zöllen, steigender Nachfrage und günstigen Marktfaktoren die nun überflüssigen Schiffskapazitäten ausgleichen kann und damit der große Einbruch ausbleibt. Für Verbraucher keimt die Hoffnung auf günstigere Importe, besonders aus Fernost. Schon 2018 hatte US-Präsident Trump in seiner ersten Amtszeit mit

angekündigten Zöllen einen Import-Boom ausgelöst, Schiffen zusätzliche Fracht beschert, weil große US-Handelskonzerne ihre Lager rechtzeitig vorher füllen wollten. Damals verzeichneten Analysten dank jener US-Zollrohungen einen Zuwachs der Frachtraten von 70 Prozent (laut Xeneta).

Aktuell wachsen Unruhe und Ungewissheit, auch in anderen Segmenten der Schifffahrt. Besser als es ist, kann es kaum mehr werden, so der Tenor. Die Disruption, der rapide Umbruch droht. Der einzige deutsche Mitspieler in der Riege der globalen Containerschiffer, Hapag-Lloyd, verzeichnet für 2024 noch mehr Profit im Jahresvergleich – gerade wegen des Umwegs um Afrika. Nun ändern sich die Investitionspläne der Branchengrößen rapide. Die Transportleistung der

Handelsflotte, gemessen in Tonnenmeilen, werde beeinträchtigt durch die neue Lage (Suez), aber die US-Sanktionen würden den Schlag mildern helfen, hoffen Branchenkenner wie beispielsweise Analysten von Braemar. Die eigentliche Wirkung der angedrohten US-Zölle bleibt wegen ihrer Unbestimmtheit kaum absehbar, darin sind sich Experten einig. Das heißt für den Verbraucher, dass mit Sicherheit Änderungen kommen – ob Rohstoffe und Waren verlässlicher und günstiger Europa erreichen, bleibt offen, hängt wenig vom Handeln europäischer Politik ab, eher von Chinas Reaktionen auf die neuen US-Zölle. In einer neuen Phase niedriger Raten und eskalierender US-China-Handelsbeziehungen würde Europa wohl die Rolle des lachenden, geostrategisch bevorzugten Dritten zufallen. SG

MELDUNGEN

Laut BlackRock hilft KI sparen

Davos – Auf der letzten Zusammenkunft des Weltwirtschaftsforums in Davos sagte der Aufsichtsrats- und Vorstandsvorsitzende des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock, Laurence Douglas Fink, dass rückläufige Bevölkerungszahlen nicht zwangsläufig zu negativem Wachstum führen müssten. Denn durch den flächendeckenden Einsatz von Robotern und Künstlicher Intelligenz könnte das Schrumpfen der Einwohnerschaft kompensiert werden. Darüber hinaus seien die sozialen Probleme, welche durch die Verdrängung von Menschen durch Maschinen entstünden, einfacher zu bewältigen, wenn es weniger Betroffene gebe. Insofern sollte man davon ausgehen, dass Staaten, die eine „fremdenfeindliche Bevölkerungspolitik betreiben und niemanden ins Land lassen“, im KI-Zeitalter besser zurechtkämen. Konkret nannte der BlackRock-Chef in diesem Zusammenhang die asiatischen Wirtschaftsmächte Japan und Südkorea. W.K.

Saudis setzen auf Kernkraft

Riad – Der saudi-arabische Energieminister Prinz Abdulaziz bin Salman hat auf einer Konferenz in Dhahran angekündigt, dass sein Land künftig Uran kaufen und anreichern werde. Des Weiteren wolle Saudi-Arabien der Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde widersprechen und nur noch „reguläre Sicherheitsmaßnahmen“ akzeptieren. Das deutet auf das Bestreben hin, eigene Kernkraft zu entwickeln, wie es der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman bereits 2018 für den Fall angekündigt hatte, falls der Iran weiter an der Bombe arbeite. Dabei ist das zivile Atomprogramm Saudi-Arabiens bislang kaum vorangekommen: Von den 2017 geplanten 16 Kernreaktoren mit einer Gesamtleistung von 17 Gigawatt ging noch kein einziger in Betrieb. Statt dessen führt Riad nun Verhandlungen mit Peking über chinesische Hilfen beim Bau eines ersten saudischen Kernkraftwerkes. W.K.

Porsche kriselt in China

Stuttgart – Porsche hat 2024 in China weit weniger Autos verkauft als erhofft. Wie das Unternehmen mitteilte, sank der Absatz auf dem global wichtigsten Markt um 28 Prozent auf knapp 57.000 Fahrzeuge. Als Grund für den Absatzrückgang sehen Beobachter, dass sich wohlhabende Chinesen vor dem Hintergrund einer Immobilienkrise beim Kauf von Luxusgütern zurückhalten. Bereits im Oktober 2024 hatte Porsche angekündigt, sein Händlernetz in China zu verkleinern. Weltweit verkaufte Porsche im vergangenen Jahr mit 310.718 Fahrzeugen drei Prozent weniger als im Jahr 2023. Wegen der enttäuschenden Verkaufszahlen plant Porsche nun einen Umbau des Vorstandes. Laut einer Pflichtmitteilung für die Börse ist Aufsichtsratschef Wolfgang Porsche beauftragt worden, mit Finanzvorstand Lutz Meschke und Vertriebsvorstand Detlev von Platen Gespräche über ein einvernehmliches früheres Ausscheiden aus dem Vorstand zu führen. H.M.

ZUM TODE HORST KÖHLERS

Ein seltener Glücksfall

RENÉ NEHRING

„Ich liebe unser Land.“ Schon mit diesen Worten nach seiner Wahl zum neunten Bundespräsidenten ragt der am 1. Februar verstorbene Horst Köhler unter den führenden Repräsentanten der Bundesrepublik heraus. Es blieb nicht das einzige Mal, dass der am 22. Februar 1943 als Sohn einer bessarabiendeutschen Bauernfamilie im polnischen Dorf Skierbieszów geborene Ökonom und Staatsmann einen besonderen Akzent setzte.

Nach der Flucht seiner Familie 1944 Richtung Mitteldeutschland und nach abermaliger Flucht 1953 Richtung Bundesrepublik legte Köhler 1963 in Ludwigsburg sein Abitur ab und diente anschließend in einem Panzergrenadierbataillon. Es folgte das Studium der Volkswirtschaft und der Politikwissenschaften in Tübingen.

Die ersten beruflichen Stationen führten Köhler in das Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung und ab 1976 in die Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft

und ab 1981 in die Staatskanzlei der Kieler Landesregierung unter Gerhard Stoltenberg. Mit dessen Ernennung zum Bundesfinanzminister 1982 ging Köhler zurück nach Bonn und wurde dort Leiter des Ministerbüros und später diverser Abteilungen des Hauses.

Als der Staatssekretär im Finanzministerium Hans Tietmeyer zur Bundesbank wechselte, wurde Köhler 1990 dessen Nachfolger. In dieser Funktion wurde er zu einem der maßgeblichen Gestalter der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 1. Juli und anschließend deutscher Unterhändler bei der Gestaltung des Maastrichter Vertrags. 1993 wurde Köhler Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes und dann 1998 Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Im Jahr 2000 wurde er Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF). Ein Schwerpunkt seiner Arbeit als Chef des IWF war der Kampf gegen die Armut in der Welt allgemein und besonders in Afrika.

Trotz dieser Laufbahn kam es überraschend, als Kanzlerin Angela Merkel Köhler im März 2004 für die Nachfolge

Johannes Raus im Amt des Bundespräsidenten nominierte. Die „Bild“-Zeitung fragte mit der zum Klassiker gewordenen Schlagzeile: „Horst ... Wer?“.

Nach der Wahl ermunterte Köhler – bei Betonung der bleibenden Verantwortung für das NS-Unrecht – seine Landsleute, die deutsche Vergangenheit als Erfolgsgeschichte zu sehen und als Ermunterung, sich neuen Herausforderungen mit Zuversicht zu stellen.

Die Autorität seines Amtes nutzte Köhler immer wieder für Interventionen in grundlegenden Fragen. So widersprach er im November 2004 Finanzminister Hans Eichel, als dieser zur Steigerung des Wirtschaftswachstums den Tag der Deutschen Einheit als Feiertag abschaffen wollte. Im Oktober 2006

weigerte er sich, das Flugsicherheitsgesetz zu unterzeichnen, da er dieses nicht für verfassungskonform hielt. Und als Reaktion auf die Weltfinanzkrise von 2007/2008 forderte er eine „Bändigung“ der Finanzmärkte.

Ein besonderes Anliegen waren Köhler die deutsch-polnischen Beziehungen. Während er in Deutschland dafür warb, mehr über das Schicksal des östlichen Nachbarlandes zu erfahren, war er in Polen um Verständnis für die Pläne des Bundes der Vertriebenen für ein Zentrum gegen Vertreibungen.

Als Köhler im Mai 2010 im Rahmen einer Afghanistan-Reise erklärte, dass für ein Land von der Außenhandelsorientierung Deutschlands „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren“, wurde er von Oppositionspolitikern scharf attackiert, sodass er kurz darauf seinen sofortigen Rücktritt erklärte.

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundespräsidenten hatte Köhler zahlreiche Ehrenämter in gemeinnützigen Organisationen inne. Sein besonderes Engagement galt jedoch der Entwicklung Afrikas. Wobei er stets davor warnte, den Kontinent nur als Krisenherd zu verstehen und stattdessen dafür plädierte, ihn als potentiellen Partner zu sehen.

In einer Stellungnahme zum Tode Horst Köhlers nannte ihn der amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen „Glücksfall“ für unser Land. Dem ist nichts hinzuzufügen.



Horst Köhler (1943–2025)

FOTO: JULIEN BILD



Ausgangspunkt eines Mangels, der sich längst durch die gesamte Gesellschaft zieht: Die Schule

Bild: action press

ZUR ZEIT

Nichts geht mehr

BURGHARD GIESELER

Jeder kann es jeden Tag an jedem Ort erleben: Züge fahren scheinbar nach Belieben, Straßen sind nicht befahrbar und Brücken stürzen ein, während sich die Wirtschaft insgesamt im freien Fall befindet. Gleichzeitig ist die Abwehrbereitschaft Deutschlands nach außen nicht gegeben und auch im Inneren kann der Staat die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleisten. Die Deutschen fragen sich besorgt, warum das, was einmal gut funktionierte, nun nicht mehr funktioniert.

Mangel an Führungskräften

Natürlich dürften hierfür unterschiedliche Gründe in Frage kommen. Aber ein wesentlicher Grund – wenn nicht gar der wichtigste – liegt vermutlich darin, dass es auf allen gesellschaftlichen Ebenen an hinreichend qualifizierten Führungspersonalitäten fehlt. Das gilt übrigens auch für die Wirtschaft, wie die zunehmenden Fälle von schwerem Missmanagement deutlich zeigen.

Auch für den Mangel an kompetenten Führungskräften dürfte es mehrere Gründe geben: Bekanntlich ist bei der Besetzung von Führungspositionen allzu oft nicht mehr die Qualifikation ausschlaggebend, sondern sachfremde Gesichtspunkte wie die politische Einstellung oder das Geschlecht. Es gibt bereits die Forderung, auch die Hautfarbe und die sexuelle Orientierung als Kriterien zu berücksichtigen und hierfür feste Quoten vorzusehen. Wohin das führt, zeigen exemplarisch zwei Personalien der letzten Jahre: Erst das Denken in Quoten hat es möglich gemacht, dass Christine Lambrecht Bundesverteidigungsministerin und Claudia Roth Kulturstaatsministerin werden konnten.

Allerdings ist es fraglich, ob überhaupt genügend Führungspersönlichkeiten vorhanden wären, wenn Spitzenposten fortan nur noch nach Qualifikation besetzt würden. Denn Persönlichkeiten, die in der Lage sind, Verantwortung zu tragen und die nicht darauf warten, dass ihnen jemand sagt, was zu tun ist, die selbstständig denken und entscheiden, die zu ihren Entscheidungen stehen und entsprechend handeln, wobei sie auch bereit sind, ein persönliches Risiko auf sich zu nehmen – solche Persönlichkeiten sind rar (geworden).

Nicht jede Generation bringt Führungspersönlichkeiten im gleichen Maß hervor. Das hängt davon ab, wie sehr sie in ihrer jeweiligen Zeit gebraucht werden. In Notzeiten sind vertrauenswürdige Persönlichkeiten, die unerschrocken vorangehen, für andere Menschen geradezu

überlebenswichtig. Helmut Schmidt war beispielsweise ein Politiker, dessen Charakter in schweren Notzeiten geprägt worden war. In der Sturmflut von 1962 fragte er dann als Hamburger Senator der Polizeibehörde nicht danach, was erlaubt war, sondern tat das, was getan werden musste. In Zeiten allgemeinen Wohlstandes hingegen werden offenbar weniger Führungspersönlichkeiten geprägt, weshalb sie in der gegenwärtigen Lage auch fehlen.

Neben der Generationenfrage scheinen aber auch längerfristige Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik für den Mangel an Führungspersönlichkeiten ursächlich zu sein.

Natürlich lassen sich auch für den Bildungsabbau, der sich seit der 68er-Zeit in der Bundesrepublik – außer in Bayern – vollzogen hat, verschiedene Gründe anführen. Zuvörderst wäre hier die systematische Abwertung des Leistungsgedankens zu nennen, die in den letzten Jahrzehnten in unserem Bildungssystem um sich gegriffen hat. Leistung und Anstrengungsbereitschaft einzufordern ist inzwischen an vielen Schulen geradezu verpönt. Es gilt als inhuman, schlechte Leistungen ehrlich als solche zu benennen und entsprechend zu bewerten.

Nivellierung von Leistung

Inhuman ist aber in Wirklichkeit die beschönigende Nivellierung der Leistungsbewertung und der Verzicht darauf, Leistungsbereitschaft einzufordern. Denn (fast) jeder Mensch weiß doch, wie beglückend es ist, wenn man ein langersehntes Ziel, für das man hart gearbeitet hat, schließlich erreicht hat. Besonders augenfällig sind diese Glücksmomente im Sport. Wer sich hingegen keine Ziele setzt und nicht bereit ist, sich für diese anzustrengen, dem entgehen solche Glücksmomente und er lebt sein Leben ziel- und antriebslos. Deshalb bringt man junge Menschen ein Stück weit um ihre Lebensqualität, wenn man von ihnen keine Leistungsbereitschaft einfordert. Gleichzeitig muss man ihnen natürlich auch vermitteln, dass das Leben keineswegs nur aus Leistung besteht und dass Anspannung auch Entspannung braucht.

Eine weitere Fehlentwicklung, die wesentlich zum Bildungsabbau und damit auch zum Mangel an Führungspersönlichkeiten beigetragen hat, ist die vor zirka zwei Jahrzehnten einsetzende Einengung des Bildungsbegriffes durch die sogenannte Kompetenzorientierung. Aus den Lehrplänen vieler Unterrichtsfächer wurden die Inhalte weitgehend entfernt und durch methodische Kompetenzen ersetzt. Damit trat auch das Ziel der Persönlichkeitsbildung in den Hintergrund. Denn die Per-

sönlichkeit entfaltet sich nicht beim Erlernen methodischer Fertigkeiten (wie dem Erstellen einer PowerPoint Präsentation), sondern in der Auseinandersetzung mit (bedeutsamen) Inhalten. Vorrangiges Ziel eines derart eingegengten Bildungsbegriffes war nun nicht mehr die selbstständig denkende und verantwortungsbewusste Persönlichkeit, sondern ein funktionierender Mensch, der tut, was von ihm erwartet wird. Und in der Tat erleben wir in der öffentlichen Diskussion ein bisher nicht gekanntes Maß an Konformismus. Querdenker sind nicht mehr gefragt.

Keine Besserung in Sicht

Obwohl die Folgen des Bildungsabbaus längst an allen Ecken und Enden zu sehen sind, geht er munter weiter. So beabsichtigt beispielsweise die niedersächsische Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne), die Klausuren in der gymnasialen Oberstufe weitgehend abzuschaffen und auch auf die durchaus bewährte wissenschaftspropädeutische Facharbeit künftig zu verzichten. Letzteres wird damit begründet, dass die Täuschungsmöglichkeiten durch die „Künstliche Intelligenz“ (KI) zu groß geworden seien. Ein Scheinargument. Denn bei der mündlichen Präsentation dürfte sich schnell zeigen, ob getäuscht wurde.

Auf die „Künstliche Intelligenz“ (KI) berief sich unlängst auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann (Grüne), als er die zweite Fremdsprache am Gymnasium kurzerhand für entbehrlich erklärte: „Das brauchen wir heute nicht mehr. Ich stecke mir einen Knopf ins Ohr und mein Telefon übersetzt – egal ob mein gegenüber Spanisch, Polnisch oder Kiswaheli spricht.“ Zugegeben, in der KI liegen durchaus Chancen, da sie unser Leben – und auch Lernprozesse – unterstützend begleiten und erleichtern kann. Aber sie birgt auch große Gefahren, wenn wir auf das eigenständige Erlernen elementaren Wissens verzichten und das selbstständige Denken an sie abtreten.

Die Voraussetzung und zugleich Grundlage des demokratischen Rechtsstaates ist die innerlich freie und verantwortungsbewusste Persönlichkeit. Sie muss das höchste und letzte Ziel der Bildungspolitik sein. Dann werden auch wieder ausreichend qualifizierte Führungspersönlichkeiten zur Verfügung stehen.

● **Burghard Gieseler** war von 2004 bis 2014 Landesvorsitzender des Niedersächsischen Altphilologenverbandes sowie von 2016 bis 2024 Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:

Commerzbank AG,
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:

redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

Im Westen angekommen

Beispiele gelungener Integration – Ausstellung in Regensburg über sechs mutige Frauen aus den deutschen Vertreibungsgebieten

VON MARKUS BAUER

Sechs Frauen widmet sich die Wanderausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“ des Hauses des Deutschen Ostens München und des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung. Die vorgestellten Frauen stammen aus früheren deutschen Siedlungsgebieten und stehen für Flucht- und Vertreibungserfahrungen sowie gelungene Integration. An mehreren Schautafeln werden deren Lebensläufe und Schicksale beschrieben und in den zeitlichen Kontext gestellt.

Die Frauen sind im Alter zwischen fünf und 15 Jahren mit den Müttern, Geschwistern und weiteren Verwandten aus ihren Heimatregionen unter dramatischen Bedingungen geflohen beziehungsweise vertrieben worden und hätten die Integration im Nachkriegs-Deutschland erfahren und gemeistert, wie Kuratorin Daniela Neri-Ultsch erläutert: „Die Integrationsleistungen der Frauen sind noch zu wenig erforscht. Das Individuelle und das Allgemeine herauszuarbeiten, ist auch ein wichtiger Aspekt.“

Die Daten aus den Biographien sind in 14 Themenbereiche eingeflossen: unter anderem das Verhältnis zur Heimat, die Bedeutung für die zweite und dritte Generation sowie die Rolle der Frauen im Krieg und in der Nachkriegszeit.

Auf diese Weise wird die heute 95-jährige Rosmarie Becker aus Kolberg in Pommern vorgestellt. Ein Jahr nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde sie mit ihren Geschwistern und der Mutter in ein Lager nach Schivelbein gebracht, wo sie und ihre Zwillingschwester Zwangsarbeit leisten mussten. Erst im November 1946 war die Ausreise in die sowjetische Besatzungszone nach Hartha (bei Chemnitz) möglich. Hier fanden sie Anschluss an die evangelische Kirchengemeinde. Sie entschied sich, Diakonisse zu werden. Nach der Niederlegung ihres diakonischen Dienstes begann sie in Bayern ein



Interessierte Blicke: Besucher an der Schautafel, die über das Lebensschicksal der Ostpreußin Edith Gleisl informiert Bild: Bauer

neues Leben. Wichtig waren ihr das kirchliche Engagement und der Einsatz für die Landsmannschaft der Pommern, Ost- und Westpreußen. Bis heute engagiert sie sich als Vorsitzende des Kreisverbandes Starnberg.

Schauen wir nach Ostpreußen: In Neuhausen (nahe Königsberg) wurde Edith Gleisl (87) geboren. Am 28. Januar 1945 floh sie mit ihrer Mutter, ihrem Bruder und einer Tante über Pillau per Schiff nach Ratzeburg in Schleswig-Holstein, wo die Familie bei einer Bauersfrau unterkam. 1951 zog die Familie nach Appelhülsen (Nordrhein-Westfalen), zehn Jahre später ging Gleisl nach Münster. Nach der Ausbildung zur Industriekauffrau arbeitete sie im Pharmabereich. Der Beruf führte sie schließlich nach München, wo sie der Landsmannschaft Ostpreußen beitrug

und bis zur Auflösung der Kreisgruppe das Amt der Schriftführerin ausübte.

Aus Gleiwitz in Oberschlesien stammt Gertrud Müller (89), deren Eltern einen Bau-, Möbel- und Glasereibetrieb aufgebaut hatten. Am 19. Januar 1945 floh sie mit der Mutter und drei Geschwistern zunächst nach Dresden, danach weiter nach Gossersdorf (Niederbayern), wo sie auf einem Bauernhof einquartiert wurden.

Nach der Ausbildung zur Bürokauffrau und dem Umzug nach München, wo der Vater wieder eine Schreinerei aufbaute, übernahm sie dort die Büroarbeiten. In der Landsmannschaft der Oberschlesier betätigte sie sich ab 1990/91 als Brückenbauerin zwischen Bayern und ihrer schlesischen Heimat. Für ihr Engagement erhielt sie 2011 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Im mährischen Brünn wuchs Friederike Niesner (87) auf. Angesichts der sich zuspitzenden Lage wollte die Familie im April 1945 mit einem Lastwagen nach Wien fliehen, was jedoch nicht gelang. Auf einem Bauernhof bei Strobnitz (nahe der Grenze zu Österreich) fanden sie Unterschlupf. Schließlich wurde die Familie von den tschechischen Behörden ausgewiesen und von einem Bauern bis zur österreichischen Grenze gebracht. In einem Zug erreichten sie Wien. Zum Erlernen der englischen Sprache ging sie 1957 nach England, die Sprachkenntnisse ermöglichten dann eine Tätigkeit im Fremdenverkehrsamt der Stadt München. Zwischen 1965 und 1970 arbeitet sie als Stewardess bei der Lufthansa.

Ebenfalls aus Mähren, aus Langenlutsch (Kreis Mährisch Trübau), stammt

Emma Weis (83). Ihre Mutter bewirtschaftete den Landwirtschaftsbetrieb, ihr Vater war gelernter Schuster und wurde kurz nach Kriegsende zur Zwangsarbeit verpflichtet. Im September 1945 wurde der Hof enteignet, Emma Weis fand mit der Mutter Unterkunft auf einem Nachbarbauernhof. Nach der Rückkehr des Vaters erfolgte im September 1946 die Abschiebung nach Bayern, Endstation war Wiggensbach im Allgäu. Nach einigen beruflichen Stationen absolvierte sie in München die höhere Fachschule für Sozialarbeit und arbeitete ab 1971 über 30 Jahre als Bewährungshelferin am Landgericht München I. Ein Wendepunkt war im Mai 1980 die Reise in den Schönhengstgau mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Der Verlust der Heimat ist ihr Lebensthema bis heute geblieben.

In Neu-Werbaß in der Batscha (damals Jugoslawien, heute Serbien) stand die Wiege von Ria Schneider (82). Im Herbst 1944 begab sich die Familie von Neusatz aus auf die Flucht, die sie nach Wien führte. Als die Rote Armee in Österreich eintraf, drohte den Donauschwaben die Rückführung nach Jugoslawien. Im Mühlviertel wurde die Familie aufgegriffen und auf eine Irrfahrt durch Ungarn geschickt. Dort konnten sie sich verstecken und erneut nach Österreich flüchten. Bei Linz trafen sie den Vater wieder und lebten in der Nähe bis 1951 in einem Flüchtlingslager. Seit vielen Jahren engagiert sie sich für die Donauschwaben. Zudem kümmert sie sich um das Erbe ihrer Mutter Annemarie Ackermann, die 1953 für die CDU in den Deutschen Bundestag einzog.

Besucher können sich noch bis zum 27. Februar an den vielen Tafeln selbst ein Bild von der komplexen Thematik und den sechs mutigen Frauen machen.

● Unibibliothek (Oberes Foyer) Regensburg in der Universitätsstraße 31, geöffnet montags bis freitags von 8 bis 22 Uhr, sonnabends von 9 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist frei. www.uni-regensburg.de/bibliothek

KINO

Sie lebte für die Kunst

Diven unter sich – Der Film „Maria“ mit Oscar-Preisträgerin Angelina Jolie als Opernsängerin Maria Callas

Wenn zwei Göttinnen zu einer Figur verschmelzen, ist das ein Geschenk des Himmels: Angelina Jolie spielt Maria Callas, die Hollywood-Diva also in der Rolle der Opern-Diva schlechthin. Das ist als würde es kübelweise Juwelen regnen. In dem in dieser Woche angelaufenen Film „Maria“ läuft der Niederschlag allerdings in Moll über. Es gibt eine Szene, in der sich Callas im Freien von Orchestermusikern begleiten lässt, deren Instrumente einem Regenschauer ausgesetzt sind. So wie die Geigen und Flöten darunter leiden, so versagt auch die Stimme der Callas.

Und das schon seit Jahren. Der auch mit deutschen Fördergeldern produzierte Film des chilenischen Regisseurs Pablo Larraín zeichnet die letzten sieben Tage im Leben der 1977 im Alter von 53 Jahren in ihrer Pariser Wohnung an einem Herzinfarkt gestorbenen Sängerin nach. Verzweifelt versucht das Opern-Idol, das seit fast fünf Jahren nicht mehr öffentlich aufgetreten ist, seine einst weltweit umjubelte Gesangstimme wiederzufinden. Bei

heimlichen Proben mit dem britischen Dirigenten Jeffrey Tate kommt oft nur ein Röcheln heraus. Tate ist ein ehrlicher Kritiker: „Das war die Maria, die gesungen hat, aber nicht die Callas.“

Maria aber will wieder die Callas von früher werden, denn, so sagt sie: „Mein

Leben ist die Oper.“ Das schnöde Leben ist ihr wenig wert. Sie betäubt ihr Leiden, nicht mehr bewundert zu werden, mit dem Suchtmittel Mandrax. Im Film wird sie in ihrer Einbildung von einem TV-Reporter gleichen Namens begleitet, dem sie ihre Autobiographie erzählt. Ihre große

Liebe, der griechische Milliardär Aristoteles Onassis, taucht darin ebenso auf wie der US-Präsident John F. Kennedy.

Der britische Autor Steven Knight, der 2021 für Larraín schon das Skript für „Spencer“, die gefeierte Filmbiographie über Lady Di, geschrieben hat, hat erneut ein raffiniertes Drehbuch entworfen. Es wird der Callas in allen Facetten gerecht. Darin können auch Nebenfiguren wie Callas' Butler (Pierfrancesco Favino) und Köchin (Alba Rohrwacher) glänzen.

Der Film aber steht ganz im Zeichen von Jolie, die ein halbes Jahr lang Gesangsunterricht genommen hat, um lippensynchron mit restaurierten Callas-Aufnahmen Ariens von Verdi, Puccini oder Bellini schmettern zu können. Am Ende der übereinandergelegten Stimmen hört man sogar mehr Jolie als Callas heraus. Es ist wie ein Schmuckstück, das wie manche der nostalgischen Filmszenen bewusst Patina angesetzt hat. Jolie hätte dafür einen Preis verdient, für den Oscar wurde sie aber nicht erneut nominiert. Harald Tews



Hochmütiger Blick: Maria Callas (Angelina Jolie) schaut wehmütig auf ihr Leben zurück

● MELDUNG

Gewänder aus Nubien

Berlin – Noch bis zum 12. April zeigt das Bode-Museum auf der Berliner Museumsinsel die Sonderpräsentation „In Pracht gehüllt“ über glamouröse und elegante Gewänder aus dem mittelalterlichen Nubien, die weltliches und religiöses Prestige ausdrücken. Die Rekonstruktionen basieren auf Wandmalereien aus der Kathedrale von Faras und befinden sich heute in den Sammlungen des Nationalmuseums in Warschau und des Sudan-Nationalmuseums in Khartum. Nach einer ersten Präsentation im Pariser Louvre werden die Gewänder nun im Bode-Museum mit ausgewählten Textilien aus der Sammlung des Museums für Byzantinische Kunst und des Museums für Islamische Kunst ausgestellt, anhand derer die verschiedenen, in der Spätantike und im frühen Mittelalter gebräuchlichen Techniken und Dekors erklärt werden (geöffnet täglich außer montags und dienstags, Internet: www.smb.museum). tws

VON PÉTER DOBROWIECKI

Trotz ihrer Brutalität, Intensität und Dauer zählt die Schlacht um Budapest zu den weniger bekannten Kapiteln des Zweiten Weltkriegs, insbesondere in Westeuropa. Dabei waren die Kämpfe so heftig, dass Zeitgenossen sie bereits als „zweites Stalingrad“ bezeichneten. Nachdem der sowjetische Belagerungsring um die Hauptstadt am 25. Dezember 1944 endgültig geschlossen worden war, verteidigten deutsche und ungarische Truppen Budapest noch rund 50 Tage lang. Schließlich unternahmen die in der Budaer Burg verbliebenen Verteidiger am 11. Februar 1945, in voller Kenntnis ihrer aussichtslosen Lage, einen Ausbruchversuch, obwohl ein solcher von höherer Stelle untersagt worden war. Von den etwa 25.000 Soldaten, die daran teilnahmen, gelang es lediglich 700 bis 800 Mann, nach mehreren Tagen die eigenen Linien zu erreichen.

Obwohl die ersten Verbände der rasch vorrückenden 2. Ukrainischen Front bereits Anfang November 1944 die Außenbezirke Budapests erreichten, waren weder die hastig zusammengezogenen deutsch-ungarischen Verteidigungskräfte noch die Zivilbevölkerung auf die bevorstehende Belagerung der Stadt vorbereitet. Warnsignale, wie die hastige Flucht hochrangiger Pfeilkreuzler-Funktionäre und Angehöriger der Sicherheitskräfte in den Tagen und Wochen zuvor, wurden von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als bedrohlich wahrgenommen. Die antisemitische Pfeilkreuzler-Bewegung hatte nach der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 am 15. Oktober 1944 die Macht übernommen und sich kompromisslos für ein Bündnis mit dem „Dritten Reich“ eingesetzt. Dies geschah im Zuge des gescheiterten Versuchs von Reichsverweser Miklós Horthy, Ungarn aus dem Krieg herauszuführen, und war nur durch die direkte militärische Unterstützung deutscher Einheiten möglich.

Die Einkesselung der Stadt

Die ersten Zerstörungen erreichten die ungarische Hauptstadt bereits im Frühjahr 1944, als US-amerikanische Bomberverbände wiederholt Ziele in Budapest angriffen. Obwohl diese Luftangriffe tausende Todesopfer forderten, führten sie zu weit geringeren Zerstörungen als die insgesamt 102 Tage dauernden Kämpfe um die Stadt im Winter 1944/45. Während dieser Zeit wurde rund ein Drittel der Gebäude der ungarischen Hauptstadt beschädigt oder vollständig zerstört und nach unterschiedlichen Schätzungen von Historikern zwischen 25.000 und 38.000 Menschen getötet.

Besonders bedroht war das Leben der jüdischen Bevölkerung Budapests, die auch nach der Einstellung der Deportationen und der Unterbrechung der Zwangsmärsche in den Westen weiterhin unter den Terrorakten der Pfeilkreuzler zu leiden hatte. Tausende Juden, die entweder in dem unmittelbar vor Beginn der Kämpfe auf der Pester Seite errichteten Ghetto lebten oder sich in Häusern, die unter dem Schutz ausländischer diplomatischer Vertretungen und Organisationen standen, versteckt hielten, wurden von den Pfeilkreuzlern ermordet. Mehrere Massenerschießungen fanden im Januar 1945, nach der Kapitulation der Pester Seite, statt.

Ab Dezember 1944 lag die Verantwortung für die Verteidigung Budapests in den Händen von Karl Pfeffer-Wildenbruch, SS-Obergruppenführer und Kommandeur des IX. SS-Gebirgskorps. Adolf Hitler hatte ihn mit der Verteidigung der Stadt beauftragt, wobei er die Weisung erteilte, Budapest bis zur letzten Patrone und bis zum letzten Mann zu halten. Mit der Erklärung der Stadt zur „Festung Budapest“ war jeder Versuch eines geordneten Rückzugs untersagt. Die ungarischen Truppen unter dem Kommando von Generaloberst István Hidy wurden vollständig der deutschen Befehlskette unterstellt, was wiederholt zu schweren Span-



Sinnbild eines Untergangs: Blick von der Pester Seite über die zerstörte Kettenbrücke auf die Ruine der Budaer Burg 1945

BUDAPESTER TRAGÖDIE

Ein „zweites Stalingrad“

Seit Jahren versuchen europäische Links- und Rechtsextremisten, den Endkampf um die ungarische Hauptstadt zu instrumentalisieren. Tatsächlich eignet sich kaum ein Ereignis weniger dafür, mit der Vergangenheit Politik zu machen

nungen zwischen den Offizieren beider Armeen führte.

Am 23. Dezember 1944 schnitten die vorrückenden sowjetischen Verbände die Eisenbahnverbindung nach Westen ab und erreichten die zu diesem Zeitpunkt völlig ungeschützten westlichen Bezirke Budas. Hitler genehmigte erst in letzter Minute, am 24. Dezember die Verlegung eines Teils der deutschen Truppen von Pest nach Buda, verweigerte jedoch weiterhin die Aufgabe des Pester Brückenkopfes. Am 25. Dezember, schloss sich der sowjetische Belagerungsring auf der Budaer Seite vollständig, während mit dem Fall von Esztergom (Gran) am 27. Dezember auch der äußere Einschließungsring vollendet wurde.

Unzureichende Versorgung

In dieser chaotischen Anfangsphase der Belagerung gerieten durch unzureichende Reaktionen der Verteidiger große Teile der Lebensmittel-, Munitions- und Treibstofflager in den Randbezirken Pests in die Hände sowjetischer und rumänischer Truppen. Die Versorgung der Verteidiger wurde in der Folge fast ausschließlich durch Luftabwürfe und den Einsatz von Lastenseglern versucht, wobei sich dies als weitgehend ineffektiv erwies.

Die Grausamkeit der Kämpfe und das Ausmaß der Zerstörung sind durch zahlreiche Zeitzeugenberichte belegt. Sowohl die sowjetischen Truppen, für die es sich um die erste groß angelegte Belagerung einer Millionenstadt im Zweiten Weltkrieg handelte, als auch die deutschen und ungarischen Verteidiger setzten ihr gesamtes zerstörerisches Waffenarsenal ein. Die Luftschutzräume in Kellern, die nicht für langfristige Aufenthalte konzipiert oder ausgelegt waren, boten nur bedingt Schutz vor den anhaltenden Bombardierungen und Artilleriebeschüssen. Mit Fortschreiten der Kämpfe brach die städtische Infrastruktur zunehmend zusammen. Die Gas- und Stromversorgung wurde eingestellt, und auch die Brunnen, die zur Notversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser dienten, waren nicht überall zugänglich. Um Wasser oder Nahrungsmittel zu beschaffen, sahen sich die Bewohner gezwungen, die relative Sicherheit ihrer Keller zu verlassen, womit sie sich einer weiter erhöhten Gefahr für Leib und Leben aussetzten mussten.

Berichte aus zeitgenössischen Tagebüchern und Aufzeichnungen belegen, dass die Möglichkeit eines erfolgreichen Entsatzes von außen oder Ausbruchs aus dem Belagerungsring von Beginn der Kämpfe an Gegenstand intensiver Diskussionen unter den an der Verteidigung beteiligten deutschen und ungarischen Soldaten unterschiedlicher Ränge war. Die deutsche Kommandostruktur in der Stadt hegte bis Ende Dezember 1944 die Hoffnung, eine offizielle Anweisung für einen Ausbruch zu erhalten. Am 26. Dezember 1944 erklärte SS-Obergruppenführer Pfeffer-Wildenbruch in einer Funkmeldung seine Absicht zum Ausbruch. Dies wurde jedoch am 28. Dezember durch einen direkten Befehl Hitlers strikt untersagt, woraufhin jegliche entsprechende Planung sofort eingestellt wurde. Auch spätere Ausbruchersuchen im Januar 1945 wurden kategorisch abgelehnt.

Unhaltbarkeit der Lage

Durch die schrittweise Zurückdrängung der improvisierten Verteidigungslinien auf der Pester Seite wurde bis Mitte Januar die Unhaltbarkeit des dortigen Brückenkopfes offensichtlich, was den Rückzug der verbliebenen deutschen und ungarischen Einheiten auf die Budaer Seite zur Folge hatte. Mit der schrittweisen Aufgabe Pests und dem Rückzug nach Buda erfolgte die systematische Sprengung der noch stehenden Donaubrücken.

Obwohl im Verlauf der Dezemberkämpfe mehrere Außenbezirke von Buda in sowjetische Hand fielen, gelang es den deutsch-ungarischen Verteidigungskräften, die wichtigsten strategischen Punkte im innerstädtischen Buda zu halten oder nach vorübergehenden Verlusten zurückzuerobieren. Erst mit der endgültigen Einnahme der Pester Seite durch die Rote Armee wurde der Druck auf die verbliebenen Verteidiger in Buda weiter verstärkt.

Angesichts der kritischen Lage startete das deutsche Oberkommando im Januar 1945 drei größere Einsatzoperationen mit dem Ziel, Budapest oder zumindest dessen westliches Vorfeld zu erreichen. Diese als „Unternehmen Konrad“ bezeichneten Offensiven führten dazu, dass erhebliche sowjetische Kräfte zur Verteidigung gegen diese Angriffe abgezogen wurden. Doch trotz dieser taktischen Ent-

lastung war keiner der Versuche erfolgreich, den Belagerungsring um die Stadt zu durchbrechen. Bis Ende Januar 1945 waren die verbliebenen deutschen und ungarischen Truppen nahezu vollständig auf das Gebiet des Burgbergs und dessen unmittelbare Umgebung zurückgedrängt.

Angesichts der aussichtslosen Lage entschied sich Pfeffer-Wildenbruch, ohne Genehmigung der obersten Führung, einen Ausbruchversuch zu genehmigen. Die hastig erarbeitete Planung sah vor, den Ausbruch für den Abend des 11. Februar 1945 anzusetzen. Die deutsche Truppenführung wurde erst am frühen Nachmittag des Tages über das Vorhaben informiert, während das ungarische Kommando erst unmittelbar vor dem geplanten Beginn des Ausbruchs um 20 Uhr von der Entscheidung erfuhr.

Ausbruch und Untergang

Rund 25.000 Soldaten, überwiegend deutscher Herkunft, unternahmen dann den verzweifelten Versuch, die sowjetischen Linien zu durchbrechen. Mehrere Tausend schwer verwundete Soldaten wurden in den provisorischen Lazaretten unter der Budaer Burg zurückgelassen. Der Ausbruchversuch fand unter streng winterlichen Bedingungen statt, wobei sich auch zahlreiche Zivilisten dem Marsch anschlossen, oft in völlig ungeeigneter Kleidung für die eisige Kälte und den tiefen Schnee. Trotz hoher Verluste gelang es den Ausbrechern zunächst, die ersten sowjetischen Verteidigungslinien zu durchbrechen. Auf dem anschließenden Marsch in Richtung der Budaer Berge kam es zu anhaltenden Gefechten mit sowjetischen Einheiten. In vielen Fällen entschieden bloßer Zufall oder die gute Ortskenntnis einzelner ungarischer Soldaten über eine vorübergehende Flucht oder den Tod beziehungsweise die Gefangennahme.

Die kleineren und größeren Gruppen von Ausbrechern, die es in die Budaer Berge geschafft hatten, wurden zwischen dem 12. und 13. Februar 1945 fast vollständig von sowjetischen Verfolgungseinheiten aufgerieben. Viele der fliehenden Soldaten gerieten entweder bereits vor dem Erreichen der deutschen Linien in Gefangenschaft oder fielen in unmittelbarer Nähe der eigenen Stellungen im Kampf. Von den an dem Ausbruchversuch betei-

ligten deutschen Soldaten konnten lediglich etwa 700 die eigenen Linien erreichen, ergänzt durch 90 ungarische Soldaten und Zivilisten, denen ebenfalls die Flucht gelang. Die letzten erfolgreich fliehenden erreichten am 20. Februar die eigenen Linien, während die Gefangennahme des letzten deutschen Soldaten des Ausbruchs am 17. März 1945 dokumentiert wurde. Die endgültige Ruhestätte der großen Mehrheit der gefallenen Soldaten ist bis heute unbekannt.

Trotz der umfangreichen dokumentarischen Überlieferung zur Belagerung von Budapest und dem gescheiterten Ausbruch galt jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der Geschichte während der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa als unerwünscht und wurde aktiv unterdrückt. Erst nach dem politischen Umbruch der 1990er Jahre wurde eine Quellenkritische und wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas möglich. Parallel dazu konnten erstmals auch öffentliche Gedenkveranstaltungen zu den Ereignissen stattfinden. Insbesondere die angrenzenden Budaer Stadtbezirke bemühten sich um eine ideologiefreie und faktenbasierte Aufarbeitung dieses verheerenden Ereignisses der eigenen ungarischen Geschichte, wie auch weite Teile der ungarischen Geschichtswissenschaft. Auf dem zentralen Széna tér (früher Johannesplatz) in Buda erinnert seit einigen Jahren eine Freilichtausstellung an die tragischen Ereignisse. Der systemkritische, antikomunistische Sänger Tamás Cseh, beim Ausbruchversuch ein zweijähriges Kleinkind, der in diesem Stadtteil aufwuchs, komponierte 1996 hierzu die in Ungarn allseits bekannte tiefertraurige Ballade „Széna tér“ mit einem Text von Géza Bereményi, die auch auf Deutsch übersetzt wurde.

Missbrauch durch Extremisten

Seit Mitte der 1990er Jahre organisieren aber auch in- und ausländische rechtsextreme Gruppierungen am 11. Februar Gedenkveranstaltungen, die unter dem Namen „Tag der Ehre“ bekannt wurden. Aufgrund der ideologischen Ausrichtung dieser Veranstaltungen untersagten die ungarischen Behörden mehrfach deren Durchführung. Zugleich mobilisierten sowohl ungarische als auch ausländische linksextreme Gruppen regelmäßig Gegendemonstrationen, sodass es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern kam, bei denen auch unbeteiligte Personen verletzt wurden. Im Jahr 2023 verübte eine mehrheitlich aus deutschen Staatsangehörigen bestehende Antifa-Gruppe in Budapest eine Serie gezielter Angriffe auf Personen, die sie als rechtsextrem einstufte. Die ungarischen Sicherheitsbehörden nahmen mehrere Tatverdächtige fest.

Internationale Aufmerksamkeit erregte insbesondere der Fall der Italienerin Ilaria Salis, die trotz einer Anklage und Überstellung in den Hausarrest in Budapest bei den Europawahlen 2024 als Kandidatin des links-grünen italienischen Wahlbündnisses „Alleanza Verdi e Sinistra“ (AVS) ins Europäische Parlament gewählt wurde. Mit der Erlangung der parlamentarischen Immunität wurde ihr Hausarrest von den ungarischen Behörden aufgehoben, sodass sie nach Italien zurückkehren konnte. Im Anschluss stellte jedoch die ungarische Regierung beim Europäischen Parlament einen Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität, um die strafrechtliche Verfolgung fortzusetzen.

Hinsichtlich der weiteren Mitglieder der Gruppe übernahm die Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur linksextremen Gruppierung „Antifa Ost“ um Lina E. die strafrechtliche Untersuchung gegen sieben Verdächtige.

● Péter Dobrowiecki ist Forschungsdirektor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest. www.mcc.hu <https://magyarnemetintezet.hu/de/>

„Im Höllenfeuer aus Menschenhand“

Warum wurde Dresden vor 80 Jahren eingeäschert? Haben US-„Mustang“-Jäger nach dem Tagesangriff vom 14. Februar 1945 am Elbufer und im Großen Garten auf Zivilisten geschossen? Wie viele Menschenopfer haben die Luftangriffe gefordert?

VON BJÖRN SCHUMACHER

In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 griff die Royal Air Force (RAF) Dresden in zwei Wellen mit 772 viermotorigen Bombern vom Typ Avro 683 „Lancaster“ an. Sie warf 1478 Tonnen gewöhnliche Sprengbomben und sogenannte Blockbuster – hochexplosive Minenbomben zum Zerstören ganzer Wohnblocks – sowie 1181 Tonnen Stabbrandbomben über dicht besiedeltem Gebiet ab: Dresden-Altstadt, angrenzende Gebiete und Südvorstadt. Die Stadt war wehrlos. In Dresden stationierte Flugabwehrkanonen waren Mitte Januar an die 120 Kilometer entfernte Ostfront verlegt worden. Ein einziger deutscher Flieger, wohl ein Kurier, wurde im Dresdner Luftraum gesichtet.

Der erste Angriff dauerte von 22.03 Uhr bis 22.28 Uhr – perfekt ausgeführt von einer RAF-Elitestaffel, der Bomber Group Five. In eingeübter Reihenfolge klinkten die Besatzungen ihre tödliche Fracht aus. Die zuerst abgeworfenen Wohnblockknacker deckten Dächer ab, zertrümmerten Fenster und ließen Brandmauern einstürzen. Danach regneten schmale Brandbomben in die „geknackten“ Häuser. Zuletzt kamen die Sprengbomben zum Einsatz. Sie zerstörten Wasserleitungen und Straßenbeläge, um die Löschtruppe zu behindern. Großbrände vereinigten sich zu einem einzigen Flammenmeer und entfachten einen orkanartigen Feuersturm.

Beim zweiten Angriff um 1.30 Uhr bis 1.55 Uhr warfen Bomber der Gruppen Eins, Drei, Sechs und Acht weitere Spreng- und Brandbomben in das Inferno und attackierten angrenzende Wohnviertel, den Hauptbahnhof mit Abertausend schlesischen Flüchtlingen sowie den Großen Garten. Dort hatten viele Dresdner Zuflucht vor der ersten Angriffswelle gesucht.

Die Stadt war wehrlos

15 Quadratkilometer bebaute Fläche, mehr als bei jedem anderen Großangriff auf eine deutsche Stadt, wurden zerstört oder beschädigt. Das herrliche Elbflorenz, die fürstliche Residenzstadt mit ihrer Barockarchitektur, ging in der Feuerhölle zugrunde. Noch tagelang stürzten ausgeglühte Gebäude in sich zusammen: die Frauenkirche, ein Kronjuwel protestantischer Kirchenbaukunst, am 15. Februar 1945.

Ein militärisches Ziel, der Verschiebeparkfriedhof Friedrichstadt, wurde dagegen erst am 14. und 15. Februar bei Tagesangriffen von US-amerikanischen Maschinen bombardiert, noch dazu mit mäßigem Erfolg. Harsche Kritik an der RAF-Strategie kam von Generalmajor und Militärhistoriker John Frederick Charles Fuller: „Als Entschuldigung für diesen Akt von Vandalismus diene die Tatsache, dass Dresden ein Eisenbahn- und Straßenzentrum war und dass es notwendig war, die Deutschen daran zu hindern, Truppen durch die Stadt zu senden, um den russischen Vormarsch aufzuhalten. Doch alles, was nötig gewesen wäre, um diese Verbindungen zu neutralisieren, war, ihre Ausgänge unter ständigem Luftbombardement zu halten.“

Warum also wurde Elbflorenz eingeäschert? Die Antwort verweist auf die Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942. Mit Spreng- und Brandbomben auf Wohngebiete wollten der britische Premierminister Winston Churchill und sein Kriegskabinet die Durchhaltevermögen deutscher Zivilisten und in der Konsequenz die Kampfmoral der Wehrmacht brechen. Dass RAF-Oberbefehlshaber Charles Por-



Die Altstadt von Dresden wurde bei Luftangriffen der Alliierten vom 12. bis 15. Februar 1945 fast völlig zerstört. Auch die Kulturdenkmäler der Innenstadt wurden in Schutt und Asche gelegt
Bild: Foto: ak-g-images / Sammlung Berliner Verlag / Archiv

tal diese Direktive exakt drei Jahre vor dem Doppelangriff auf Dresden bekanntgegeben hatte, war wohl kein Zufall. Oft hatten die Zerstörungsgorgien der RAF etwas Symbolisches, wurden neben Wohngebieten und Zentren von Industriestädten öfters auch Orte mit historischer oder kultureller Bedeutung dem Erdboden gleichgemacht. Dresden passte vorzüglich in dieses Kalkül.

Dass die brutalen Attacken nirgendwo die Durchhaltevermögen brachen, nicht mal im 1943 exzessiv bombardierten Hamburg mit über 40.000 Toten, führte nicht etwa zu einem Strategiewechsel. Ganz im Gegenteil verständigten sich die Alliierten, die ihre Bomberoffensive gegen das Reich längst gemeinsam planten, Anfang 1945 auf ein „Zielsystem Mitteldeutschland“ mit forcierten Demoralisierungsangriffen, den sogenannten Thunderclaps (Donner- bzw. Vernichtungsschläge).

Angriffe mit Symbolik

Zudem bot das noch unversehrte Dresden eine Gelegenheit, die Schlagkraft der RAF zu demonstrieren. Vermutlich sollte die Vernichtung der Stadt die näher rückende Rote Armee beeindruckern. Der sowjetische Diktator Josef Stalin hatte Anfang Februar 1945 beim Krim-Treffen mit Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt eine Steigerung britischer Kriegsanstrengungen verlangt. Zu Luftfahrtminister Archibald Sinclair soll Churchill danach gesagt haben, man würde jetzt die Deutschen „auf ihrem Rückzug aus Breslau braten“. Da es dort keine Truppenbewegungen gab, kann er nur schlesische Flüchtlinge gemeint haben.

Heftig umstritten sind vor allem zwei Fragen: Haben US-amerikanische „Mustang“-Jäger nach dem Tagesangriff vom 14. Februar 1945 am Elbufer und im Großen Garten gezielt auf Zivilisten geschossen? Wie viele Menschenopfer haben die Luftangriffe, insbesondere der nächtliche Doppelangriff der RAF, tatsächlich gefordert?

Tiefflugbeschießungen durch US-Militärs mittels einmotoriger Jagdflugzeuge vom Typ North American P-51 „Mustang“, die es in anderen Orten nachweislich gab, schilderten etliche Zeitzeugen. Der „Beweis des ersten Anscheins“ spricht also dafür, dass Dresden keine Ausnahme bildet. Allerdings widersprach ein anderer Beobachter, der Dresdner Journalist, Redakteur und Kommentator beim Sender Freies Berlin (SFB) sowie Autor des Buches „Dresden im Luftkrieg“ Götz Bergander, der Tiefflieger-These.

Der deutsche Germanist und Geschichtswissenschaftler Helmut Schnatz, der mehrere Bücher zum Luftkrieg im Zweiten Weltkrieg verfasst hat, assistiert Bergander mit physikalischen Argumenten: Die unruhige Thermik während und nach dem Feuersturm sowie eine dichte Wolkendecke hätten einen raschen Sink-

flug der „Mustangs“ ausgeschlossen oder zumindest für die Piloten zum inakzeptablen Risiko gemacht. Schnatz' Argumentation beruht jedoch auf Wahrscheinlichkeitserwägungen, nicht auf exakten physikalischen Nachweisen, da die thermischen Werte ex post lediglich geschätzt werden können. Auch dass spätere Geländeprobe keine Geschossrückstände aufwies, beweist hier nichts. Allenfalls lässt sich vermuten, dass die von Zeugen bekundeten Tieffliegerangriffe am 14. Februar 1945 kein Massenphänomen gewesen sind.

„Höchstens 25.000“

Regelmäßig nennen Politiker der etablierten Parteien und Leitmedien unisono eine Gesamtopferzahl von „höchstens 25.000“. Sie beruht auf dem Abschlussbericht einer „Historikerkommission zu den Luftangriffen auf Dresden“ aus dem Jahre 2010. Allerdings wollte deren Initiator, Dresdens Oberbürgermeister von 2001 bis 2008, Ingolf Roßberg, keine ergebnisoffenen Forschungen. Das FDP-Mitglied degradierte die Historiker zu Verrichtungsgehilfen der Political Correctness, indem er von ihnen argumentative Munition gegen „rechtskonservative und neonationalistische Kreise“ forderte.

Die Zahlenangabe 25.000 könnte insofern korrekt sein, als nach den Maßstäben des juristischen Vollbeweises eine größere Menge schwer zu belegen ist. Diese Zahl entspricht im Wesentlichen den Bestattungsmeldungen dreier Friedhöfe mit den meisten Grablegungen. Aber die Dresdner Historikerkommission war kein an den strengen Grundsatz „In dubio pro reo“ gebundenes Strafgericht. Nichts hätte sie daran gehindert, sich anstelle des „Vollbeweises“ auf andere Ermittlungsziele mit höherem Erkenntniswert zu stützen: etwa auf die überwiegende Wahrscheinlichkeit der Gesamtopferzahl. Warum wurden wichtige Zeitzeugen wie Hanns Voigt oder Erich Puff ganz einfach ignoriert? Puff

hatte damals mit Blick auf übermenschliche Belastungen der Bergungstruppe erklärt: Vor ihrer Verbrennung auf dem Altmarkt wurden mehrfach „unbekannte Tote, einzelne Körperteile, auch Köpfe nicht gezählt. [...] Zuletzt wurde überhaupt nicht mehr gezählt.“

Dieses Verschweigen von Aspekten, die nicht ins Raster niedriger Opferzahlen passen, trübt weite Teile des Abschlussberichts. Abwägende Prüfungen aller Beweismittel und Opferzahl-Thesen fanden nicht statt. Anhand weniger Indizien verneinte die Kommission auch die Existenz von „Ascheleichen“, also instabiler Aschehäufchen, die naturgemäß kaum zu zählen waren. Da die physikalische Frage, ob in Teilen des Feuersturm-areals zeitweise Krematoriumsbedingungen herrschten, nicht mehr durch Messungen zu klären ist, hätte es auch hier des Zeugenbeweises bedurft.

Schlimmer als die DDR

Einen Kontrapunkt setzte der Publizist Wolfgang Schaarschmidt mit seiner wegweisenden Analyse „Dresden 1945 – Daten/Fakten/Opfer“. Die Gesamtopferzahl schätzte er auf 130.000 bis über 150.000. Selbst wenn die Zahl mehr als halbiert würde – dies könnte ein Funkspruch der Wehrmacht nahelegen (Verwechslung von Vermissten und geborgenen Leichen?) – käme man auf 50.000 bis 70.000 Tote und damit in die Größenordnung des DDR-Narrativs von „35.000 oder mehr“, dem Kommissionsmitglied Bergander früher zugestimmt hatte: „Ich akzeptiere die Möglichkeit, dass diese Zahl der Wahrheit am nächsten kommt, mag sie auch um einige tausend höher gewesen sein.“

Zum Trauerspiel geraten die von linken Aktivisten gekaperten Gedenkfeiern. Keineswegs nur „antideutsche Antifaschisten“, auch Politiker der etablierten Parteien, Gewerkschafts- und Kirchenfunktionäre führen einen Kulturkampf gegen angebliche „Nazis“ und „Populisten“. Über den Dresdner Bombenterror gegen unschuldige Zivilisten, unter ihnen Abertausende Kinder, verlieren sie kein Wort. Stattdessen wird ein „historischer Kontext“ beschworen, um aus der NS-Barbarei eine Rechtfertigung alliierter Kriegsverbrechen und eine systematische Täter-Opfer-Umkehr abzuleiten.

Absurde Kollektivschuldthesen verkündete ein Pfarrer namens Stephan Fritz, der Dresden als „keine unschuldige Stadt, sondern eine Nazi-Stadt, wie alle anderen“ schmähte. 2014 folgte CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz seinem Antifa-Sprech. Im Vordergrund steht momentan die Gedenkstätte auf dem Dresdner Altmarkt (siehe Seite 4). Im endlosen Streit um ihre Ausgestaltung erkennt Sprachwissenschaftlerin Bettina Gruber eine irrationale „Entwicklung zum Manichäischen und Primitiven“: Deutsche Luftkriegsopfer, also „die ‚falschen‘ Toten werden nicht betrauert, sondern als ‚Mittäter‘ exorziert“.

Ungeachtet des durchsichtigen Motivs, die „imperialistischen“ Mächte USA und Großbritannien an den Pranger zu stellen, ging die DDR würdevoller mit dem Schrecken von Dresden um. Schriftsteller und SED-Funktionär Max Zimmering, ein ab 1933 von echten Nationalsozialisten verfolgter Kommunist (siehe PAZ vom 15. September 2023), schrieb bewegende Verse für die Gedenkwall des Heidefriedhofs: „Wie viele starben? Wer kennt die Zahl? / An deinen Wunden sieht man die Qual / der Namenlosen, die hier verbrannt / im Höllenfeuer aus Menschenhand.“



BILD: WULSTEN BILD - WULSTEN BILD

„Wie viele starben?
Wer kennt die Zahl?
An deinen Wunden
sieht man die Qual
der Namenlosen, die
hier verbrannt
im Höllenfeuer aus
Menschenhand“

Max Zimmering
Schriftsteller und SED-Funktionär

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Bundesweit tragen unzählige Straßen und Plätze seinen Namen. Der ehemalige Generalfeldmarschall und Reichspräsident Paul von Hindenburg gehört, bemisst man den ihm zuteilgewordenen Ruhm, zu den Großen der deutschen Geschichte. Doch so glücklich das Reich und insbesondere die Ostpreußen über den Erfolg an der Ostfront des Ersten Weltkriegs waren, was dem Generalfeldmarschall seinen maßgeblichen Ruhm einbrachte – Hindenburg war nicht der Strategie während der Schlacht um Ostpreußen Ende August 1914.

Dies war zum einen gravierenden russischen Fehleinschätzungen geschuldet, zum anderen seinem Stabschef Generalmajor Erich Ludendorff, der schnell auf die russischen Bewegungen reagierte und damit letztlich das Ende der Russen besiegelte. Nach Ende des Krieges und der Niederlage jenseits der deutschen Grenzen war es wiederum Hindenburg, der die bereits kursierende Metapher vom Dolchstoß durch eine Aussage im November 1919 im von der Nationalversammlung einberufenen Untersuchungsausschuss für die Schuldfragen des Weltkrieges populär machte. Doch bis heute wohl am umstrittensten ist die von ihm am 30. Januar 1933 vorgenommene Ernennung Adolf Hitlers zum Kanzler.

Es kann dahinstehen, ob Hindenburg noch eine andere Wahl hatte, als den von ihm bis dahin verschmähten „böhmischen Gefreiten“ zur Macht zu verhelfen, ob er vielleicht doch hätte mit Notverordnungen weiterarbeiten können, ohne die Nationalsozialisten in die Ministerien zu hieven. Im politischen Chaos der früh zugrunde gehenden Weimarer Republik sah der alte Mann keinen anderen Weg, als wieder eine starke Regierung ins Amt zu bringen, die den Willen aufbrachte, Ordnung ins Reich zu bringen.

Er war der erste Kommandant

Die Debatten, die schon seit Jahren bundesweit immer wieder um Hindenburg als Namensgeber für Straßen und Plätze aufploppen, haben zugenommen. Und sie haben der grassierenden deutschen „Cancel Culture“ Aufwind und Erfolg beschert. Seit der ersten Dekade dieses Jahrhunderts hat die Debatte an Wucht gewonnen. Hindenburg verschwindet im öffentlichen Raum seit Jahren: in Münster, Trier, Siegen, Hannover, Freiburg, Darmstadt und andernorts sind bereits Plätze und Straßen umbenannt worden. Zuvor waren schon Bildungseinrichtungen wie die Hindenburgschule in Nienburg/Weser umbenannt worden. Die ist jetzt nach Marion Gräfin Dönhoff benannt.

Längst hat die Sorge um den „falschen“ Namen auch die Bundeswehr erfasst. Die haderte bislang eigentlich nur mit Traditionslinien, die zur Wehrmacht



Vor der Umbenennung: Hindenburg-Kaserne im niedersächsischen Münster

Bild: ddp/Kai-Uwe Knoth

BUNDESWEHR

Hindenburg muss Friederike Krüger weichen

Kaserne am Truppenübungsplatz Münster erhält in Kürze den Namen einer legendären Trägerin des Eisernen Kreuzes

des Dritten Reichs führten, doch Hindenburg gilt wegen der von ihm ausgestellten Ernennungsurkunde zum Kanzler für Hitler nun als Startpunkt des Bösen.

Wie die PAZ erfahren hat, wird die Hindenburg-Kaserne am wichtigen Bundeswehrstandort Münster in der Lüneburger Heide nun auch umbenannt. Doch gibt es hier eine Besonderheit. Als Kaiser Wilhelm II. nach einem Herbstmanöver des X. Hannoverschen Armee Korps in der nur wenig besiedelten Heide den Truppenübungsplatz bei Münster in Auftrag gibt und Flächen für rund 30 Reichsmark je Morgen angekauft sowie Baracken errichtet werden, ist es Oberst Paul von Hindenburg, der bereits im Juni 1892 mit seinem Oldenburgischen Infanterie-Regiment 91 als erstes das neu errichtete Lager bezieht.

Nicht nach dem Generalfeldmarschall oder dem Reichspräsidenten ist die Kaserne also benannt, sondern nach dem ersten Kommandanten. Lange haben sich

die Streitkräfte dem öffentlichen Druck zur Umbenennung entzogen. Das liegt vor allem an einer Tradition, nach der die Namensgebung von Kasernen aus der Truppe selbst kommen soll. Kasernennamen der Bundeswehr sind Teil der Traditionspflege. Als „Kern ihrer Erinnerungskultur“ und als „bewusste Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in gewachsenen Ausdrucksformen“ spiegelt Tradition das „werteorientierte Selbstverständnis der Bundeswehr“ wider, heißt es in dem entsprechenden Erlass. Die Namen von Kasernen werden von den dort stationierten Truppen und der jeweiligen Kommune festgelegt.

Sie steht für Mut und Patriotismus

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr überprüft dann die vorgeschlagenen Namen und reicht ein Gutachten ein. Der Traditionserlass der Bundeswehr schließt die Tradition der Wehrmacht und der Nationalen Volksarmee zwar grundsätzlich

aus, erlaubt aber Ausnahmen für bestimmte Einzelpersonen, die als traditionswürdig gelten. Das ist beispielsweise bei Erwin Rommel der Fall. Der Generalfeldmarschall und „Wüstenfuchs“ hat bewusst Befehle missachtet, die als verbrecherisch gewertet werden, und wurde wegen seiner Verstrickung in den Widerstand vom NS-System zum Suizid gezwungen. Der Wehrmachtsgeneral galt als Held, war aber nur noch als toter Held nutzbar.

Der Name einer Kaserne soll der Identifikation und dem Vorbildcharakter für die Soldaten dienen. In Ausnahmefällen können Kasernen auch nach regionalen Bezügen oder historischen Ereignissen benannt werden. Hindenburg jedenfalls gilt nicht mehr als akzeptabel.

Kaum, dass im benachbarten Soltau an der Böhme das kommunale Hindenburgstadion seinen Namen verloren hat, ist jetzt wohl auch die Hindenburg-Kaserne an der Örtze Geschichte. Schon seit Ende vergangenen Jahres drangen Gerüchte

aus der Kaserne, dass die Debatte um einen neuen Namen diesmal weniger angreifbar sein sollte. Friederike Krüger könne es werden. Eine selbstbestimmte Frau, die sich in den Befreiungskriegen gegen Napoleon in die Reihen der preußischen Soldaten schmuggelte, um mutig unter Männern ihr Land vom Usurpator zu befreien. Auch wenn das wenig charmante Kürzel „FKK“ für Friederike-Krüger-Kaserne schon die Runde macht, meinen viele Soldaten in der Region: Es hätte schlimmer kommen können. Eine Preußin, die für Mut, Patriotismus und Selbstbehauptungswillen stehe, sei keine schlechte Wahl.

Das Bundesverteidigungsministerium hat den Eingang des Vorschlags inzwischen bestätigt und auch zugestimmt. Derzeit werden noch das Land Niedersachsen und die Stadt Münster formal einbezogen. Doch die neuen Schilder für die Kaserne sollen bereits in Auftrag gegeben sein.

BEFREIUNGSKRIEGE

König und Zar ehrten sie in großer Dankbarkeit

Im Befreiungskampf gegen Napoleon trat Friederike Krüger ins preußische Heer ein

Einer der ungewöhnlichsten Soldaten im Dienste des preußischen Königs war wohl Sophia Dorothea Friederike Krüger. Die am 4. Oktober 1789 in Friedland geborene Frau hat eine nach damaligen Maßstäben unmögliche Laufbahn eingeschlagen. Als Napoleon den Kontinent mit Krieg überzog, arbeitete Krüger als Dienstmädchen und sollte ab 1812 bei Familie Lemcke das Schneiderhandwerk erlernen. Doch der Hass auf die französischen Besatzer einerseits und die Begeisterung in Preußen für die Mobilmachung musste sie erfasst haben.

Als Mann verkleidet und mit kurz geschnittenem Haar trat sie als August Lübeck im Frühjahr 1813 in die 4. Kompanie

des 1. Bataillons unter Major von Schmidt in das Colbergsche Grenadier-Regiment (2. Pommersches) Nr. 9 ein. Wehrtauglichkeitsuntersuchungen, bei denen ihr Geschlecht hätte auffallen können, gab es zwar auch damals schon. Doch angesichts der angestrebten Wiederaufnahme des nahen Kampfs gegen die Franzosen wurde die Untersuchung durch die einfache Frage ersetzt, ob man gesund sei.

Krüger muss ein selbstbewusstes und mutiges Auftreten gehabt haben, denn in der Kompanie wurde sie von den Kameraden gedeckt. Einmal verraten, musste Krüger einigen Eindruck auf ihren Befehlshaber, General Karl Heinrich von Borstell, gemacht haben. Sie durfte den

Dienst weiter verrichten, musste aber eine „untadelige sittsamste Aufführung“ geloben.

Die Frau kämpfte in 17 Schlachten

Krüger nahm an der Schlacht bei Großbeeren am 23. August 1813 teil und wurde zwei Wochen darauf in der Schlacht bei Dennewitz am 6. September durch Granatsplitter schwer verwundet. Oberstleutnant Alexander von Zastrow beförderte sie noch auf dem Schlachtfeld wegen Tapferkeit zum Unteroffizier der Leibkompanie. Der Schwindel flog allerdings endgültig im Lazarett auf. Die Gelegenheit ging bis vor den König. Friedrich Wilhelm III. zeigte sich beeindruckt,

genehmigte ihren Dienst im Heer unter ihrem eigenen Namen und verlieh ihr das Eiserner Kreuz 2. Klasse.

Nach ihrer Genesung nahm Krüger weiter an den Feldzügen gegen Napoleon in insgesamt 17 Schlachten teil und zog zuletzt 1814 in Paris ein. Nach Napoleons endgültiger Niederlage 1815 nahm die Unteroffizierin ihren Abschied aus dem preußischen Heer. Zar Alexander I. verlieh ihr den St.-Georgs-Orden. Sie erhielt wegen ihrer Verdienste eine Jahresrente von 72 Talern aus der königlichen und eine Jahrespension von 50 Talern aus der großherzoglichen Schatzkammer Karls II. von Mecklenburg-Strelitz.

Während eines Ordensfestes für Träger des Eisernen Kreuzes lernte sie den preußischen Unteroffizier Carl Köhler kennen, den sie am 5. März 1816 in der Berliner Garnisonkirche ehelichte – nicht ohne eine vom König gestellte Mitgift. Das Paar zog nach Lychen in die Uckermark. Der König übernahm für den erstgeborenen Sohn die Patenschaft, für die erste Tochter wurde der Großherzog Pate. Vier Kinder gebar Krüger-Köhler.

1841 zog sie nach Templin, wo sie nach schwerer Krankheit am 31. Mai 1848 starb. Die Unteroffizierin des Königs wurde nach ihrem Tod mit allen Ehren auf dem St.-Georgen-Friedhof in Templin beigesetzt. Das Grab existiert bis heute. bk

WIKTOR MAREK LEYK

Ein Freund verabschiedet sich

Beauftragter für Fragen ethnischer und nationaler Minderheiten des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren im Ruhestand

VON UWE HAHNKAMP

Es ist eine lange Zeit, auf die Wiktor Marek Leyk, inzwischen ehemaliger Beauftragter für Fragen ethnischer und nationaler Minderheiten des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren, in seiner Tätigkeit zurückblickt. „30 Jahre mit Minderheiten“ heißt das Buch, das er dazu verfasst hat. In einem Autorengespräch mit Jacek Poniedzialek von der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn am 20. November in der Woiwodschaftsbibliothek in Allenstein, die gleichzeitig ein offizieller Abschied war, äußerte er sich darüber.

Der Konferenzsaal in der Zentrale der Bibliothek in der Straße des 1. Mai 5 war brechend voll, und das lokale Fernsehen und Radio hatten Mitarbeiter geschickt, um Leyk in seinen verdienten Ruhestand zu schicken. Die Woiwodschaft Ermland-Masuren ist bis heute die einzige in der Republik Polen, in der sowohl im Marschall- als auch im Woiwodschaftsamt eine Person beschäftigt ist, die für die Minderheiten zuständig ist, und noch Sejmik eine Kommission für diese Fragen existiert.

Es passte damals: Zeit, Gelegenheit, Region ...

In Krimis ist häufig die Rede von drei Faktoren, die jemanden verdächtig machen, nämlich Gelegenheit, Mittel und Motiv. Ein ähnlich magisches Dreieck, sogar Viereck, hat Poniedzialek, der aus Allenstein stammt, als Grund für die Bestellung und den langjährigen Erfolg des Minderheitenbeauftragten ausgemacht, und es sich gemeinsam mit Leyk im Gespräch vorgenommen.

Die Zeit: kurz nach 1990, nach den ersten freien Wahlen in Polen, den friedlichen Begegnungen mit den westlichen Nachbarn und dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag. Die polnische Währung durchlebt Turbulenzen und im Land erwachen ethnische und nationale Minderheiten und besinnen sich auf ihre



Minderheitenrunde in Allenstein auf dem Podium (v.l.n.r.): Stefan Migus (Ukrainische Minderheit), Heinrich Hoch (Deutsche Minderheit), Jacek Ponierzialek, Andrzej Sakson, Wiktor Marek Leyk, Piotr Bilicki (Minderheit der Roma) Bild: U.H.

Traditionen. Es ist eine Zeit des Um- und Aufbruchs, die Existenz verschiedener kultureller Wurzeln ist nach der Zeit des gewollten national monolithischen Polen nicht mehr verpönt.

Die Gelegenheit: Es ist auch die Zeit des Aufbruchs Polens in Richtung Europäische Union, der Prozess, der mit dem Beitritt Polens zur EU im Mai 2004 endete, kam gerade ins Rollen. Günter Verheugen führte damals die Verhandlungen und ein wichtiger Punkt dabei waren regelmäßig die Rechte der ethnischen und nationalen Minderheiten im alltäglichen Leben, in den Medien, in der Pflege ihrer Sprache, Bräuche und Traditionen. Daher auch der Ruf nach Menschen, die sich extra darum kümmern sollen.

... die Menschen ...

Die Region: In besonderem Maße griff das die Region der Republik Polen mit dem höchsten Anteil in der Bevölkerung an Minderheiten, nämlich das südliche Ostpreußen auf, das diese kulturelle Vielfalt bewusst als Reichtum, als positiv wahrnimmt und das immer wieder betont. Deutsche, die hier geblieben waren, Ukrainer, die hierher vertrieben wurden, Polen, die aus Polen, Weißrussland, der Ukraine und Litauen umgesiedelt wurden, Weißrussen, Litauer, Russen, Roma – es ist ein buntes Gemisch an Nationen und Ethnien, das dort lebt. Und sie wollten, auch das war ein Zeichen der Zeit, gehört werden.

Die Menschen: Beginnen wir mit Janusz Lorenz, dem damaligen Woiwoden

von Allenstein. Bedrängt von ukrainischer und deutscher Seite, den zahlenstärksten Minderheiten, entschied er sich salomonisch dazu, nicht einen Vertreter dieser beiden Gruppen zu seinem Beauftragten zu ernennen, sondern er trat damit an einen Menschen mit „doppelter Minderheit“ heran, den Masuren und Protestanten Leyk. So begann die lange Zeit, deren viele Facetten Leyk in seinem Buch beschreibt: das Abtasten und das beginnende Vertrauen, die infrastrukturellen Schwierigkeiten der Minderheiten, die Zusammenarbeit, Konkurrenz und Freundschaften. Immer wieder tauchen im Buch die Namen von Weggefährten auf, die sich alle auf ihre Weise für Minderheiten stark gemacht haben – und von denen viele zum

Abschied und zur Lesung gekommen waren.

... und Freunde

Nicht mehr dabei sein konnte Miron Sycz, der als Vertreter der ukrainischen Minderheit in Sejmik, Sejm und Senat stets viel bewegt hat und der vor Kurzem verstorben ist. Ihm hat Leyk ein Kapitel seines Buchs gewidmet. Doch der heutige Vorsitzende der Minderheitenkommission Jarosław Słoma, die ehemalige Minderheitenbeauftragte beim Woiwoden Joanna Wańkowska-Sobieszak, Andrzej Sakson, der mit Masuren verbunden ist wie die Schauspielerin Irena Telesz-Burczyk mit der Minderheit der Roma, und Mitglieder der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein waren ebenso gekommen wie die jetzigen Vertreter der Minderheiten.

Beim Podiumsgespräch waren für die ukrainische und die deutsche Minderheit die Vorsitzenden Stefan Migus und Henryk Hoch sowie Piotr Bilicki als Nachfolger seines Vaters bei den Roma dabei und berichteten von ihren Erfahrungen, Schwierigkeiten und Zukunftsplänen. Sie betonten alle, dass das anfängliche Misstrauen schnell einem Gefühl der Anerkennung als vollwertige Partner der Verwaltungen gewichen sei – ein Verdienst gerade von Leyk als Person und Persönlichkeit. Es ist kein Zufall, dass er bei den Minderheiten der Region dafür bekannt ist, bei möglichst vielen ihrer Veranstaltungen dabei zu sein.

Wie erfolgreich diese Arbeit ist, darauf machte Leyk scherzhaft mit einer über die Region hinausreichende Anerkennung aufmerksam: „Es ist bezeichnend, dass das griechisch-katholische Bistum in Nordpolen, das viele Ukrainer religiös vereint, „Allenstein-Danzig“ heißt und nicht umgekehrt.“ Aus Allenstein kam denn auch die musikalische Umrahmung des Abends. Zu Beginn von der Minderheit der Roma mit Piotr Bilicki und seinem Sohn und zum Ende mit der Stimme und der Gitarrenmusik von Stefan Brzozowski von der bekannten Gruppe „Czerwony Tulipan“ („Rote Tulpe“).

ALLENSTEIN

Von Schimanen aus in die Sonne fliegen

Ägypten im Angebot des Winterflugplans – Flüge nach Albanien und Düsseldorf sind für den Sommer geplant

Mit Beginn des Winters träumen viele davon, der allgegenwärtigen Tristesse zu entfliehen. Für die Bewohner des südlichen Ostpreußens gibt es nun eine Möglichkeit, um dem Winterblues zu entkommen: Flüge ins sonnige Ägypten vom Flughafen Allenstein-Masuren in Schimanen.

Seit Dezember können die Bewohner der Region dank der Zusammenarbeit des Flughafens Allenstein-Masuren und des Reisebüros Itaka Direktflüge nach Marsa Alam nutzen. Die malerische Stadt am Roten Meer gehört zu den beliebtesten Zielen für Liebhaber exotischer Reiseziele und des Tauchens. Die Flüge finden bis zum 22. Februar regelmäßig jeden Sonnabend statt. Von Juni bis Oktober sind außerdem Flüge jeden Freitag geplant.

Wiktor Wójcik, Vorstandsvorsitzender des Betreibers des Flughafens betonte: „Ägypten ist ein weiteres außergewöhnliches Angebot in unserem Winterpro-

gramm, das sicherlich sowohl die Bewohner von Ermland und Masuren als auch benachbarter Woiwodschaften anziehen wird, die gerne unseren Flughafen nutzen ... Wir setzen unsere Bemühungen fort, unseren Passagieren und Itaka-Kunden

die besten Reisebedingungen zu bieten, mit einem Parkplatz zu äußerst günstigen Preisen, einem Check-in-Schalter speziell für Familien mit Kindern oder einer frühzeitigen Abfertigung am Flughafen. Wir möchten, dass die Passagiere, die unseren

Flughafen wählen, ihre Ferien mit einem Lächeln beginnen, denn Reisen vom Flughafen in Masuren bedeutet Geld-, Zeit- und Stressersparnis.“

Hohe Standards in Marsa Alam

Ägypten ist nicht nur ein Paradies für Strandliebhaber, sondern auch ein Mekka für diejenigen, die antike Zivilisationen entdecken möchten. In Marsa Alam finden Touristen luxuriöse Hotels mit höchstem Servicestandard, ideale Bedingungen zum Tauchen in den kristallklaren Gewässern des Roten Meeres und die Möglichkeit, Unterwasserkorallenriffe zu bewundern. Im Winter, wenn die Temperaturen im südlichen Ostpreußen um den Gefrierpunkt liegen, lockt Marsa Alam mit angenehmem Klima und einer Durchschnittstemperatur von etwa 25 Grad Celsius.

Bisher mussten die Bewohner des südlichen Ostpreußens, zu Flughäfen in War-

schau, Danzig oder anderen größeren Städten reisen, wenn sie exotische Urlaubsziele ansteuern wollten. Dank des Flughafens in Schimanen wird das Reisen für sie komfortabler. Die Möglichkeit, von einem regionalen Flughafen abzufiegen, bedeutet kürzere Anfahrtswege, weniger Stress bei der Organisation und Bequemlichkeit für die ganze Familie.

Der Flughafen Allenstein-Masuren beschränkt sein Angebot nicht nur auf Ägypten. In der Sommersaison 2025 können Passagiere auch von Verbindungen nach Albanien profitieren, einem Land mit außergewöhnlicher landschaftlicher Vielfalt, das Berggipfel, unberührte Strände und eine reiche Kultur vereint. Darüber hinaus werden Flüge ins türkische Antalya und die Wiederaufnahme der Verbindung nach Düsseldorf in der Bundesrepublik angeboten.

Dawid Kazański



Erweitert sein Angebot: Flughafen Schimanen

Bild: Tadeusz Rudzki

Wir gratulieren...



Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar

Unterberg, Edith, geb. **Gritzko**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Teiwes, Martha, geb. **Schliffki**, aus Ortelsburg, am 12. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar
Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Mittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Katzenski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Lüneberg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar
Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Winzbeck, Ruth, geb. **Kotowski**, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Jedamcik, Christel, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bubienko, Hildegard, geb. **Czypull**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 11. Februar

Fabricius, Irmgard, geb. **Kurowski**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 13. Februar

Frei-Jortzik, Erna, geb. **Jortzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar

Prietz, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Augustsson, Gertrud, geb. **Dolenga**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Schramma, Ruth, geb. **Bendiks**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Butte, Edeltraut, geb. **Masurowski**, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 8. Februar

Campenhausen, Otto Freiherr von, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 7. Februar

Kremp, Dr. Werner, aus Ebenrode, am 12. Februar

Purwin, Heinz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Februar

Röder, Liesbeth, geb. **Höchst**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar

Skarzynska, Hildegard, geb. **Plaga**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Stahlberg, Elfriede, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 13. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blaesing, Christel, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar

Cittrich, Bruno, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 13. Februar

Koepke, Heidi, geb. **Rautenberg**, aus Klein Medenau, Kreis Fischhausen, am 10. Februar

Lorius, Anneliese, geb. **Lallo**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 11. Februar

Schrage, Anneliese, geb. **Skiba**, aus Neidenburg, am 8. Februar

Weißborn, Renate, geb. **Böhme**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Februar

Wilms, Hannelore, geb. **Porwoll**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Cessarek, Günter, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar

Donder, Brunhild, aus Lyck, am 9. Februar

Gantz, Walter, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 10. Februar

Jakubassa, Walter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Keller, Hella, geb. **Quaschnig**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 11. Februar

Laskowski, Eva, geb. **Podufal**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg und aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

Näther, Ulrich, aus Lötzen, am 8. Februar

Ohlmeier, Elisabeth, geb. **Krapa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Februar

Reck, Siegfried, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 8. Februar

Skrotzki, Erich, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Armbrust, Margot, aus Willgaiten, Kreis Fischhausen, am 11. Februar

Gollub, Helmut, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 8. Februar

Kassebaum, Ruth, geb. **Mett**, aus Lehmfelde, Kreis Ebenrode, am 10. Februar

Kloss, Ursula, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 8/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 8/2025 (Erstverkaufstag 21. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 11. Februar**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Wir gratulieren Frau

Gisela Krohn

geb. Bartels, Würzburg

zum 80. Geburtstag am 21. Januar 2025.

Gisela Krohn war jahrzehntelang aktives Vorstandsmitglied im Studentenbund Ostpreußen (BOST), danach der „gute Geist“ des Akademischen Freundeskreises Ostpreußen (AFO). Sie hat, ohne familiäre Wurzeln in Ostpreußen zu haben, in preußischer Pflichterfüllung die politischen und kulturellen Anliegen der Ostpreußen in vorbildlicher Weise unterstützt. In Anerkennung ihrer außergewöhnlichen Verdienste hat ihr der Bundesvorstand der Landsmannschaft das Silberne Ehrenzeichen verliehen.

Christoph M. Stabe
 Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen
 Landesgruppe Bayern, Landesvorsitzender

Axel Doepner
 Akademischer Freundeskreis Ostpreußen (AFO)

Narajek, Wolfgang, aus Lötzen, am 8. Februar

Reimann, Udo, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 1. Februar
Schaerffer, Adelheid, geb. **Kischkel**, aus Lyck, am 12. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Margitta, geb. **Hoffmann**, aus Kemsie, Kreis Fischhausen, am 4. Februar

Bethke, Elfriede, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 8. Februar

Bielinski, Erika, geb. **Heilmann**, aus Soldahnen, Kreis Lötzen, am 7. Februar

Freitag, Irene, geb. **Lemke**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 10. Februar

Herfort, Fritz, geb. **Dzikowski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 12. Februar

Hoff, Gisela, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 9. Februar

Jahnke, Margit, geb. **Freimuth**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

Keuchel, Günter, Kreisgemeinschaft Mohrungen, am 8. Februar

Kirstein, Helga, geb. **Rautenberg**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 9. Februar

Mantione, Barbara, geb. **Kowitz**, aus Gordeiken-Gut, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Pfaff, Renate, aus Königsberg, am 10. Dezember

Raue, Erika, geb. **Kobert**, aus Mengen, Kreis Lötzen, am 10. Februar

Reipsch, Erika, geb. **Hoffmann**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 10. Februar

Rosteck, Inge, geb. **Sieddeke**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 10. Februar

Schulz, Martin, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Februar

Thoms, Waltraut, geb. **Sawatzki**, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar

Trau, Regina, geb. **Karbaum**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 12. Februar

Tybussek, Rüdiger, aus Groß Koschlaw, Kreis Neidenburg, am 11. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Karasch, Fritz, aus Rumejken, Kreis Lyck, am 7. Februar

Klein, Rüdiger, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 12. Februar

Mlodoch, Herbert, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Stumpe, Sigrun, geb. **Schwarmat**, aus Fischhausen, am 3. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Voigt, Renate, geb. **Markowski**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 8. Februar

**Deutsches Kulturforum östliches Europa**

Potsdam – Das Kulturforum feiert in diesem Jahr 25 Jahre und hat dazu viele Jubiläumsaktivitäten zusammengestellt, die den Facettenreichtum seiner Arbeit widerspiegeln.

Die Ausstellung „Chatam Sofer“ läuft noch bis zum 14. Februar in Frankfurt am Main, Römerhalle.
 Dienstag, 18. Februar, Potsdam: Vortrag des Autors Marcin Wiatr „Literarische Reise durch Galizien“.
www.kulturforum.info

PARTNER-REISEN
 Grund-Touristik GmbH & Co. KG

19.05.–27.05.2025
Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen
 Danzig – Masuren – Memelland
 Reiseleitung: Dieter Wenskat

16.07.–23.07.2025
Sommerreise nach Ostpreußen
 Danzig – Marienburg – Goldap – Thorn
 Reise in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Goldap

28.08.–02.09.2025
Reise in das Schlesische Elysium – Tal der Schlösser und Gärten
 Ostpreußen fahren in den Süden Preußens!
 Reiseleitung Hubert Geiger und Dirk Bloch (Blochplan Berlin)
Ausführliche Reiseprogramm anfordern bei Partner-Reisen!

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Begegnung unter Freunden

München – Ein Jahr nach ihrer ersten Zusammenkunft in großer Runde trafen der Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen Bayern sowie die Landesvorsitzenden der im Freistaat aktiven Landsmannschaften mit der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Dr. Petra Loibl, MdL, im Bayerischen Landtag zusammen. Bei der Begegnung unter Freunden ging es vor allem um Planungen und Ideen anlässlich des 2025 und in den Folgejahren anstehenden Gedenkens an „80 Jahre Flucht und Vertreibung“. Die Versammelten waren sich einig, die mutmaßlich letzten „runden“ Jahrestage von Flucht und Vertreibung, die man gemeinsam mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen begehen könne, dazu zu nutzen, die damaligen Ereignisse angemessen zu würdigen und dem Thema die verdiente Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Unter Leitung des Landesvorsitzenden des BdV Bayern, Dr. Christian Knauer, entfaltete sich nach einer kurzen Begrüßung durch die Beauftragte eine lebhaft diskutierte Diskussion über die besondere Bedeutung des nun beginnenden Gedenkjahres 2025. Dabei endet das Gedenken an „80 Jahre Flucht



Treffen in großer Runde: Landesvorstand des BdV Bayern sowie die Landesvorsitzenden der im Freistaat aktiven Landsmannschaften mit der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Dr. Petra Loibl, MdL, im Bayerischen Landtag sprachen über die Planung und Ideen für die kommende Zeit

und Vertreibung“ nicht mit diesem Jahr. Schließlich zogen sich die damaligen Ereignisse von der Ende 1944 beginnenden, von zahllosen Todesfällen begleiteten, Flucht von zweieinhalb Millionen Deutschen aus Ostpreußen über die Exzesse der Vertreibung aus den einstigen Ostgebieten, dem Sudetenland und aus dem Donauraum bis ins Jahr 1947 hinein. Folglich böte es sich auch im Interesse einer intensiveren Wahrnehmung seitens der Öffentlichkeit, die im Frühjahr ja auch des Kriegsendes vor 80 Jahren gedenkt, durchaus an, auch das zweite Halbjahr 2025 und das erste Halbjahr 2026 für Veranstaltungen zum Gedenken an „80 Jahre Flucht und Vertreibung“ zu nutzen.

Die Versammelten waren sich weiter einig, dass insbesondere auch die Schulen und die öffentlich-rechtlichen Medien in den kommenden Monaten berufen seien, Flucht und Vertreibung vor 80 Jahren stärker zu thematisieren, und so die Öffentlichkeit, vor allem aber auch die junge Genera-

tion dafür zu sensibilisieren. Ferner erinnerten sie an die einst vom „Zentrum gegen Vertreibungen“ konzipierten hervorragenden Ausstellungen zum Thema, die noch immer, beispielsweise von Gemeinden oder Behörden, angefordert und so einer breiteren Öffentlichkeit nahegebracht werden könnten. Das würde die Vorreiterrolle, die Bayern bei der Würdigung des Schicksals der Vertriebenen und Aussiedler innehatte, nur unterstreichen.

Ausdrücklich dankten Knauer und weitere Teilnehmer der Sitzung Ministerpräsident Söder für die herausragende Bedeutung, die der Freistaat der Vertriebenenpolitik beimesse, und für die seit seinem Amtsantritt erfolgte Einrichtung neuer Kulturzentren für die Deutschen aus Russland, die Siebenbürger Sachsen, die Banater Schwaben und die Donauschwaben. Besonders freue man sich auch auf den staatlichen Gedenktag des Freistaats im Juni, dem in diesem Jahr eine ganz außergewöhnliche Bedeutung zukomme, und darauf, wie der Bayerische

Landtag sich der nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für Bayerns Nachkriegsgeschichte so einschneidenden Ereignisse vor nun achtzig Jahren gedenken werde.

Selbstverständlich plant auch die Beauftragte, im Gedenkjahr 2025 eigene Impulse zu setzen. Beginnend mit einem Fachsymposium zu „80 Jahre Flucht und Vertreibung“ am 26. März im Prinz-Carl-Palais über einen Malwettbewerb, in dem Sechs- bis Zwölfjährige aufgefordert sind, zu zeichnen, wie sie die Heimat ihrer Groß- und Urgroßeltern sehen, und eine vom Kulturzentrum Ostpreußen auf Schloss Ellingen verantwortete Wanderausstellung zur besonderen Rolle der weltberühmten Trakehner-Pferde bei der Flucht 1945 reichen sie bis zur Entwicklung neuer Informationsmaterialien über die Herkunftsregionen der Vertriebenen und Aussiedler. „Damit“, so Loibl abschließend, „möchte ich die hervorragende Arbeit und das Engagement des BdV und unserer Landsmannschaften unterstützen, so gut ich kann“.

Matthias Lill



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

West- und Ostpreußentag

Bremen-Grolland – Montag, 24. Februar, 15 Uhr (14.15 Uhr Einlass), Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30: Bremer West- und Ostpreußentag mit Königsberger Klops.

Zu Beginn besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen. Unmittelbar anschließend dürfen wir uns jahreszeitlich passend in den ostpreußischen Winter versetzen lassen: Mythos Winter – ein Rückblick auf eine besondere Jahreszeit. Die ostpreußischen Winter waren lang und kalt.

Lag die weite Landschaft unter einer dicken Schnee- und Eisschicht, so begann ein anderer, oft entbehrungsreicher Alltag. In der unwirtlichen Zeit verlagerte sich die Arbeit ins Innere, es wurde gesponnen, gewebt, repariert und geflickt. Gleichzeitig luden die vereisten Wasserflächen und schneebedeckten Felder, Hänge und Hügel zu Abenteuern auf Kufen, Schlitten und Skiern. Bis heute ist dieses Bild des Winters fest im kollektiven Gedächtnis verankert. In ihrem Vortrag illustriert Hannah Janowitz, Kuratorin der aktuellen Sonderausstellung „Nichts als nur weißer Schnee... – Winter in Ostpreußen“ im Ostpreußischen Landesmuseum, die verschiedenen Facetten dieser besonderen Zeit.

Für die Teilnahme am anschließenden Klopsessen werden vom Lokal, das mit den BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“ erreicht werden kann, 23,- Euro berechnet. Gäste, die auf Fleisch verzichten möchten, können ein veganes Gericht aus der Speisekarte bestellen.

Wir erbitten Ihre Anmeldung bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765 oder per E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de.

Heinrich Lohmann



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüls, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Programmübersicht

Oldenburg – Die Gruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen trifft sich in Oldenburg an jedem zweiten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, Oldenburg-Eversten, Telefon (0441) 5009-0 – im Mai und Juli an einem anderen Ort. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. Änderungen sind vorbehalten.

Mittwoch, 12. Februar: „Bilder aus Ostpommern“, Stadt und Kreis Bütow; ein Film von 1923.

Mittwoch, 12. März: „Die kulturelle Leistung ostdeutscher Frauen“ ein Vortrag von Dr. Gisela Borchers nach einer Vorlage von Elly Nadolny; mit Bildern.

Mittwoch, 9. April: 500 Jahre Herzogtum Preußen – Königreich Preußen – Ostpreußen, ein Vortrag von Dr. Gisela Borchers.

Mittwoch, 14. Mai, 15 Uhr, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180: gemütlicher Kaffeenachmittag. Telefon (0441) 42615, VWG-Buslinien 304 und 315, Haltestelle Dorfweg.

Fortsetzung auf Seite 16



Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE95 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

**Prämie 2:
Renaissanceglobus**



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Mittwoch, 11. Juni: Prof. Dr. Fröhlich stellt seinen Pruzzen-Roman „Mit Gott, Schwert und Feuer“ vor.

Mittwoch, 9. Juli, 15 Uhr, Hotel Restaurant Wöbken, Hundsmühlerstraße 255: gemütlicher Kaffeemittag. VWG-Buslinie 314, Haltestelle Achterdiek.

August: Sommerpause.

Mittwoch, 10. September: Programm steht noch nicht fest.

Mittwoch, 8. Oktober: Erntedankfeier.

Mittwoch, 12. November: Programm steht noch nicht fest.

Mittwoch, 10. Dezember: Adventsfeier.

Bitte notieren Sie sich diese Termine, wir hoffen auf Ihre regelmäßige Teilnahme. *Gisela Borchers*

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Gratulation

Dresden – Edith Wellnitz, eine engagierte und tatkräftige Ostpreußin feierte am 22. Januar ihren 88. Geburtstag. Neben zahlreichen Heimatfreunden des BdV-Chores gratulierten ihr der Beauftragte des Sächsischen Innenministeriums, Dr. Jens Baumann, sowie der amtierende Vorsitzende der Regionalgruppe Dresden im Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler Sachsen/Schlesische Lausitz e.V., Claus Hörmann, sehr herzlich.

Bis heute engagiert sich Heimatfreundin Wellnitz in ihrer Gruppe der Ostpreußen und organisiert monatliche Treffen für ihre Landsleute.
C. H.

Trakehner

Dresden – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Historie der Trakehner.

Edith Wellnitz

Mitgliederversammlung

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 22. Februar, 14 bis 16.30 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, H.-Mauersberger Raum: Mitgliederversammlung mit Kurzprogramm und Beitragskassierung für das laufende Jahr.

ANZEIGE

Warm oppm Kopp

Mütze mit aufgestickter Elchschaufel.
Innen: Thinsulatefutter.
Außen: ostpreußisch.
In den Farben blau und schwarz erhältlich.
Je Strickmütze: 15,- Euro, zuzüglich 5,- Euro Porto und Verpackung.

Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Bestellung:
Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Schutz vor Kriminalität

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Kriminalhauptkommissar Gernot Grimm berichtet bei der Landmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ über Betrug am Telefon, Einbruchserien, Betrügereien und wie man sich da-

gegen schützen kann. Gäste sind herzlich willkommen.

Jahreshauptversammlung

Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Jahreshauptversammlung der Landmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Vereinigte Landmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 12. Februar, 11.30 Uhr, TSB-Heim, Eckenerstraße 24: Grünekohlessen, anschließend Mitgliederversammlung.



Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 12. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Ein Spaziergang durch das Hauptgestüt Trakehnen. Vortrag von Katja Eichhorn und Rainer-H. Proschko.** Die Veranstaltung beleuchtet seine Entstehungsgeschichte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.



Claus Hörmann gratuliert: Edith Wellnitz wurde 88 Jahre *Bild: C. H.*

Rätsel

Unordnung, wirre Masse	Busenfreund, Vertrauter	US-Bundespolizei (Abk.)	ägyptische Göttin	Tonfall, Aussprache	feuerfester Faserstoff	Bitte um Antwort	Wasserkass	bei Dunkelheit, im Dunkeln	Gestell z. Transportieren v. Lasten	ins Gedächtnis zurückrufen	ein Balte	Atem ausstoßen, pusten	Vorderasiat
Malvengewächs					bocksfüßiger Waldgeist				völlig, gänzlich				
Gewürz-, Heilpflanze			Sitzung; Sitzungsperiode	chemisches Element			Modell, Typ				Teil der Treppe	Schauspiel-, Ballettschüler	
		Fluss zur Rhone			brit. Schauspieler: ... Guinness				Metallarbeiter				
Signalfarbe				Stadt an der Donau	slaw. Herrschertitel		deutsches Mittelgebirge				Fremdwortteil: fern		
eine SMS senden (ugs.)	wertloses Zeug	See in Schottland (Loch ...)	veraltet: Modenarr				ein Glücksspiel	die erste Frau (A. T.)	deutsche Biathletin (Magdalena)				
Hauptstadt von Tunesien			Abk.: medizinisch-techn. Assistent	deutscher Reichspräsident (Friedrich)	kleine Metallschlinge			landwirtschaftliches Gerät	orientalische Kopfbedeckung	schottischer Namensteil		nach Abzug der Kosten	
			fortwährend, dauernd				Lappe	ächten					
Schnittblumengefäß	kurze Werbesendung (engl.)			einstöckiges Haus	sinnlich, anzüglich	italienisches Nudelgericht		bulgar. Währungseinheit	großes Gewässer	ein Schiff stürmen	Ausblick	feiner Spott	unterstützen, beistehen
bestimmter Artikel		Geburtsnarbe											

Magisch: 1. Hobbys, 2. Abganz, 3. brennen

Mittelworträtsel: 1. Gelaende, 2. Gedächtnis, 3. Amtesen, 4. Kabinen, 5. Aufnahme, 6. Stachel, 7. Gedanken

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

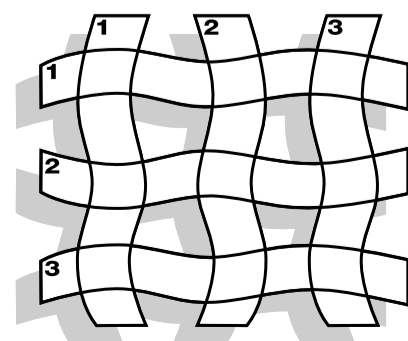
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACHL	HHLO	KLO	AAGR	LTUZ	BEENR	GIRU	ADEF
OR					FRU		
AKO			ABMRU				
EEFL	GTU				DEI		
			EGNUZ				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Wintersportstätte.

1	FABRIK					FORM
2	SPOTT					BAND
3	WALD					STAAT
4	WAHL					KOFFER
5	TON					LEITER
6	GIFT					BEERE
7	GRUND					GUT



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 frühere kaiserl. Residenz in Wien
- 2 Widerschein, Reflex
- 3 in Flammen stehen

Heimatkreisgemeinschaften



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

67. Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) – Wochenende, 15. und 16. Februar, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: 67. Heimatpolitische Tagung, zu der die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte einladen.

Am Sonnabend, 15. Februar, beginnt die Veranstaltung, die sich mit der wechselvollen Geschichte und der Zukunft von Ort sowie Schloss Steinort beschäftigt, um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen angeboten. Nach Eröffnung und Begrüßung folgen die Vorträge von Dr. Uwe Heckert: „Ein großer Sprung: 600 Jahre Steinort – Aus der Großen Wildnis in eine europäische Zukunft“ sowie von Dr. Bettina Bouresh, Vorsitzende der Lehnndorff-Gesellschaft Steinort: „Die Vision für Steinort: Akademia Mazuria, Galerie Lehnndorff und ein Gästehaus – Wissenschaft, Bildung und Kultur im „Forum für Europäischen Dialog“.

Der Abend klingt nach gemeinsamem Elchbraten-Essen in gemütlicher Runde aus. Traditionell werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Mit ihren „Steinorter Geschichten“ werden Ulla Lachauer und Agatha Kern am Sonntag, 16. Februar, den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet den Schlusspunkt der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden kurzfristig bis zum 5. Februar erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, **GF:** Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Danzig-Masuren-Memelland Neuntägige Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen vom 19. bis 27. Mai unter der Leitung von Dieter Wenskat.

Am 19. Mai geht es vormittags los mit dem Flugzeug nach Danzig; Flüge gehen ab Berlin, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart. In Danzig werden die Teilnehmer von der Reiseleitung ins Hotel gebracht. Am Nachmittag wird ein Stadtrundgang durch Danzigs Altstadt unternommen.



Der Goldaper See: Vom 16. bis zum 23. Juli reist die Kreisgemeinschaft Goldap nach Ostpreußen. Auf dem Programm stehen Danzig, Marienburg, Thorn und das Sommerfest der Kreisgemeinschaft in Goldap

Die Besichtigungen der Marienburg und der Elbinger Altstadt stehen am zweiten Tag auf dem Programm. Am dritten Tag geht die Reise weiter über Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II., nach Frauenburg, samt einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal.

Eine Masurenrundfahrt mit den Zielen Heilige Linde mit ihrer besonderen Orgel, der Bunkeranlage „Mauerwald“ am vierten Tag und einem Spaziergang durch Nikolaiken, weiter per Schiff über Seen und Kanäle nach Niedersee an den Rand der Johannsburg Heide, schließen sich an. Eckertsdorf mit der Besichtigung des Philipponenklosters – als Altgläubige aus Russland vertrieben, fanden die Philliponen Anfang des 19. Jahrhunderts hier im toleranten Preußen Aufnahme –, eine Flussfahrt auf der Krutinna und eine Kutschfahrt zu einem masurischen Abend mit deftigem Essen und mitreißender Folklore beenden den fünften Tag. Am sechsten Tag geht es nach Norden, Kaunas, zum Berg Rambynas, nach Heydekrug und Memel, wo es eine Stadtführung geben wird.

Die Kurische Nehrung wird den letzten Programmpunkt vor der Rückreise einnehmen, mit einem Ortsrundgang durch Nidden und der Auffahrt zur Hohen Düne. Am späten Nachmittag geht es zurück nach Memel, wo die Fähre nach Kiel gegen 21.30 Uhr ablegen wird. Vom Kieler Hauptbahnhof reisen die Teilnehmer in Eigenregie heim.

Programmänderungen sind möglich, die Mindestteilnehmerzahl beträgt 18 Personen. Weitere Informationen und Anmeldung beim Reiseleiter Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Sommerreise

Vom 16. bis zum 23. Juli fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn. Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die

Goldaper Reisetilnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen. Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reisegruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zustiegsmöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute. Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension. Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurenrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden. Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten und Erkundungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Busreise im Juni

Vom 14. bis zum 22. Juni wird eine Busreise nach Neidenburg stattfinden mit Übernachtungen im schönen Hotel Gawra in Wickenu [Wikno], direkt am Omulefsee. Zustiegsmöglichkeiten sind nach Absprache möglich. Da noch einige Plätze frei sind, melden Sie sich nächstmöglich beim Kreisvertreter an. Die Preise können erst nach Feststehen der Teilnehmerzahl errechnet werden.

Ulrich Pokraka



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum „mon ami“, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen – kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem „mon ami“ befindet sich die Post, dahinter liegt das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3, die Öffnungszeiten sind täglich von 7 bis 22 Uhr, die Ausfahrt ist jederzeit möglich; das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, bietet sich als mögliche Unterkunft an.

Dieter Neukamm

Agnes-Miegel-Gesellschaft

Einladung zur **Agnes-Miegel-Tagung „Agnes Miegel und Theodor Fontane. Literarisches und Biografisches von Agnes Miegel“**, Sonnabend, 22. März, ab 9 bis 18 Uhr, Haus Kassel, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf mit folgendem Programm:

9.15 Uhr: Mitgliederversammlung,
10.30 Uhr: Agnes Miegel – Wort und Mythos. Vorstellung des neuen Buches von Dr. Walter T. Rix,
11.15 Uhr: Christian Salchegger spricht über Filmooos,
12 Uhr: Mittagspause (in Eigenverantwortung),
13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab,
14.30 Uhr: „Weshalb gibt es keinen Fontane für Ostpreußen...“, Theodor Fontanes Einfluss auf Agnes Miegels dichterisches Schaffen, Vortrag von Dr. Marianne Kopp,
anschließend Kaffeepause,

16.15 Uhr: Gedichte und Balladen von Agnes Miegel und Theodor Fontane vorgetragen von Annemete v. Vogel, Sabine Crone und Dr. Marianne Kopp. Wir freuen uns auf interessierte Tagungsgäste.

Änderungen vorbehalten, Teilnehmerbeitrag: 10,- Euro pro Person, verbindliche schriftliche Anmeldung bis Mittwoch, 12. März, an Annemete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail: Annemete.v.Vogel@gmx.de unter Angabe von Name, Adresse, E-Mail, Telefon. Bei Rückfragen: Telefon (05033) 2222. Sie erhalten keine Bestätigung. Überweisen Sie bitte den Tagungsbeitrag bis zum 12. März auf das Konto der Agnes-Miegel-Gesellschaft, IBAN: DE 50 2555 1480 0550 2293 71, BIC: NOLA-DE21SHG. Geben Sie dabei bitte unbedingt Ihren Namen und das Stichwort „AMG-Tagung 2025“ an.

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN
Schloßstr. 9
91792 Ellingen/Bay
Telefon 09141-8644-0
Telefax 09141-8644-14
info@kulturzentrum-ostpreussen.de
www.kulturzentrum-ostpreussen.de
www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG – SONNTAG
10-12 UND 13-16 UHR

KANT & KÖNIGSBERG
SAMSTAG 26.11.24 – FREITAG 31.1.25
VERLÄNGERT BIS SONNTAG 23.02.25

Die Braufrage der Bundesregierung für Kultur und Medien
Deutsches KULTURFORUM östliches Europa
Bayrisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

ANZEIGE

Traurig gebe ich den Tod meines geliebten Mannes, unseres Bruders, Schwagers, Onkels und Großonkels bekannt.

Hans-Günther Parplies

* 26. April 1933 in Marienburg/West-Ostpreußen
† 15. Januar 2025 in Bonn

Bis zu seiner letzten Stunde hat ihn der Schmerz über die verlorene Heimat und ihre reiche Kultur nicht verlassen.

**Brigitte Parplies, geb. Kummer
Holger Parplies
Barbara Parplies
Hilke Müller
mit Familien und allen Verwandten**

53175 Bonn, Gotenstraße 140
Die Beerdigung auf dem Friedhof in Bonn/Beuel-Niederholtorf hat bereits stattgefunden.

Als Trauerbekundung würden wir uns über eine Spende an die „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn“, DE88 3807 0059 0312 9913 00, unter dem Kennwort „Trauerfall Hans-Günther Parplies“ freuen.

KÖNIGSBERG

Geheimnisvolle Freimaurerlogen als Wohltäter

Die beiden Bruderschaften „Zum Totenkopf“ und „Zum Phoenix“ dienen trotz Anfeindungen bis heute der Gesellschaft

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Ursprünge der deutschen Freimaurer-Bewegung, deren Ziel die Verbesserung des einzelnen Menschen sowie der gesamten Gesellschaft war und noch heute ist, lagen in Preußen. Hier entstand 1737 eine anfangs namenlose Loge, der ab 1738 auch der spätere König Friedrich II. angehörte. Sechs Jahre später wurde in Königsberg die Loge „Zu den drei Ankern“ gegründet, die ab 1760 unter dem Namen „Zu den Drei Kronen“ firmierte.

Sie war nach dem hierarchischen System der Strikten Observanz organisiert, welches sich am mittelalterlichen Tempel-Orden orientierte und angeblich dessen streng gehütete Geheimnisse bewahrte, wobei diese nur den „Unbekannten Oberen“ bekannt sein durften. Die Strikte Observanz stieß allerdings auf Kritik aufklärerischer Kreise. Daraus resultierte in Königsberg die Gründung einer liberaleren Loge, genannt „Zum Totenkopf“. Diese konstituierte sich am 21. März 1772 unter der Leitung des Forstexperten und nachmaligen Kriegs-, Domänen- und Präsidialrates Friedrich Ernst Jester.

Armenpflege und Wohltätigkeit

Die neue Loge wurde kurz darauf als Tochterloge der Großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland anerkannt, welche gleichfalls gegen das System der Strikten Observanz opponierte und den Schwedischen Ritus bevorzugte, der zwar ebenfalls auf christlich-mythischem Gedankengut basierte, aber eben nicht den blinden Gehorsam gegenüber den „Oberen“ in den Mittelpunkt stellte, sondern die Erziehung zu einem innerlich freien Menschen. Zur Loge „Zum Totenkopf“ gehörten vorwiegend Beamte, Militärs, Unternehmer, Hochschullehrer, Ärzte, Theologen, Grundbesitzer und Künstler. Einige der bekanntesten Mitglieder waren der Generalleutnant Heinrich Christoph



Nach dem Krieg veranlassten die beiden Logenbrüder Rogoruský und Kecker die Wiederbegründung der Loge „Zum Totenkopf und Phoenix“ – heute residiert die Bruderschaft in Berlin-Dahlem

Bild: Wikimedia/Johannesloge

Karl Hermann Reichsgraf von Wylich und Lottum, welcher die 1. Infanterie-Division in Königsberg kommandierte, der Gerichtspräsident und spätere Kanzler des Königreichs Preußen, Carl von Wegnern, sowie der Königsberger Arzt Otto Hieber, Ehrenmitglied in rund 90 Logen weltweit.

Die Loge „Zum Totenkopf“ residierte zunächst in der Tragheimer Pulverstraße und dann auf dem Sackheim, bevor sie 1775 ein Haus am Schlossteich in Hintertragheim bezog. Zu diesem Zeitpunkt war die Zahl der Mitglieder auf rund 450 angewachsen, weswegen Jester vorschlug, eine Tochterloge zu gründen. Das geschah dann am 10. September 1775, wobei die Loge den Namen „Zum Phoenix“ erhielt.

Beide Logen widmeten sich in der Folgezeit unter anderem der Armenpflege und weiteren wohltätigen Unternehmungen. Außerdem unterstützten sie kulturelle Vorhaben aller Art. Dabei bestand stets eine gewisse Konkurrenz mit der Loge „Zu den Drei Kronen“.

Anfeindungen durch Verleumdung

Durch die Napoleonischen Kriege kam es zum deutlichen Mitgliederschwund der Loge in Königsberg, woraufhin man sich innerhalb der beiden Gemeinschaften „Zum Totenkopf“ und „Zum Phoenix“ letztendlich für eine Fusion entschied. Die neue „Vereinigte Johannesloge zum Totenkopf und Phoenix“ entstand am

10. September 1832 und umfasste im Jahr 1899 sodann 354 Mitglieder.

Während des Ersten Weltkrieges und der Jahre danach durchlebte die Loge schwere Zeiten. Zuerst diente ihr Haus als Lazarett, dann sorgten die Inflation und die Weltwirtschaftskrise für unzählige Probleme. Parallel dazu kam es zu Anfeindungen durch den ehemaligen Ersten Generalquartiermeister des Heeres, Erich Ludendorff, der neben den Juden auch die Kommunisten und Freimaurer für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg verantwortlich machte. Später beteiligten sich die SA und die SS am verleumderischen Kesseltreiben gegen die Freimaurer in Königsberg und anderswo.

Das für lange Zeit letzte Treffen der Loge „Zum Totenkopf und Phoenix“ fand Ende 1933 statt, bevor das preußische Innenministerium die Vereinigung am 14. Januar 1934 schließlich verbot. Damit einher gingen Durchsuchungen und hemmungslose Plünderungen des Logenhauses durch Gestapo und SS sowie die Beschlagnahme des am Ende noch verfügbaren Logeneigentums. Als der Logenmeister Julius Perry dagegen protestierte, wurde er kurzerhand inhaftiert.

Neubeginn im zerstörten Berlin

Das war allerdings nicht das Ende der alt ehrwürdigen Königsberger Loge. Denn die beiden Logenbrüder Rogoruský und Kecker veranlassten am 22. Mai 1947 eine Neugründung. Als Treffpunkt diente das halb zerstörte Ordenshaus der Großen Landesloge in der Eisenacher Straße in Berlin-Schöneberg. Man war zwar nicht vor Ort in Königsberg, aber immerhin wieder aktiv und präsent. Nur ein Jahr später zählte die besagte Loge bereits wieder 59 Logenbrüder, die sich trafen.

1965 bezog die Loge „Zum Totenkopf und Phoenix“ schließlich gemeinsam mit der Großen Landesloge ein neues Domizil in der Peter-Lenné-Straße in Berlin-Dahlem, in dem sie auch noch heute residiert.

Falsche Schlüsse gezogen

Letztmals erregte die Loge 2013 öffentliche Aufmerksamkeit, als das ZDF-Autorenduo Gisela Graichen und Alexander Hesse ein Begleitbuch zu seiner Fernsehserie über Geheimbünde veröffentlichte. Darin hieß es unter anderem, die Symbolik der legendären, 1832 gegründeten US-amerikanischen Studentenverbindung Skull & Bones, der nicht zuletzt auch drei spätere US-Präsidenten angehörten, könnte dem Emblem der ehemaligen Königsberger Freimaurerloge entlehnt sein. Das war aber eine Falschinformation, wie sie in öffentlich-rechtlichen Medien mittlerweile leider immer öfter vorkommt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Aus Schlesien hinaus in die ganze Welt

Edles Porzellan wurde in und um Breslau produziert und machte sich bis 2023 einen Namen von Weltruf

Sammeltassen oder Tischgedecke können Geschichten sowohl über die Schenker als auch die Hersteller erzählen. Diese Erfahrung machte die Breslauerin Elżbieta Kondratowicz-Duda. Sie fand im Haus ihrer Großeltern eine Porzellantasse der Marke „Sorau“ aus dem 19. Jahrhundert. Nach langer Recherche fand sie Informationen zu der Porzellanfabrik C.&E. Carstens im ostbrandenburgischen Sorau [Żary] nahe der Grenze zu Schlesien und entdeckte damit ihre Leidenschaft für schlesisches Porzellan, dessen Herz jedoch im Waldenburger Bergland schlug.

Hier waren die Bedingungen für die Porzellanproduktion besonders gut. Vorkommen an Steinkohle für den Brennvorang, die Anbindung an die Eisenbahn, Rohstoffe wie Kaolin, Quarzsand, Ton begünstigten das Entstehen von Manufakturen. Im „Handbuch Schlesisches Porzellan vor 1945“ schreibt Gerhard Schmidt-Stein: „Die Gewerbestatistik von 1882 kannte nur zwei Porzellanfabriken im Deutschen Reich mit übers 1000 Beschäftigten in den Hauptbetrieben: Karl Krister in Waldenburg [Walbrzych] und Carl Tielsch im benachbarten und längst eingemeindeten Altwasser [Stary Zdrój]. Mehr als 60 Prozent aller im Königreich

Preußen in der Porzellanherstellung und -veredelung Beschäftigten arbeiteten bis zum Ersten Weltkrieg in Schlesien. Über die Hälfte der Produkte wurde exportiert und durch viele Verkaufsniederlassungen im In- und Ausland vertrieben.“

Zu den namhaften Porzellanfabriken im Waldenburger Land gehören Krister, Tielsch, Ohme, Prause und Schachtel. Daneben gab es zahlreiche Porzellanmalereien mit der größten kontinentaleuropäischen Druckerei der Firma Wunderlich an der Spitze. Fachkräfte wurden in der 1897 gegründeten Keramischen Fachschule in Bunzlau ausgebildet und dem 1910 an der Technischen Hochschule entstandenen Institut für feuerfeste Materialien und Keramik in Breslau.

Auch einige bahnbrechende Errungenschaften in der Porzellanproduktion wurden in Schlesien entwickelt. Bei Krister wurden 1840 erstmalig die Brennöfen mit Steinkohle statt mit Holz befeuert, Ohme in Niedersalzbrunn [Szczażewko] hatte als erster 1888 den keramischen Buntdruck mit Schmelzfarben eingeführt. Die Firma A. Leisner hatte als erste das Einbrennen von Fotografien auf Porzellan angewendet und Tielsch führte 1906 Tunnelöfen ein, die den Brenn- und Abkühl-



Taxiert mitgebrachtes Porzellan aus den berühmten Manufakturen: Referent Tomasz Nochowicz (l.) hat den Museumsbesuchern viel zu erzählen

Bild: Wagner

lungsvorgang erheblich abkürzten. Die größten schlesischen Porzellanfabriken waren zugleich die größten Deutschlands und produzierten jährlich mehrere Millionen Geschirre, sodass schlesische Porzellanproduzenten die Welt eroberten.

Die große Zäsur bildete der Zweite Weltkrieg. „Noch 1945 ging es den führenden Porzellanfabriken im Waldenburger

Land gut, sie bekamen Großaufträge beispielsweise für Kantinengeschirr. Die Fabriken waren auch nicht sonderlich kriegsgeschädigt, da die Front in Striegau [Strzegom] stehenblieb“, sagt Tomasz Nochowicz. Er ist Leiter des Waldenburger Porzellanmuseums, das sich in der Villa Alberti in der ulica 1-go Maja 9 befindet. In einem Vortrag in Breslau berich-

tete er darüber, wie es nach Kriegsende mit der Porzellanproduktion in Schlesien weiterging. So wurde zum Beispiel in der Krister-Porzellan-Manufaktur Waldenburg, die seit 1936 ins Eigentum des Rosenthal-Konzerns überging, bereits am 11. Mai 1945 die Arbeit unter polnischer Verwaltung wieder aufgenommen. Hergestellt wurde noch unter der Bodenmarke Krister mit dem Zusatz „Made in Poland“.

Seit 1953 stellte die nun staatliche Fabrik unter der Marke „Krzysztof“ und später zeitweise unter „Wawel“ her. Die Waldenburger Porzellanfabrik Tielsch, die 1932 mit dem Unternehmen Hutschneuter fusionierte, produzierte nach dem Krieg bis 1952 unter dem Namen „Polska Fabryka Porcelany Tielsch“, danach unter der Marke „Walbrzych“.

Man bediente sich natürlich der deutschen Formen und Dekore. „Auf der Glasmesse 1947 in Gdingen [Gdynia] wurde beispielsweise ein Teller präsentiert, der die sogenannten wiedergewonnenen Gebiete zeigte, darauf eine Frau in niederschlesischer Tracht“, so Nochowicz.

Aber: Mit der Schließung der Fabrik „Krzysztof“ 2023 wurde die Porzellanproduktion in Waldenburg stillgelegt – eine Ära ging zu Ende. *Chris W. Wagner*

GESCHICHTE

Des Bürgermeisters Drei-Kirchen-Blick

Lambert Steinwich – Es war sein Verdienst, dass Stralsund im Westfälischen Frieden Teil Schwedens wurde

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Manch ein Spaziergänger im Park am Stralsunder Wulflam-Ufer reibt sich die Augen. Dort, wo einst ein Denkmal stand, ragt nur noch ein nackter steinerner Sockel aus der Erde. Aufklärung über das, was hier quasi im Busch liegt, verschafft ein Schild am Rande des Teichwanderwegs: „Bürgermeister / Lambert Steinwich / Zur Erinnerung An / Die Ruhmvolle Ver- / Teidigung Stralsunds / Gegen Wallenstein / Im Jahre / 1628“.

Der Dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 ist zwar lange her, aber das Gedächtnis an einen seiner berühmtesten Bürgermeister lebt in der vorpommerschen Hansestadt am Sund fort. Er war kein Landeskind, sondern wurde 1571 in Düsseldorf geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Köln und Siena sowie der Promotion zum Dr. jur. in Basel zog es ihn in den Norden.

Nachdem er 1601 für kurze Zeit als freiberuflicher Anwalt in Anklam tätig war, wechselte er nach Stralsund, denn die Stadt brauchte einen zweiten Syndikus. Als Subsyndikus startete er hier seine Karriere. Schon 1606 wurde er zum ersten Stadtjuristen berufen. Sechs Jahre später feuerte ihn jedoch sein Dienstherr, Herzog Philipp-Julius von Pommern-Wolgast. Steinwichs harscher Vorwurf an die Durchlaucht war für selbigen denn auch zu starker Tobak: Landfriedensbruch.

Bereits 1616 durfte er, nach einem anwaltlichen Zwischenspiel, in die Sundstadt zurückkehren und wieder in der alten Stellung arbeiten. Sein Ansehen strahlte bald jedoch weit über die Stadtmauern hinaus ins Land, sodass ihn sogar die Stadt Lübeck als Generalsyndikus der Hanse anwarb. Aber sein Stralsund wollte er partout nicht verlassen, und so wurde er zum Landrat im Ausschuss der Landstände und zum Bürgermeister befördert.

1628 belagerte Albrecht von Wallenstein, Oberbefehlshaber der Kaiserlichen Truppen, die Stadt im Kampf gegen die



So soll es bald wieder sein: Bürgermeister Lambert Steinwich blickt auf „seine“ Stadt mit den Türmen (von links) Sankt Marien, Sankt Nikolai und Sankt Jakobi

Protestantische Union. Steinwich erwies sich bei der Gelegenheit als hervorragender Diplomat.

So verhandelte der Bürgermeister geschickt mit dem katholischen Feldherrn sowie gleichzeitig mit den Schweden und Dänen, die Stralsund helfen sollten. Da nützte es auch dem gefürchteten Generallissimus nichts, dass er seinen berühmten Spruch verkündete: „Stralsund muss herunter, und wenn es mit Ketten an den Himmel gefesselt wäre!“ Es gelang Wallenstein nicht, denn die nordischen Nachbarn halfen der Hansestadt.

Infolge des daraufhin geschlossenen Allianzvertrages mit dem Königreich Schweden zog man über der Stadt die gelb-blaue Fahne auf. 1648 wurde sie aufgrund des Westfälischen Friedens endgültig ein Teil von Schweden – letztlich Verdienst von Steinwich – und blieb dieses auch bis zum Jahr 1815. Zu DDR-Zeiten seufzte man gern: „Wäre das doch auch noch heute so!“

Zwischen Schweden und DDR

Die Schwedenzeit gereichte der Stadt zum Wohl, denn so wurde sie geschützt und vor Zerstörung bewahrt. 1629 raffte

die Pest den rührigen Stadtchef hinweg. In der Nikolaikirche wird sein Leben auf einem Epitaph in lateinischer Sprache umfangreich gewürdigt.

Erst viel später sollte dem Retter Stralsunds auch ein öffentliches Denkmal gewidmet werden. Ausgewählt wurde dazu ein sinnträchtiger Platz vor dem einst belagerten Knieper Tor. Der Bildhauer Wilhelm Jacobi bekam von der Bürgerschaft den Auftrag, ein Denkmal zu schaffen. Die ursprünglich vorgesehene exponierte Stelle verwarfen die Stadtverordneten jedoch und entschieden sich für den Alten Markt an der Ecke zur Semlower Straße.

Am 25. Juli 1904 wurde der in Bronze gegossene Bürgermeister feierlich aufgestellt. Bis 1937 war er quasi ein Symbol für die Stadt: unerschütterlich und verteidigungsbereit gegen Widersacher.

Die neuen Machthaber seit 1933 sahen das jedoch anders, weil sie andere Interessen hatten. Sie brauchten den Marktplatz für Aufmärsche ihrer Parteitruppen. Offiziell wurde zur Begründung gesagt, dass das der architektonischen Tradition des Platzes widerspreche. Also musste Steinwich am 22. Juni 1937 weichen und

umziehen. Neuer Standort wurde am 19. Mai 1938 der Park am Wulflam-Ufer im „Bürgermeisterviertel“.

In diesem entstanden fast zur gleichen Zeit backsteinerne Wohnblocks für Marineangehörige, die zur nahegelegenen Garnison Frankenkaserne und Dänholm gehörten. Von hier aus konnte Steinwich fortan über den idyllischen Frankenteich auf die von der Marienkirche überragte Stadt blicken. Daran änderten auch nichts die DDR-Herrscher, denn auch die brauchten Aufmarschraum im Zentrum. Später auch mit zunehmender Motorisierung Parkplätze.

Idee gestorben

Nach der Wende gab es verschiedentlich Initiativen, den berühmten Stadtoberen wieder aus dem Busch zu holen und ihn auf den Alten Markt an seinen angestammten Platz zu setzen. Die Befürworter und Gegner beharkten sich damals öffentlich in der Presse und in der Bürgerschaft. Es gab sogar Sponsoren, die das samt einer Denkmalrestaurierung und aller Kosten übernehmen wollten.

Es nützte alles nichts. Denn mittlerweile wurden vom Stadtbauamt Tatsachen geschaffen: nämlich ein – zur Freude der Kinder – im Sommer bodengleicher Springbrunnen im Kopfsteinpflaster. Damit war die Idee gestorben. Aber auch die Deutsche Marine zelebriert hier wie ihre Vorgängerinnen in der ältesten deutschen Marinestadt (heute mit Standort der größten Marineschule, MTS, in Parow am Nordrand Stralsunds) von Zeit zu Zeit Vereidigungen von Rekruten.

Am 15. Oktober 2024 erteilte Steinwich erneut das Schicksal – doch jetzt im positiven Sinne: Er wurde von seinem bereits 2022 erneuerten Sockel abmontiert und in die Hände eines Restaurators gegeben. Schon vor Weihnachten sollte die für 23.500 Euro aufgefrischte Skulptur an ihren Park-Platz zurückgekehrt sein. Doch ihr Sockel bleibt auch noch im Januar 2025 verwaist. Doch bald wird er wieder über „seine“ Stadt schauen können.

● MELDUNGEN

Flughafen, Persante und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Nachdem im Wärmekraftwerk Pomerensdorf technische Einheiten erneuert wurden, schreckten Einwohner vergangene Woche nicht nur im Stadtteil, sondern auch in Altdamm und Podejuch aus dem Schlaf. Ein Ohrenzeuge verglich den Lärm mit startenden Flugzeugen. TS

Greifswald – Zirka 200 Demonstranten zogen am 30. Januar über den Markt zum Büro des CDU-Kreisverbandes und zum AfD-Wahlkreisbüro von Nikolaus Kramer. Auf Plakaten stand: „Gegen Merz und Faschist*innen“. Auslöser war der CDU-Antrag zur Migration im Bundestag. TS

Swinemünde – Absprachen mit der Gemeinde Heringsdorf ermöglichen Swinemünder Schülern bis zum 16. Februar gegen Vorlage des Schüler-Ausweises die kostenfreie Nutzung der Eisarena in der benachbarten Gemeinde. Der Vorzug wird durch die Stadt Swinemünde bezahlt. TS

Pasewalk – Am 30. Januar kam es zu einem folgenschweren Wasserrohrbruch in der Stettiner Straße. Gegen 12 Uhr wurde eine Überschwemmung ausgelöst, die zu provisorischen Absperrungen zwang. Erst 2024 kam es zu einem Rohrbruch unter der Bundesstraße B 104. TS

Gollnow – Der Flughafen in Gollnow will für Reisende aus Vor- & Hinterpommern noch attraktiver werden. Neben Reisezielen wie England und Irland sowie Bulgarien und Türkei werden seit dem 4. Quartal 2024 wöchentlich drei Flüge nach Norwegen angeboten. TS

Anklam – Der Bau einer Rettungswache in Murchin – zwischen Anklam und der Insel Usedom – soll noch dieses Jahr für etwa 1,5 Millionen Euro erfolgen. Eine weitere Rettungswache ist in Albinshof – zwischen Anklam und Klempenow – geplant. Ziel ist die Anfahrtsverkürzung im Notfall. TS

Kolberg – Die Wasserstraße der Persante soll vertieft und verbreitert sowie der Kolberger Hafen entwickelt werden. Kostenschätzungen belaufen sich auf etwa 47,6 Millionen Euro. Der Hafen von Kolberg ist auch zur militärischen Nutzung von Bedeutung. TS

Greifswald – Der Dom St. Nikolai verzeichnete im vergangenen Jahr einen regen Zuspruch. Mit 100.000 Gästen verdoppelte sich das Interesse an der Kirche im Vergleich zu 2023. Die Turmbesteigung ermöglicht einen wunderbaren Blick auf die Stadt. TS

Stettin – Brygida Helbig wird Stadtschreiberin in Stettin. Die Schriftstellerin berichtet ab Juni aus der Odermetropole. Eine vom Deutschen Kulturforum östliches Europa berufene internationale Jury wählte die aus Stettin stammende Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin als Stadtschreiberin. BS

Vor 80 Jahren 1945, Stargard Der in den 1930er Jahren begonnene „Pommernwall“, ausgebaut zwischen Juli 1944 und Januar 1945, war nicht zur Abwehr der Roten Armee geeignet. Am östlichen Teil der Pommernstellung gelangen der Roten Armee Anfang Februar 1945 mehrere Durchbrüche. TS

AUSSTELLUNG

Spiegel Pommerns

Bogislaw X. und seine Zeit im Schloss Stettin

In der Gotischen Galerie im Schloss der Pommerschen Herzöge in Stettin erwartet den Besucher eine faszinierende neue Ausstellung: „Ethica Pomeranica oder der Spiegel Pommerns“. Das Leben und Wirken von Bogislaw X., Herzog von Pommern (*1454 in Rügenwalde †1523 in Stettin) aus dem Greifenhaus und seine Zeit

wird anhand von Artefakten und Dokumenten, die erstmalig aus internationalen und polnischen Sammlungen stammend an diesem Ort vereinigt sind, präsentiert.

Die Ausstellung ist noch bis zum 25. Mai zu besuchen. B. Stramm

● www.zamek.szczecin.pl/de



Erstmalig in einer Ausstellung vereint: Seltene Artefakte und Dokumente

REISEANGEBOT

Heimat genießen

Leba – Sommer im Blauen Ländchen

Der Bund der Lebaer lädt zur 18. Heimatreise vom 21. bis 30. Juni: In zehn entspannten Tagen reisen wir durch die bewegte Geschichte unserer Heimat. Der Seele Hinterpommern spüren wir in aller Ruhe nach und erkunden einzigartige Landschaften. Wir entdecken die kleinen Städte der Nachbarkreise im Detail und die Dörfer unserer Heimat im Ganzen, fahren über verwunschene Straßen, verweilen an Seen und bestaunen herrliche sakrale Bauten in dieser ziegelsteinreichen Welt. Immer bleibt genug Zeit zum Schauen, Genießen, Verschnaufen und für die ganz persönlichen Erkundigungen.

Reisebeschreibung:

Wir wohnen im Dreisternehotel Wodnik in Leba. 1. Tag: „Richtung Hinterpommern“, Anreise in den Raum Berlin, Check-in und erstes Abendessen. 2. Tag: Weiter geht es durch Hinterpommern nach Leba, „Willkommen in Leba“, Zimmerbezug, Begrüßung und Abendessen.

3. bis 8. Tag Ganztagesausflüge „in Stadt und Gemeinde Leba; „durch das blaue Ländchen nach Lauenburg“; „zu den Nachbarn nach Stolp und Umgebung“; „auf idyllischen Wegen nach West-



preußen“. Halbtagesausflug „in die Lontzke Düne zur polnischen Sahara“. Ein Tag zur freien Verfügung

9. Tag: „Auf Wiedersehen Leba“, Abreise aus Leba, am frühen Abend erreichen wir das Zwischenübernachtungshotel. 10. Tag: Wunderschöne Tage gehen zu Ende. Am Abend Ankunft an den Ausgangsorten.

● **Anmeldung und Information:**

Bund der Lebaer e.V., Claudia Fredrich, Mail: Claudia.Fredrich@BdL-Leba.de

„Das Volk ist nicht zu unterschätzen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Herzlichen Dank für die interessanten Artikel zum politischen Geschehen im In- und Ausland. Ganz besonders die Seite 3 ist fesselnd und klärend zu lesen“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Der grünen Blase geht die Luft aus (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 4

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE BLEIERNE ZEIT

ZU: MIT TRUMPS ZWEITER AMTSZEIT BRICHT EINE NEUE ÄRA AN (NR. 4)

Es weht der Wind des Wechsels und des Aufbruchs. Diese Windrichtung ist in Deutschland seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr wahrnehmbar. Eine bleierne Zeit mit ängstlichen und verunsicherten Menschen beherrscht das Land – wo doch gerade von der jungen Generation genau das Gegenteil erwartet werden müsste, um den Wohlstand zu sichern. Gewollt ist das vom politisch-medialen Komplex der herrschenden Parteien. Lässt sich doch ein Volk ohne Selbstbewusstsein und Besinnung auf die eigenen Stärken leichter regieren und lenken, frei nach dem Motto: Wovor muss ich heute wieder Angst haben?

Das Grundgesetz und die staatlichen Institutionen sollten ausreichen, um den Staat gegen Extreme von links und rechts zu schützen. Bedenklich ist nur die ständige Befassung der Gerichte mit dem Anspruch von Selbstverständlichem in Bezug auf die Grundrechte. Es ist nötig, um den vermehrt übergreifenden Staat in die Schranken zu weisen. Bewusstes und politisch ausgerichtetes Missverständnis oder aufgrund fehlender Bildung Unkenntnis dürften die Ursachen für die Angriffe auf die wesentlichen Grundrechte des Artikels 5 des Grundgesetzes sein. Aber nur Mut: Das Volk ist nicht zu unterschätzen. Vertrauen wir ihm einfach. Auch und besonders bei der Wahl nach freiem Gewissen.

Peter Warnke, Greifswald

FRÜHER TRUG JEDER LEINEN

ZU: „GREEN DEAL“ BEDROHT BAUMWOLLIMPORT (NR. 4)

Schon lange, bevor die Baumwolle sich in Europa durchsetzte, gab es ein alternatives Kleidungsstück. Als historisch Interessierte, Trägerin unserer lokalen nassauischen Tracht und Engagierte im Renactment kann ich nur sagen: Leinen war lange vor der Baumwolle in Europa

verbreitet und viel billiger. Als die ersten Baumwollimporte im 18. Jahrhundert aufkamen, war der Kattun genannte Stoff extrem teuer und wurde auch in Aussteuerlisten extra vermerkt. Leinen dagegen trug jeder.

Noch vor 50 Jahren war die Gegend um Fulda bekannt für ihren Flachsbanbau. Das Problem mit dem „Green Deal“, der alles ist, nur nicht umweltfreundlich, könnte man ganz einfach lösen, indem man wieder auf Wolle und Leinen aus heimischer Produktion setzt. Und ganz nebenbei würde man die deutsche Wirtschaft damit stärken.

Alexandra Maria Hoffmann, Idstein

BREMEN ALS VORBILD?

ZU: „BRAIN ROT“ – DIE DIGITALE VERBLÖDUNG DER KINDER (NR. 4)

Bei einem unter Schülern der verschiedenen Bundesländer gezogenen Vergleich stand, wie schon seit Jahren, der Freistaat Sachsen an der Spitze. An letzter Stelle dieser Auflistung wurde das Bundesland Bremen genannt. Als es jedoch um das Thema „Digitalisierung der Schule“ ging, war das Ergebnis genau umgekehrt. Bremen auf Platz 1, das Land Sachsen an letzter Stelle.

Leider war es dem Autor scheinbar nicht möglich, hier einen möglichen Zusammenhang zwischen zunehmender Digitalisierung und sinkenden Lernkompetenzen zu erkennen, denn im Weiteren wurde doch tatsächlich ein dringender Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung an sächsischen Schulen erkannt. Ziel und Vorbild sei Bremen!

An dieser Stelle sei zudem auf das Buch „Digitale Demenz“ des Neurowissenschaftlers und Psychiaters Manfred Spitzer verwiesen. Darin berichtet er über einen Versuch an der US-Militärakademie in Westpoint, wo drei Klassen einer Jahrgangsstufe in unterschiedlicher Art und Weise mit digitalen Endgeräten ausgestattet wurden, eine Klasse jedoch nach herkömmlichen Lernmethoden unterrichtet wurde. Das Ergebnis war, dass die

Absolventen ohne digitales Lernen um circa 20 Prozent besser abschnitten gegenüber den beiden anderen Klassen. Spitzer verweist noch auf mehrere andere Studien, welche alle zu ähnlichen Ergebnissen führten. Da drängt sich der Verdacht auf, dass die zunehmende Verblödung großer Bevölkerungsschichten gewollt ist.

Ich sehe hier neben der Politik aber auch eine Mitschuld bei den Eltern. Denn diese leben es ihren Kindern ja schon vor. Das ist auch der Grund, weshalb ich hier für die Zukunft eher skeptisch bin. Mittlerweile ist schon die zweite „Generation Handy“ herangewachsen. Diese jungen Menschen können sich ein Leben ohne digitales Endgerät überhaupt nicht vorstellen. Im Gegenteil, sie sind oft schon mit den einfachsten Dingen des Alltags überfordert. Selbst die Autos von heute sind als fahrende Computer komplett vernetzt (und überwachbar), angeblich zu unserem Schutz oder weil der Kunde dies so will. Aber je mehr die Technik uns entlastet, desto weniger wird auch unser Gehirn trainiert. Dessen sollte man sich immer bewusst sein.

Marco Schau, Dresden

EIN MACHER MACHTS

ZU: WENN DIE WELT NICHT MEHR GENUG IST (NR. 3)

US-Tech-Unternehmer und Milliardär Elon Musk wird in diesem Artikel als Machtmensch beschrieben. Musk ist eher ein Mensch, der sich an dem Machbaren orientiert und Erfolg haben möchte. Die Persönlichkeit von Musk wird in Europa und insbesondere in Deutschland meines Erachtens verzerrt dargestellt. Musk ist ein hochintelligenter Mensch, der Visionen hat und die Begabung und die Möglichkeiten besitzt, seine Visionen Realität werden zu lassen. Man muss seine Visionen nicht unbedingt teilen, aber es ist wirklich erstaunlich, mit welcher Zähigkeit und Ausdauer er daran arbeitet.

Zum anderen hat er die Plattform X jetzt so eingerichtet, dass dort unzensuriert die eigene Meinung kundgetan werden

kann. Er bezeichnet eine solche Möglichkeit als einen Eckpfeiler der Demokratie. Haben wir diese Möglichkeit in dem Hier und Heute unserer Medien noch? Überall wird eine Zensur gefordert und Meldestellen eingerichtet, bei denen unliebsame Meinungen angezeigt werden können. Freie Meinungsäußerung? Wer kontrolliert viele Medien, wer ist größter einzelner Nettozahler der WHO? Da geht es wohl eher um Macht und Kontrolle.

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

WAS IST VÖLKERMORD?

ZUM LESERBRIEF: VERLEUGNETE GESCHICHTE (NR. 3)

Mit vollem Recht stuft der Leserbriefautor in seiner Zuschrift die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als Genozid, als Völkermord ein. Denn nach der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948, als deren „Vater“ der polnisch-jüdische Jurist Raphael Lemkin gilt, ist Völkermord bereits dann gegeben, wenn eine Gruppe als solche ganz oder teilweise in ihrer sozialen Geschlossenheit und Identität zerstört wird. Dies trifft zweifelsohne zu auf die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus südosteuropäischen Ländern und dem Sudetenland, wobei etwa zwei Millionen Vertreibungstote zu beklagen waren.

Die deutsche Politik hat allerdings gegenüber den Vertreiberstaaten nie im Sinne ihrer vertriebenen Landsleute mit dem „scharfen Schwert“ Völkermord argumentiert. Im Gegenteil, als die Sudetendeutschen ihren 57. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg 2006 unter das Motto „Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf Heimat gehört die Zukunft“ stellten, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, weil durch diese angeblich aggressive Formulierung der Versöhnungsprozess zwischen Tschechen und (Sudeten-)Deutschen gestört werden könnte.

So als ob nur durch das Totschweigen von Verbrechen Versöhnung herbeizuführen wäre.

Dr. Walter Kreul, Germering

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

TRADITIONSSTÄTTE

Ein Zacken bricht aus der „Krone“

Wo Kaiser Wilhelm I., Wilhelm II., Kanzler Otto von Bismarck und „Sisi“ zu Gast waren: das Hotel „Zur Krone“ in Assmannshausen

VON BETTINA MÜLLER

Es ist ein trauriger Anblick. Vom Glanz des weltberühmten Hotels „Zur Krone“ im hessischen Assmannshausen ist nichts mehr zu merken. Schaut man im Erdgeschoss durch das Fenster, so sieht man unter anderem ein staubiges Klavier. Silbernes Besteck harrt köstlicher Gourmetmahlzeiten. Draußen ist unübersehbar, dass die Natur anfängt, Besitz von dem Hotel und Restaurant zu ergreifen, in dem Prominenz aus aller Welt ein- und ausging. Seit zwei Jahren steht der Gebäudekomplex nun leer. Verstöße gegen den Denkmalschutz, aber auch gegen Brandschutzauflagen haben dafür gesorgt, dass der Rhein-Taunus-Kreis das Hotel schließen musste. Es soll immer noch im Besitz einer saudi-arabischen Eigentümergruppe sein.

Dabei liegen die Ursprünge des Traditionshotels sehr lange zurück: 1541 wurde dort eine Treidelstation eröffnet, in der die Treidelknechte beherbergt und beköstigt wurden, deren Pferde die Schiffe rheinaufwärts zogen. Die Besitzer wechselten in der Folge mehrmals. Die Pest und der Dreißigjährige Krieg taten ihr Übriges, die Gegend verarmte. Als schließlich 1789 die Französische Revolution ausbrach, häuften sich im Rheingau die Belagerungen durch französische Soldaten. Da war Assmannshausen nur noch ein verarmtes und unbedeutendes Dorf.

Den Wendepunkt brachte das 19. Jahrhundert. 1808 gab Nicolaus Strieth die Treidelrechte auf und aus dem Haus wurde das „Kronehaus“. Als die ersten Dampfschiffe auf dem Rhein fuhren und am 1. Mai 1827 die Preußisch-Rheinische Dampfschiffahrtsgesellschaft ihren Betrieb aufnahm, wurde das Haus zu einem beliebten und viel besuchten Ausflugsziel.

1844 wurde das Hotel schließlich auch zu einem politischen Ort, als der Dichter Ferdinand Freiligrath in der „Krone“ seinen politisch gefärbten Gedichtband „Ein Glaubensbekenntnis“ verfasste. Und das barg für den Autor des Vormärz, der sowieso schon durch seine Forderung nach Pressefreiheit und der Abschaffung der



Von wilder Natur erobert: Das pseudoromantische Gebäck des Hotels „Zur Krone“ mit der Freiligrath-Büste

Bild: Müller

Adelsherrschaft auffällig geworden war, die Gefahr der beruflichen Vernichtung durch die Zensur. Schon im Vorwort gab sich Freiligrath kämpferisch: „Kein Leben mehr für mich ohne Freiheit!“ Das Befürchtete trat tatsächlich ein: Freiligrath sah sich von der Polizei verfolgt und floh ins Exil, kehrte aber im Revolutionsjahr 1848 nach Deutschland zurück, wo man ihn 1851 in Düsseldorf wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ verhaftete.

Die Wiener „Gräfin von Hohenems“

Als 1870/71 der Deutsch-Französische Krieg wütete, war Erwin Brück der Besitzer der „Krone“, der auch das dazugehörige Weingut betrieb, das seinen hohen Ertrag dem erstklassigen Spätburgunder des Höllenberges in Assmannshausen verdankte. Als Kaiser Wilhelm I. höchstper-

sönlich die „Krone“ unter anderem anlässlich der Einweihung des Niederwalddenkmals am 28. September 1883 besuchte, war der vorläufige Aufschwung nicht mehr aufzuhalten.

Anfang der 1890er Jahre ging die „Krone“ mitsamt Weingut, Inventar und Name in den Besitz der Familie Hufnagel über. Durch Zukauf weiterer Häuser sowie einen Neubau machte Joseph Hufnagel, der vor allem ein internationales Renommee anstrebte, aus der „Krone“ ein imposantes Objekt.

Ganz dem Zeitgeist einer Vision vom „Romantischen Rhein“ entsprechend, wurden an mehreren Stellen verspielte Erker und Ecktürmchen angebracht, Fachwerk aufgeblendet, die Fassade umgestaltet. Aus dem einstigen kleinen bescheidenen Wirts- und Gasthaus war ein

pseudoromantisches Hotel geworden, das Anfang Mai 1894 eröffnet wurde.

Und schon am 4. Mai desselben Jahres bestellte ein Baron Schönerer im Auftrag einer gewissen „Gräfin von Hohenems“ zehn Zimmer für eine Nacht. Groß war das Erstaunen, als sich herausstellte, dass es sich bei der Gräfin um keine Geringere als Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit Elisabeth von Österreich – Sisi – handelte, die, so bemerkte es der Hotelarzt, „Zeichen von Unter- und Mangelernährung“ aufwies.

Viele Namen berühmter Gäste sind historisch verbürgt: Dichter und Musiker wie Ernst Moritz Arndt, Clemens von Brentano, Achim von Arnim, Fürst Pückler-Muskau, Clara und Robert Schumann, Hoffmann von Fallersleben – sie alle ließen sich in der „Krone“ im Laufe

der Zeit fürstlich bewirten. Sicherlich wurde auch der Jahrhundertwechsel in der „Krone“ weinselig begrüßt und die Spitzen des Bürgertums von der geschäftstüchtigen Familie Hufnagel unter der maßgeblichen Leitung von Joseph Hufnagel umsorgt, der Ende 1914 an Herzlähmung verstarb.

„Lieblos, ideenlos, farblos“

Hufnagel war tot, und auch der Erste Weltkrieg konnte dem Haus nichts anhaben. Ein kurzes der Weltwirtschaftskrise geschuldetes Tief am Anfang der 1930er Jahre mündete schließlich wieder in einen Aufschwung für die „Krone“, die als eines der ersten Hotels in Deutschland sogar ein hauseigenes Schwimmbaden besaß. Aus ganz Deutschland strömten auch nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang Menschen an den Rhein, um die viel beschworene Rheinromantik zu suchen und vielleicht zu finden.

Noch im Jahr 2006, als das Haus zu der Gruppe „Privathotels Dr. Lohbeck“ gehörte, war es ein Fünfsternehotel. Offenbar bröckelte der Status und erste Verfallserscheinungen zeigten sich, was man heute anhand von Bewertungen in Online-Portalen nachvollziehen kann: „Essen lieblos, ideenlos, farblos. Vor 10 Jahren sehr gute Adresse. Heute definitiv nicht mehr zu empfehlen“, hieß es da zum Beispiel im Jahr 2013.

Sicherlich war man ambitioniert gewesen, die legendäre „Krone“ auch weiterhin zu den ersten Adressen Deutschlands gehören zu lassen. Doch offenbar ließen ein schlechtes Management gepaart mit den Widrigkeiten dieses überdimensionalen Objekts das Projekt scheitern, vor allem, weil das Hotel zu diesem Zeitpunkt wohl schon marode war und die Kosten für eine Sanierung ein Fass ohne Boden gewesen wären.

Das legendäre Hotel wird – wenn diesem Prozess niemand etwas entgegensetzt – bald ein „Lost Place“ sein. Solange die Büste des Freiheitsdichters Ferdinand Freiligrath, der dort dichterisch den Aufstand probte, den Vorbeigehenden grüßt, besteht Hoffnung. Noch erstrahlt sie in hellem Weiß.

KÜSTENROMANTIK

Der „Kleine Preuße“ von Wremen

Ein Leuchtturm an der östlichen Wesermündung ist vor 20 Jahren als Replik – und als Standesamt – wiederauferstanden

Zehn Meter hoch, 2,80 Meter breit und neun Tonnen schwer, das sind die Maße des „Kleinen Preußen“. Man ahnt schon, dass es sich dabei kaum um ein Lebewesen handeln kann. Es geht um einen Leuchtturm. Den Namen verdankt er seinem schwarz-weißen Anstrich in den preußischen Landesfarben.

Unter Bismarck kam das einstige Königreich Hannover 1866 zu Preußen, nach dem Krieg 1870/71 wurde das Deutsche Kaiserreich gegründet. So verlor das Land Wursten zwischen Bremerhaven und Cuxhaven seinen Status als Verwaltungsbezirk und wurde in den preußischen Kreis Lehe eingegliedert.

Als kleinster Leuchtturm an der deutschen Nordseeküste wies der „Kleine Preuße“ vor dem Ort Wremen ab 1906 als Quermarkenfeuer den Schiffen den Weg durch die Wesermündung. 1930 war seine aktive Zeit vorbei. Nur sein Oberteil überlebte als Spitze des 26,15 Meter hohen Oberfeuers Imsum, das nun gemeinsam mit dem Unterfeuer Imsum den Schiffen

den Weg wies. Als 1967 auch das Oberfeuer Imsum abgebaut wurde, verschwand der letzte Rest des „Kleinen Preußen“.

Vergessen hat man ihn jedoch nie. Nach 75 Jahren Abwesenheit nahm er vor

genau 20 Jahren als Rekonstruktion nach den Originalplänen am 14. April 2005 wieder seinen Platz an der Wremer Wesermündung ein. Die Replik steht heute allerdings nicht wie ihr Vorgänger auf dem

damals niedrigeren Deich, sondern rund 150 Meter vor dem Deich direkt am Ufer des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer, unmittelbar an der Ausfahrt des Kutter- und Sportboothafens.

Auf seiner Besuchergalerie in 8,50 Meter Höhe geben Schilder Auskunft über die Umgebung. Der Containerterminal Bremerhaven liegt in Sichtweite nur drei Seemeilen entfernt, der Jade-Weser-Port schon 15 und Helgoland 38 Seemeilen.

Interessanter könnte es für manche jedoch sein, dass man hier heiraten kann. Vorausgesetzt man ist schlank und gibt sich das Ja-Wort ohne Entourage. Denn ein kleineres Standesamt dürfte kaum zu finden sein. Dafür liefert der „Kleine Preuße“ zusammen mit den Krabbenkuttern ein Bild reinsten Küstenromantik.

Vom Deich zum Dorf führt die Strandstraße, wo gegenüber St. Willehadi, der ältesten Kirche im Land Wursten, eine weitere Attraktion wartet: Im Traditionsrestaurant „Zur Börse“ kann man das Wattenmeer in delikaten Röhrkohl-Ge-

richten regelrecht schmecken. Eine Einmaligkeit in Deutschland. Denn das geschützte grasähnliche Dreizackgewächs aus den Salzwiesen dürfen nur die Einheimischen im Mai und Juni stechen. Und bis heute ist die Familie Wolters die einzige, bei der das Gemüse auch auf der Speisekarte steht.

Der Röhrkohl-Kartoffelreibekuchen gehört in Wremen zur Hausmannskost. Schaumsuppe, Kabeljaufilet, Tafelspitz oder Schokoladen-Parfait mit Röhrkohl-Variationen und anderen Köstlichkeiten dürften jedoch kaum in der heimischen Küche entstehen. Unter der Prämisse, frische regionale und saisonale Produkte zu verarbeiten, wechselt die erlesene Speisekarte spätestens alle sechs Wochen. Auch die saisonalen Röhrkohlgerichte werden immer hier wieder neu kreiert.

Helga Schmechagen



Bei „Schietwetter“ empfängt er keine Besucher: Der „Kleine Preuße“

● In der Wintersaison geöffnet: Sonnabend und Sonntag von 13 bis 15 Uhr, Eintritt frei. www.kleiner-preusse.de

● FÜR SIE GELESEN

Vormund- und Feindschaften

Wolfgang Bittner, 1941 in Gleiwitz geboren und 1945 mit seiner Mutter von dort nach Westen vertrieben, weiß aus einem langen Autorenleben, wovon er schreibt, wenn er die akuten Kriegsgefahren thematisiert. Sein neues Buch „Niemand soll hungern, ohne zu frieren“ ist unbedingt lesenswert – auch und gerade für diejenigen, die im Einzelnen seine scharfe Kritik an der NATO, der Ukraine oder der israelischen Regierung nicht teilen.

Wenn die Massenvernichtungswaffen zum Einsatz kommen, fragen sie nicht nach den privaten Überzeugungen der Opfer. In einer kurzen geschichtlichen Einführung weist Bittner darauf hin, dass England, die USA und Frankreich schon Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg eine Politik der Einkreisung und Ausschaltung Deutschlands, dieses aufsteigenden Konkurrenten, betrieben. Diese drei Mächte, welche die Hauptschuld an der 1914er Katastrophe trugen, fabrizierten in Versailles das Märchen deutscher Alleinschuld.

Wer fühlt sich nicht erinnert an das heutige eindimensionale und ahistorische Narrativ der NATO, die jede Mitverantwortung für den russisch-ukrainischen Krieg abstreitet? Wer wollte dem Autor widersprechen, wenn er betont, wie sehr viele Deutsche durch das Trommelfeuer der „Qualitätsmedien“ verwirrt wurden und nun blind in den Chor der Kriegsbereiten einstimmen, ja Putin als neuen Hitler verdammen. Bittner stellt das in den Kontext eines aktiven Demokratieabbaus in Deutschland und der Verfolgung jeder Opposition.

Die Welt und die Menschen werden laut Bittner in Gut und Böse geteilt und die Bösen zum Abschuss freigegeben: „Wir befinden uns auf einer abschüssigen Bahn in faschistoide Verhältnisse.“ Zugleich wachsen Militäretats und die Profite der Rüstungsindustrie exzessiv. Als Speerspitze der USA gegen Russland ist die Mittelmacht Deutschland existentiell bedroht, zumal sie zunehmend ökonomisch zurückbleibt und in Konflikte mit den BRICS-Mächten gerät.

Dankenswerterweise dokumentiert der Schlussteil die fatale Münchner Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz am 17. Februar 2022, einen Aufruf der Staatsduma vom 14. März 2024 und das Interview von Tyler Carlson mit Putin vom 9. Februar 2024. Das Buch schließt mit dem Appell: „Was in dieser Lage noch bleibt, ist Widerstand.“

Rolf Stolz

Wolfgang Bittner: „Niemand soll hungern, ohne zu frieren. So wie es ist, kann und wird es nicht bleiben“, zeitgeist Verlag, Hör-Grenzhäuser 2024, Taschenbuch, 269 Seiten, 19,90 Euro

● **Aktualisierung** Rudolf Naujoks Buch „Brücke am Kanal“ (siehe PAZ vom 31. Januar, Seite 22) ist bereits in 2. korrigierter Auflage erschienen. Die Erstauflage ist vergriffen. Bezug: Herwarth Naujok, Bad Camberg 2024, Paperback, 256 Seiten, 18 Euro



Diagnose Demenz

Was man tun kann, wenn der Arzt einem Patienten die niederschmetternde Wahrheit sagt, erklärt Professor Klaus Fließbach in seinem Ratgeber „Demenz. Nicht jetzt!“

BILD: MAURITUS IMAGES/STOCKBROKER RF



Schock und Verzweiflung löst die Diagnose „Demenz“ bei Betroffenen und ihren Familien aus, bedeutet es doch in den meisten Fällen, den geliebten Angehörigen allmählich an die Krankheit zu verlieren.

Dass es Möglichkeiten gibt, dennoch ein langes, selbstbestimmtes Leben zu führen, zeigt der Neurologe und Psychiater Klaus Fließbach. Mit der Redakteurin Katrin Wolf weist er Wege zur Therapie und Hilfsangeboten. **MRK**

Klaus Fließbach/Katrin Wolf: „Demenz. Nicht Jetzt! Therapien und Strategien für ein langes, selbstbestimmtes Leben“, Stiftung Warentest, Berlin 2024, kartoniert, 176 Seiten, 20 Euro

FRAUENSCHICKSALE

Überlebenskampf in schwieriger Zeit

Miriam Gebhardt widmet ihr neues Buch der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, die nach dem Krieg wesentlich zum Aufbau beitrugen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In ihrem Buch „Die kurze Stunde der Frauen. Zwischen Aufbruch und Ernüchterung in der Nachkriegszeit“ erinnert die Journalistin und Historikerin Miriam Gebhardt an die schwierigen Lebensumstände der Frauen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Bezeichnung „Trümmerfrau“ erinnert daran, dass Frauen in der Nachkriegszeit in den zerstörten Städten harte Arbeiten wie das Steineräumen verrichten mussten, auch wenn sie im täglichen Überlebenskampf die Verantwortung für ihre Familien trugen. Aufgrund des eklatanten Mangels an Männern leisteten sie Zwangsarbeit gegen den Hunger, denn wer nicht schippen wollte, bekam nichts zu essen.

Gebhardt zeigt ferner auf, dass der wichtige Beitrag, den Frauen, wenn auch zumeist nicht freiwillig, beim Wiederaufbau leisteten, ihnen später nicht den Vorteil verschafft hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Belegt wird diese Entwicklung anhand von Momentaufnahmen, die Frauenschicksale während und nach der NS-Zeit sowie aus den 50er und 60er Jahren beleuchten. In der 1949 gegründeten Bundesrepublik blieb den Frauen im klassischen Geschlechtermodell die Gleichberechtigung verwehrt. So wurde der Frauenanteil an den Universitäten auf maximal 20 Prozent festgelegt.

In der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR fand man demgegenüber für die geforderte Eingliederung der Frauen in die Erwerbswelt eine ideo-

logische Begründung in der kommunistischen Lehre. Die Autorin betont, dass Frauen damit erneut die Bewältigung einer Aufgabenfülle ohne ihr Einverständnis übertragen wurde, während ihnen in Westdeutschland ungefragt ihre untergeordnete Position gemäß einem überlieferten Familienbild zufiel. Sie kommt zum Schluss, dass sich Frauen selten die Möglichkeit bot, ihre individuellen Wünsche je nach Alter, Region und sozialer Lage zu verwirklichen. Stattdessen wurden sie von den Umständen dazu gezwungen, sich den Anforderungen des jeweiligen Gesellschaftsmodells anzupassen.

Der brillanten, gut recherchierten Darstellung liegen neben historischen Quellen beispielhaft Tagebucheinträge zugrunde. In den Aufzeichnungen wird häufig auf den abwesenden, schmerzlich vermissten Vater und Ehemann Bezug genommen. Damit wird an die zahllosen schweren Schicksale infolge der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs erinnert. Weiterhin geht Gebhardt auf die schon länger bekannte Tatsache ein, dass die Erfahrungen jener Zeit unser aller Leben nachhaltig geprägt haben.



Miriam Gebhardt: „Die kurze Stunde der Frauen. Zwischen Aufbruch und Ernüchterung in der Nachkriegszeit“, Herder Verlag, Freiburg 2024, gebunden, 272 Seiten, 24 Euro

GEHEIMDIENSTE

Unbekanntes aus den Archiven

Jürgen W. Schmidt liefert eine Unmenge an wertvollen Informationen rund um „Atomspione, Waffenhändler und Umsturzversuche“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Geheimdienstgeschichte gehört zu den am meisten unterschätzten Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft. Glücklicherweise gibt es auch Freie Historiker, die ihre Forschungsschwerpunkte ohne Kniefälle vor dem disziplinären Mainstream setzen können. Einer davon ist Jürgen W. Schmidt, der seit einem Vierteljahrhundert Bücher und Aufsätze zur Geheimdienstgeschichte publiziert. Der neueste Titel dieser Art ist der von Schmidt herausgegebene Sammelband „Atomspione, Waffenhändler und Umsturzversuche“.

Das Buch beginnt mit einem 90 Seiten langen kommentierten Literaturbericht, in dem Schmidt praktisch alles vorstellt, was in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Geheimdienstgeschichte erschien. Hervorzuheben sind hier besonders die – optisch leider etwas klein geratenen – Fußnoten, welche eine Unmenge von wertvollen und manchmal auch erheitenden Zusatzinformationen enthalten, die man sonst zumeist nirgendwo anders finden könnte.

Von Schmidt stammen auch zwei Aufsätze, wobei der erste die Atomspionage der Ostblockländer in der Bundesrepublik beziehungsweise die Spionage des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit beim Deutschen Atomforum in Bonn behandelt. Im zweiten geht es um den russischen Waffenhändler Viktor But, der als „Händler des Todes“ bezeichnet wird,

aber im internationalen Vergleich eher ein kleiner Fisch ist. In diesen Texten zeigt sich Schmidts besonderes Talent zum Aufspüren unbekannter Quellen und der Nutzung russischsprachigen Materials.

Dazu kommen der Aufsatz von Heiko Suhr über Kapitänleutnant Georg Stammer, die „Seele“ des deutschen Marine Nachrichtendienstes in der Weimarer Republik, und Roewers Studie über den gescheiterten Versuch des sowjetischen Geheimdienstes im Jahre 1923, einen kommunistischen Umsturz im Deutschen Reich herbeizuführen. Dabei verweist Roewer darauf, dass es den Bolschewisten damals aber zumindest gelungen sei, die Intellektuellen-Szene in Deutschland zu unterwandern – mit Folgen, die man teilweise bis heute spüre.

Das sehr aufschlussreiche Buch schließt mit der Veröffentlichung von zwölf bislang unbekanntem Dokumenten zur deutschen und internationalen Geheimdienstgeschichte, die unter anderem in französischen und russischen Archiven gefunden wurden.

Jürgen W. Schmidt (Hg.): „Atomspione, Waffenhändler und Umsturzversuche.“

Fallstudien und Dokumente aus 210 Jahren Geheimdienstgeschichte“, Ludwigsfelder Verlagshaus, Ludwigsfelde 2024, broschiert, 405 Seiten, 29 Euro



TRAUGOTT HAHN

Ein wahrer Märtyrer

Der baltendeutsche Kämpfer gegen den Bolschewismus kam vor 150 Jahren zur Welt

VON BODO BOST

Auf dem Großen Friedhof in Lettlands Hauptstadt Riga steht neben der Neuen Kapelle der Rigaer Märtyrerstein, der Gedenkstein „Für unsere Märtyrer“. Das Denkmal erinnert an die sogenannten baltischen Märtyrer – eine Reihe von evangelischen Geistlichen, die während der bolschewistischen Besatzung des Baltikums im Lettischen Unabhängigkeitskrieg und im Estnischen Freiheitskrieg in den Jahren 1918 und 1919 getötet wurden.

Dort ist eine Reihe von Pastoren aufgeführt, die, so die Inschrift, „als Märtyrer in den baltischen Ländern während der Zeit der bolschewistischen Schreckensherrschaft und Christenverfolgung 1918/1919“ starben. Unter ihnen ist zumindest einer, der vor eineinhalb Jahrhunderten das Licht der Welt erblickte: Traugott Hahn.

Verzicht auf rettende Flucht

Der Spross einer baltischen Pastorenfamilie kam am 13. Februar 1875 im livländischen Rauga (Rõuge) zur Welt. In dieser südlichsten Gemeinde des heutigen Estland war sein Vater, Elieser Traugott Hahn, Gemeindepfarrer. Nach dem Abitur an der St.-Petri-Schule in Petersburg, studierte Traugott Hahn wie sein Vater evangelische Theologie, erst in Dorpat (Tartu) und danach in Göttingen. Dort verfasste er eine wissenschaftliche Abhandlung zu dem in der zweiten Hälfte des vierten Jahrhunderts in Nordafrika lebenden donatistischen Bischof und Kirchenschriftsteller Tyconius. Aufgrund eines Augenleidens seines Vaters, der seit 1886 an der St. Olaikirche in Reval als Pastor wirkte, kehrte er 1898 zu diesem zurück und diente als Hilfsprediger in der Gemeinde seines Vaters. Anfang des Jahres 1902 erhielt er einen Ruf als Universitätsprediger nach Dorpat. Dort promovierte er in praktischer Theologie mit seiner Göttinger Ar-

beit. 1903 heiratete er Anny von zur Mühlen, die Tochter des Direktors der estländischen Adelsbank in Reval. Das Ehepaar bekam vier Kinder, die Mädchen Annemarie, Elisabeth und Beate Frieda Rosalie sowie den Sohn Wilhelm. Letzterer studierte in Tübingen ebenfalls Theologie und wurde 1950 ordentlicher Professor für Praktische Theologie an der Universität Heidelberg, deren Rektor er ab 1958 auch für zwei Jahre war. Von 1962 bis 1964 saß der Christdemokrat im Bundestag und von 1968 bis 1980 im Landtag von Ba-



Traugott Hahn als Pfarrer

den-Württemberg. Außerdem war er von 1974 bis 1978 Kultusminister des südwestdeutschen Bindestrichstaates.

Traugott Hahn wurde 1909 zum Professor für praktische Theologie in Dorpat ernannt. Im letzten Kriegsjahr, am 24. Februar 1918, zogen überraschend deutsche Truppen in die Stadt ein. Die Idee eines deutschen Herzogtums entstand. Die Universität nahm wie zu Friedenszeiten den Lehrbetrieb in deutscher Sprache wieder auf. Trotz aller Freude und Dankbarkeit sah Traugott Hahn, dessen Vater

in dieser Zeit einer der politischen Führer der Baltendeutschen war, skeptisch in die Zukunft. Mit dem Rückzug der deutschen Armee verließen viele Deutsche, darunter auch sein Vater, fluchtartig das Land. Anny und Traugott Hahn rangen im Gebet um Gewissheit, ob sie ebenfalls gehen oder bleiben sollten – sie blieben.

Gemeinsam wider die Bolschewiki

Am Sonntag, dem 21. Dezember 1918, wurde über dem Rathaus von Dorpat ein rotes Banner gehisst. Estland wurde von Einheiten der Roten Armee überschwemmt. Am 29. Dezember wurden Gottesdienste verboten, sämtliche Kirchen der Stadt wurden zum Volkseigentum erklärt. Hahn nahm Verbindung mit Bischof Platon – bürgerlicher Name: Paul Kulbusch – auf, der 1917 als erster Este zum Bischof von Riga und Vikar von Tallinn gewählt und am letzten Tag des Jahres in Reval (Tallinn) zum Bischof geweiht worden war. Silvester und Neujahr feierten sie Gottesdienste im kleinen Kreis, der orthodoxe und der protestantische Klerus entschieden gemeinsam zu handeln. Die Initiative ging von Hahn aus. Platon übernahm die Führung des Widerstands.

Am 2. Januar 1919 wurde Platon verhaftet und wenig später auch die orthodoxen Erzpriester Michael Bleive und Nikolai Beschanzki, weil sie trotz des Verbots weiterhin Gottesdienste feierten. Am 3. Januar 1919 wurde auch Hahn im Haus seiner Freunde in Haft genommen. Insgesamt sperrten die Bolschewisten fast 500 Gegner im Hof der Kreditbank ein.

Am Morgen des 14. Januars mussten die Gefangenen sich zum Appell aufstellen. Zuerst wurde Platon aufgerufen. Er musste seine Überkleider ablegen, dann wurde er im Keller erschossen. Traugott war der vierte, dessen Name aufgerufen wurde, die niedrige Treppe zum Keller hinunterzusteigen, um dort erschossen zu werden. Insgesamt ermordeten die Kommunisten an diesem 14. Januar 1919

23 Mitglieder der gesellschaftlichen Elite der Stadt. Neben den drei orthodoxen Würdenträgern und Hahn starb auch der evangelische Pastor der Stadt, Moritz Wilhelm Paul Schwartz. Tragischerweise wurde noch während der Erschießungen Dorpat von estnischen Truppen befreit. Sie kamen zu spät.

Die Rettung war nahe

Die drei orthodoxen Geistlichen wurden im Jahr 2000 von ihrer Kirche heiliggesprochen. Die Glaubensmartyrer von Dorpat gelten heute als Vorbilder für Ökumene und gelebtes Christentum über die konfessionellen und nationalen Grenzen hinweg.



Auf dem Großen Friedhof in Riga: Rigaer Märtyrerstein

Foto: Karlis

VOM TROTTEL BIS ZUR REVOLUZZERIN

Die Comic-Peanuts sind aktueller denn je

Vor 25 Jahren verstarb Charles M. Schulz – Der US-amerikanische Comiczeichner erschuf Charlie Brown, Snoopy & seine Freunde

Wenn man tippen müsste, wer wohl der bekannteste Comic der Welt ist, man würde sicher als erstes auf die berühmte Mickey Maus aus dem Hause Disney setzen. Stimmt's? Ach, Sie auch, liebe Leser? Verständlich, aber leider nicht richtig. Denn angeblich sind ein kleiner Glatzkopf mit spärlichem Haarkringel auf der Stirn samt hypernervösem Schlappohr und einer ziemlich zickigen, rechthaberischen Freundin mit voller schwarzer Haarpracht die berühmtesten Comicfiguren weltweit. Die Rede ist von Charlie Brown und seinen Freunden, besser bekannt unter dem Sammelnamen „die Peanuts“.

Erfunden hat sie einst ihr Schöpfer Charles M. Schulz, ein in den USA im US-Bundesstaat Minnesota geborener Künstler mit deutschen Wurzeln. Denn sein Vater stammte aus Stendal im heutigen Sachsen-Anhalt. Tja, viel Gutes aus den USA stammt nun mal aus „Good old Germany“. Und auch Charles hatte das Glück, Deutschland persönlich kennenzulernen. Nämlich als Soldat war er hier stationiert und machte damals was am liebsten? Richtig, er zeichnete, wann immer sich die Chance dazu bot, beispielsweise auch, wenn er die Feldpost mit lustigen Skizzen und Figuren verzierte. Schulz war eben



Schroeder, Lucy, Charlie Brown, Peppermint Patty und Linus beim Baseball, dem Sport, bei dem Charlie trotz aller Weisheiten immer verliert. Snoopy hat gut Lachen

ein Vollblut-Cartoonist, einer, der Comics liebte und lebte. Der 12. Februar ist sein 25. Todestag, während hingegen seine kreierten Charaktere immer noch putzmunter und lebendig sind. Und das hat seinen Grund.

Denn kaum ein Comic ist so zeitlos und dennoch so aktuell wie die Peanuts, die ursprünglich „Lil' Folks“ (kleine Leu-

te) heißen sollten. Doch nach ihrem ersten Erscheinen am 2. Oktober 1950 und dem Verkauf der Zeitungsguppe, in der die kleinen kessen Vorstadtkinder ihren Auftritt in Form von vier quadratischen Comicbildern hatten, wurde aus den „kleinen Leuten“ der damals in den USA für kesse Kinder übliche Name „Peanuts“ (übersetzt: Erdnüsse).

Warum die gezeichnete Rasselbande mit Hund Snoopy und Vogel Woodstock bis heute nichts an Aktualität verloren haben, verdeutlicht allein schon ihr erster Auftritt. Da ruft ein Junge: „Der gute alte Charlie Brown...“, als eben dieser an ihm vorbeischlendert. Nur um dann im letzten der vier Bilder ziemlich hämisch abzulästern: „Man, wie ich ihn hasse.“ Es ist die Alltagsgehässigkeit, die jeder kennt und schon erlebt hat, welche diesen Comic so lebendig macht und hält.

Ein Blick auf die Charaktere im Vergleich zur heutigen deutschen Politszene zeigt, dass Schulz seine Figuren auch erst gestern hätte erfinden können. Charlie Brown, der schusselige Trottel, der vermeintlich alles weiß und alles erklären kann, aber rein gar nichts hinbekommt, ist das Eins-zu-eins-Ebenbild von Robert Habeck. Dem Grünen geht es ja nicht anders. Große Töne, kleine Noten. Oder Browns Freundin Lucy. Das Spiegelbild von Sahn Wagenknecht. Ein weiblicher Erklär-Bär, eine Frau, die alles weiß, vor allem alles besser. Eine, die sich auflehnt und klugscheißert – und sogar manchmal recht hat. Dann wäre da noch Beaglehund Snoopy. Okay, Christian Lindner hat vielleicht keine Schlapp-

ohren, aber für die gefühlte Freiheit tut er alles, so wie Snoopy. Immer ein anderes, ein neues Konzept in der Tasche und dann wird dem Neuen Raum geboten und ausprobiert – egal, wie heftig die Bruchlandung auch werden mag. Kanzler Scholz könnte für Linus Model gestanden haben. Schlurfzig, schlumpfig, ohne Mimik, und seine Schmusedecke zieht er hinterher, wie der Noch-Kanzler all seine an ihm haftenden Skandale. Und Friedrich Merz? Das ist der am Klavier sitzende und Beethoven anhimmelnde Schröder. Bisschen steif, nicht gerade entscheidungsfreudig, der aber trotzdem mal den einen oder anderen Knaller aus der Hüfte schießt. So ist er, der Schröder – und auch der Merz. Oder die burschikose Peppermint Patty mit maskulinen Attitüden, der im Alice-Weidel-Jargon hin und wieder der Satz rausrutscht: „Nenn mich nicht immer ‚mein Herr!‘“

Unterm Strich wird deutlich, wie aktuell die Peanuts waren, sind und bleiben werden. Denn wetten, dass sie mit den über 18.000 Comic-Strips, auf denen sie vertreten sind und die Schulz allesamt selbst per Hand gezeichnet hat, auch allen weiteren künftigen Polit-Gestalten exakt gleichen werden? *Jens Eichler*

● AUFGESCHNAPPT

Erst im November vergangenen Jahres hatte Emily Weede, Bürgermeisterin der 43.000-Seelen-Gemeinde Seevetal südlich von Hamburg, versucht, eine AfD-Veranstaltung mit absurden Auflagen aus dem Dorfhaus Maschen rauszuhalten. Vor allem, da außerhalb des Objekts noch eine Veranstaltung stattfinden, könne innen keine weitere durchgeführt werden – es gebe zu wenig Toiletten. Weede verschwieg dabei: Die Veranstaltungen fanden zu verschiedenen Zeiten statt. Die CDU-Politikerin verlor in zwei verwaltungsgerichtlichen Instanzen. Nun hat die Klo-Possen-Bürgermeisterin erneut versucht, eine öffentliche AfD-Veranstaltung im Dorfhaus durch opulente Auflagen zu verhindern. Die Partei müsse einen Bauzaun um das Objekt und einen Sicherheitsdienst akzeptieren, der finanzielle Rahmen wurde nicht eingegrenzt. Weede verlor erneut vor Gericht. „Das ist schon ein disziplinarrechtlicher Fall“, so AfD-Anwalt Jochen Lober zu Steuerveruschwendung durch Prozesse und Neutralitätsverletzung. *bk*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ralf Schuler wundert sich bei „Nius“ (4. Februar) über Friedrich Merz' rabiate Komplettabgabe an die AfD auf dem jüngsten CDU-Parteitag:

„Ich habe viel erlebt als Reporter auf Parteitag ... Aber dass sich eine Partei dafür feiert, die eigenen Optionen zu beschneiden, habe ich noch nie erlebt ... Mit Rot-Grün kann Merz nicht liefern, und mit Blau will er nicht.“

Jan Fleischhauer zeigt sich erschüttert vom Verhalten der Ex-Kanzlerin und langjährigen CDU-Chefin Merkel, wie er auf X (31. Januar) schreibt:

„Kein Wort zur gewaltsamen Besetzung der CDU-Geschäftsstelle, kein Wort zu den Einschüchterungen von CDU-Mitgliedern und den Morddrohungen. Stattdessen eine Erklärung, in der sie sich von ihrer Partei distanziert. Angela Merkel ist wirklich eine böse, alte Frau.“

Sophie-Marie Schulz kritisiert die Demos „gegen rechts“ als Spalter der Gesellschaft. In der „Berliner Zeitung“ (2. Februar) macht sie deutlich:

„Das regelmäßige Spektakel heißt mal ‚Wir sind mehr‘, mal ‚Lichtermeer gegen rechts‘ oder wie diesen Sonntag: ‚Wir sind die Brandmauer‘. Oder irgendetwas anderes mit ‚rechts‘ im Titel. Aber tatsächlich bewirken die Demos genau das Gegenteil von dem, was sie angeblich erreichen wollen. Der gesellschaftlichen Spaltung wird nicht entgegengewirkt. Die Spaltung wird gefestigt, manifestiert, zelebriert.“

Harald Martenstein nimmt in der „Welt“ (3. Februar) die Argumentation von Rot-Grün in der Asylfrage auseinander:

„Niemand glaubt dem Argument, alles müsse bleiben, wie es ist, weil juristisch nichts anderes möglich sei, EU-Recht und so. Dänemark ist in der EU. Polen ist in der EU, Ungarn, Schweden, Italien. Falls EU-Recht aber wirklich fordert, dass Kinder im Park erstochen werden dürfen, dann ignoriert es ... Bei wie vielen Toten habt ihr, die Phrasendrescher, endlich Mitleid mit den Menschen in Deutschland? Müssen es Tausende sein?“

Alexander Heiden weist bei „Tichys Einblick“ (3. Februar) auf einen entlarvenden Punkt bei den „Antifaschisten“ hin:

„Wenn die deutschen Helden des Antifaschismus auch nur einen Restbestand an Geschichtsbewusstsein hätten, dann würden sie merken, dass das staatliche Meldestellenwesen „unterhalb der Strafbarkeitsschwelle“ viel näher an einem faschistischen Regime liegt als irgendein Programmpunkt der AfD. Und sie würden merken, wie erschütternd nahe der NS-Ideologie sie selbst sind.“

● WORT DER WOCHE

„Demokratie heißt Volksherrschaft. Keine Demokratie bleibt Volksherrschaft, wenn sie dauerhaft den Volkswillen missachtet. DAS ist die Gefahr für unsere Demokratie.“

Michael Wolffsohn, Historiker, in der „Bild“-Zeitung vom 31. Januar

DER WOCHENRÜCKBLICK

Alles „Mitte“ – oder was?

Wie Anti-„Nazi“-Marschierer Israelfeinde beklatschen, und wovor sie wirklich Angst haben

VON HANS HECKEL

Es gibt diese Momente in der Geschichte, in denen sich alles in einer einzigen Szene verdichtet, was eben noch unfassbar vielschichtig erschien. Eine solche Szene konnten die Deutschen in Essen erleben: Mitten in die Demo „Gegen Rechts“, die sich auch durch die Ruhrmetropole schob, platzte ein Anti-Israel-Aufmarsch. Parolen wie „Israel muss verurteilt werden!“ und „Wir sind Anti-Zionisten!“ schmetterten die Marschierer.

Dies nur zur Einordnung des Gesagten: Der Zionismus ist die Basis des Staates Israel. Anti-Zionisten nennen sich jene, welche diesen Staat zerstören wollen.

Und wie haben die „Gegen Rechts“-Demonstranten, die sich „5 vor 33“ wähnen und angeblich gegen die „Nazis“ kämpfen, auf die Feinde des Judenstaates reagiert? Man glaubt es kaum: Einige klatschten den Möchtegern-Israelzerstörern sogar spontan Beifall. Die Masse aber stand nur stumm da und glotzte regungslos. Sie war gerade aus der dunklen Höhle ihres politischen Buzenbauers in die grelle Wirklichkeit geschleudert worden wie Rotz aus der Nase.

Mit einem Schlag entblößte sich hier die ganze Verlogenheit der Anti-„Nazi“-Marschierer. Ihr schrilles „33“-Geschrei zeigte sich als schäbiges Instrument, das sie nur benutzen, wenn es ihnen in den aktuellen Kram passt. Die Wahrheit hinter dieser finsternen Jahreszahl ist ihnen schnuppe.

Ob aber wenigstens der eine oder andere der Essener Demonstranten doch ins Grübeln kam? Es sah nicht danach aus. Die toten, hohlen Gesichter, in die man auf der Video-Aufnahme blickt, lassen wenig Hoffnung übrig. Hier haben Dummheit, Zynismus und Fanatismus ein Amalgam gebildet, dass sich von keiner Begegnung mit der Wirklichkeit mehr erweichen lässt. Die sind durch.

Ihre Angst ist trotzdem echt. Und begründet. Sie waren doch schon so weit gekommen! Sie hatten Kirchen, Gewerkschaften, die meisten großen Medien, die staatlichen sowieso, die Universitäten und Schulen und was nicht alles in ihre Hände bekommen. Dann errangen sie mit der Ampel gar die Bundesregierung, konnten den vorher schon beeindruckenden Apparat der „Nichtregierungsorganisationen“ in den drei Jahren noch einmal kräftig ausbauen. Alle waren besiegt, alles war erobert: Der Staat sind wir!

Auch dafür, wie man Volkes Wille nach und nach unschädlich machen kann, hatte man sich bereits etwas ausgedacht: Die „Bürgergeräte“. Jene nach rot-grünem Gusto zusammengeschraubten Räte, die auf internationaler Ebene eher in ihrer russischen Übersetzung als „Sowjets“ in Erinnerung sind, sollten die immer noch vom Volk gewählten Parlamente „ergänzen“, damit alles noch „demokratischer“ werde. Faktenprüfer sollten derweil die Medien filtern und Meldestellen dafür sorgen, dass sich die Bürger wieder auf die Zunge beißen wie in den guten alten Tagen der Räte-demokratie.

Die unterscheidet sich wie alle Scheidemokratien von der wahren Volksherrschaft in einem schlichten Punkt. Gewählt wird in allen Staaten, die sich demokratisch nennen. Nur dass man in den eher nicht so demokratischen „Demokratien“ Wege gefunden hat, den Volkswillen ins Leere laufen zu lassen. Das kann durchs DDR-bekanntes „Faltgehen“ geschehen oder auch – viel eleganter! – indem man es so dreht, dass die Leute wählen können, was sie wollen, ohne dass dies die Richtung der Politik ändert.

Dann ist etwas passiert

Nachdem man sich die CDU linkskonform zurechtgemerkelt und den widerborstigen Rest des Volkes hinter die antifaschistische Brandmauer gepfercht hatte, war dieses Ziel eigentlich erreicht. Immer mehr Deutsche hatten das bereits gespürt und die demokratische Flinte ins Korn geworfen: Von Anfang Dezember bis Mitte Januar nahm der Anteil derer, die sich entschieden hatten, gar nicht wählen zu gehen, drastisch zu.

Die Meinungsforscher waren verblüfft. Sonst war das nämlich immer umgekehrt: Je näher ein Wahltermin rückte, desto geringer wurde der Anteil der zur Nichtwahl Entschlossenen. Nunmehr aber schien eine wachsende Zahl von Bürgern zu verinnerlichen, dass ihre Wahlentscheidung ohne Wirkung bleiben würde.

Doch dann ist etwas passiert. Nach Aschaffenburg hat CDU-Chef Merz die alte, echte Demokratie wiederentdeckt und nüchtern festgestellt: Mehrheit ist Mehrheit, und die sollte nicht ausschließlich von links oder von rechts, sondern vor allem irgendwie vom Volk kommen.

Das macht den Räte-demokraten verständlicherweise Angst, denn damit ist ihr in Jahren mühevoll errichtetes Gebäude zur

Man muss es nur so drehen, dass die Wahl keinen Einfluss mehr auf die Politik hat. Dann kann man auch gegen das Volk „demokratisch“ sein



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

politischen Ausschaltung des Mehrheitswillens mit einem Male einsturzgefährdet. Diese Angst können sie natürlich nicht öffentlich hinausposaunen, daher die Parolen von der drohenden NS-Machtergreifung. Umso peinlicher, wenn die Heuchelei aus Versehen auffliegt – siehe Essen.

Nun bemerken die Deutschen auf einmal, wo die „Brandmauer“ wirklich steht. Nämlich nicht zwischen „der großen Mehrheit der Demokraten“ hier und einem kleinen Häufchen von „Faschisten“ dahinter. Vielmehr können jetzt alle sehen: Die Mauer wurde zwischen der deutlichen Mehrheit des Volkes und einer Minderheit links davon gezogen. Um dies zu tarnen, nennt sich die Minderheit frech die „demokratische Mitte“.

Anhand der Teilnehmergruppen an den Anti-Rechts-Demos wurde den Deutschen allerdings enthüllt, wer alles zu dieser „demokratischen Mitte“ zu zählen sei. Beispielsweise die Extremisten von der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) und etliche ähnliche Gruppen. Ja, selbst gewaltbereite Zellen wie jene, welche CDU-Büros und -Veranstaltungen brutal gestürmt haben, sind dabei. In diesem bemerkenswerten Sammelsurium wären sogar Mao, Stalin oder Pol Pot nicht weiter aufgefallen – alles „Mitte“, oder was?

Nein, eben nicht. Es ist eine breite Front von links bis linksextrem, bis zum dunkelsten roten Rand. Und diese Front wirft der Union vor, sich nicht ausreichend gegen „Extremisten“ abzugrenzen. Den Schenkelklopfer muss sich erst mal einer ausdenken! Allerdings denkt Robert Habeck bereits einen Schritt weiter – nämlich an sich selbst. Ihm dämmert, dass ihm in dem parteipolitischen Handgemenge der Ministerposten verloren gehen könnte. Keiner könne „im Moment vorhersagen, wie eine Regierungsbildung aussieht“, lässt er da unversehens wissen.

Aha: Nach der Wahl würde er doch gern wieder mit Merz reden. Wir haben verstanden. Dann sollen die Anti-Rechts-Demonstranten ihre Banner gefälligst wieder einrollen. Und Scholz? Der fühlt sich sichtlich wohl. Jetzt ist er nicht mehr der gescheiterte Kanzler, sondern geriert sich als „Hüter der Demokratie“. Das gefällt ihm, als „Hüter“ muss er nur rumsitzen und „nein“ sagen. Das kann er am besten. Wird aber auch seine letzte Rolle sein. Nach dem 23. Februar darf er die Wiederbelebung der deutschen Demokratie von der Rentnerbank aus begleiten.